

Gunnar Winkler

***Einstellungen zu Ausländern und
rechtsextremistische Auffassungen
in den neuen Bundesländern***

Arbeitspapier 133

Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern

Gunnar Winkler

Die Studie wurde im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung verfasst im Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ), Köpenicker Straße 125, 10179 Berlin, Tel.: (030) 28 30 55 60, E-Mail: gunnar.winkler@sfz.-ev.de

Gunnar Winkler, Prof. Dr., geb. 1931 in Hamburg. Erlerner Beruf: Hauer. Von 1947 bis 1951 als Hauer und Steiger unter Tage im Erzbergbau tätig. 1952 bis 1956 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1967 Promotion (Dr. rer. oec.); 1973 Promotion B (Dr. sc. oec.); 1956 bis 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin; 1977 bis 1991 Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1992 bis 2002 Geschäftsführer am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. Seit 2000 Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.

Veröffentlichungen u.a.:

Hrsg.: Theorie und Praxis der Sozialpolitik, 1988; Geschichte der Sozialpolitik der DDR, 1989; Lexikon der Sozialpolitik, 1987. Nach 1990 Herausgeber und Mitautor der Sozialreporte zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern 1990 bis 2006, der Seniorenreporte 1992 bis 2005, der Arbeitslosenreporte 1996 bis 1999, der Behindertenreporte 1994 und 2002; Mitautor: „Sichere Renten für die Zukunft“ – Leitlinien der Volkssolidarität, 1997 und 2000; „Die Region der 'neuen' Alten – Fakten und Positionen zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005, 2006; Herausgeber (zusammen mit I. Kurz Scherf): „Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern“; div. Publikationen zu Problemen der sozialen Lage in den neuen Bundesländern.

Impressum

Herausgeber: **Hans-Böckler-Stiftung**
Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 77 78-108
Fax: (02 11) 77 78-283
E-Mail: Erika-Mezger@boeckler.de

Redaktion: Dr. Erika Mezger, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung
Best.-Nr.: 11133
Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, Februar 2007
€ 18,00

Inhaltsverzeichnis

0	Kurzfassung	5
1	Vorbemerkungen – Einführung – Methodik	19
2	Rechtsextremismus – Ausländerfeindlichkeit – Spezifik und Allgemeines der neuen Bundesländer	23
2.1	Historisches	23
2.2	Rechtsextremismus – Fakten	30
2.2.1	Parteimitgliedschaft	30
2.2.2	Wahlen	33
2.2.3	Straftaten	37
3	Einstellungen zu Ausländern in den neuen Bundesländern	39
3.1	Anzahl und Strukturen von Ausländern in den neuen Ländern	39
3.2	Positionen zu Ausländern in den neuen Ländern – 1992 bis 2006 – Längsschnittanalyse	42
4	Rechtsextremismus und Verhalten zu Ausländern in den neuen Ländern im Jahr 2006	51
4.1	Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit – Potenziale und Spezifik in den neuen Ländern	51
4.1.1	Potenziale für rechtsextreme und gegen Ausländer gerichtete Auffassungen	53
4.1.2	Gewalt als charakteristisches allgemeines Merkmal	59
4.1.3	Spezifik neue Bundesländer	61
4.1.4	Ausländerfeindlichkeit – 2006	66
4.2	Sozio-ökonomische und demografische Differenzierungen	68
4.2.1	Geschlecht/Alter/Bildung	68
4.2.2	Erwerbsstrukturen	72
4.2.3	Wirtschaftliche Lage	74
4.2.4	Regionale Differenzierungen	81
4.2.5	Rechtsextreme Positionen nach Parteipräferenzen	84
	Anhang	87
	Literatur	97
	Biografie	99
	Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	101

0 Kurzfassung

Einstellungen zu rechtsextremen Auffassungen und Ausländern in den neuen Bundesländern*

Ausgehend von einer zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung für rechtsextremes Verhalten erarbeitete das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung eine Studie, die sich speziell mit Einstellungen zu rechtsextremen Auffassungen und zu Ausländern in den neuen Bundesländern beschäftigt. Die Ergebnisse beruhen auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung ab 18-Jähriger in den neuen Ländern und Berlin (Ost) im Juni 2006.¹

Hauptaussagen

Der „gefühlte Rechtsextremismus“ reflektiert das vorhandene Ausmaß an rechtsextremen Potenzialen unzureichend und einseitig.

Gegenwärtig bekennen rd. 5 Prozent der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder ihre „Sympathie“ für rechte Parteien (Republikaner, NPD, DVU). Sie stellen weitgehend auch das direkte Wählerpotenzial dieser Parteien dar. Obwohl sich eine Mehrheit von 67 Prozent ablehnend gegenüber rechten Parteien verhält, ist der Anteil von „Neutralen“ („ist mir egal“, „ich weiß nicht“) mit 28 Prozent ein gesellschaftlich und politisch ernst zu nehmendes Potenzial.

Trotz des keineswegs kleinen Teils der Bevölkerung, der sich direkt ablehnend zu rechten Parteien verhält, belegen die Befragungsergebnisse – ebenso wie vergleichbare Untersuchungen² –, dass rechtsextremes Gedankengut unterschiedlicher Inhalte und Facetten wesentlich breitere Teile der ostdeutschen Bevölkerung erfasst. Insgesamt ist hervorzuheben:

- Es gibt einen erschreckend hohen Anteil von Bürgern (8 Prozent), welcher der Auffassung „der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ voll“ zustimmt sowie „überwiegend“ zustimmt (9 Prozent) und damit einer „bilanzierenden“ Bewertung unterliegt;
- diktatorischen Führungsstrukturen („Für Deutschland wäre eine einzige, Deutschlands Interessen wahrnehmende Partei notwendig“) stimmen 14 Prozent „voll“ zu, 17 Prozent „überwiegend“;
- einer „allgemein gegebenen“ Überlegenheit einzelner Nationen gegenüber anderen Nationen stimmen 33 Prozent der Befragten „voll“ zu (36 Prozent „überwiegend“). Damit werden „Auslesemechanismen“ auf die Gesellschaft übertragen und Grundlagen für Überhebungen der „eigenen, deutschen Nation“ geschaffen. Das führt folgerichtig zur Auffassung, dass „Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht“, der von 14 Prozent „voll“ und von 22 Prozent „überwiegend“ zugestimmt wird;
- einer im Kern ausländerfeindlichen Haltung („In Deutschland leben zu viel Ausländer, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden“) stimmen 44 Prozent der Bürger „voll“ zu und 30 Prozent „teilweise“.

Die im Rahmen der Untersuchung mit weiteren Indikatoren belegten Aussagen zu rechtsextremen sowie ausländerbezogenen Positionen verdeutlichen insgesamt, dass sowohl eine Reduzierung rechtsextremer Auffassungen auf diese oder jene einzelne nationalsozialistische, chauvinistische oder fremdenfeindliche

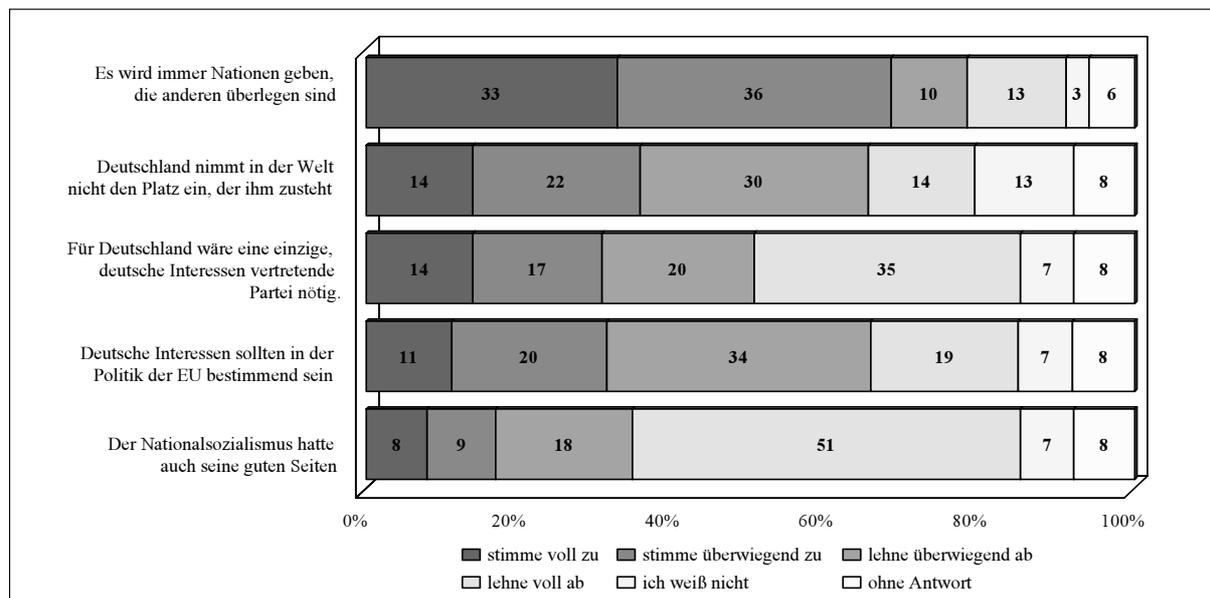
* „Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern – Daten und Fakten“, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Autor: Prof. Dr. Gunnar Winkler), Herbst 2006.

1 Die Ergebnissen beruhen auf den Aussagen von 885 befragten Bürgern im Jahr 2006 sowie – bezogen auf Ausländer – auf den vorliegenden jährlichen Datensätzen seit 1992.

2 Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.

Position ebenso falsch wäre als auch von „Rechtsextremismus“ nur dann zu sprechen, wenn ein geschlossenes „Weltbild“ vorliegt, welches in sich alle Elemente rechtsextremen Denkens einschließt.

Ausgewählte rechtsextreme Positionen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Fasst man die unterschiedlichsten Aussagen zusammen, so ergibt sich, dass über 50 Prozent der Bürger der neuen Länder dieser oder jener inhaltlichen Aussage zustimmen. Rechtsextremismus in seinen zahlreichen Komponenten und Facetten hat einen „breiten“ Nährboden und ergibt ein keineswegs gering zu schätzendes Potenzial, das in seiner Motivation unterschiedlichen Zugang zum Rechtsextremismus hat. Es ist jedoch in dieser oder jener Form entsprechend aufbereiteten Argumentationen zugänglich und – wenn es auch gegenwärtig noch nicht zu einem eindeutigen Bekenntnis zu rechtsextremen Parteien führt – potenziell unterstützend.

Es handelt sich mehrheitlich um ambivalente Haltungen, indem einerseits rechte Parteien abgelehnt werden, aber gleichzeitig Auffassungen z.B. zum „Stellenwert Deutschlands in der Welt“ und insbesondere zur „Überfremdung“ der Bundesrepublik durch Ausländer zugestimmt wird. Viele derjenigen, die einzelnen Aussagen zustimmen, würden es ablehnen, rechtsorientierten Denkens bezichtigt zu werden.

Kampagnen gegen „Rechts“ müssen sich demzufolge mit allen Erscheinungsformen nationalistischen, ausländerfeindlichen und chauvinistischen Gedankenguts auseinandersetzen und dürfen nicht auf einzelne „Projekte gegen Rechts“ begrenzt werden.

Rechtsextremismus und ausländerfeindliches Verhalten sind nicht auf gewaltbereite, gering qualifizierte, ausgegrenzte junge Menschen reduzierbar, sondern erfassen alle Altersgruppen bei wachsenden Anteilen gegen Ausländer gerichteter Auffassungen mit steigendem Alter.

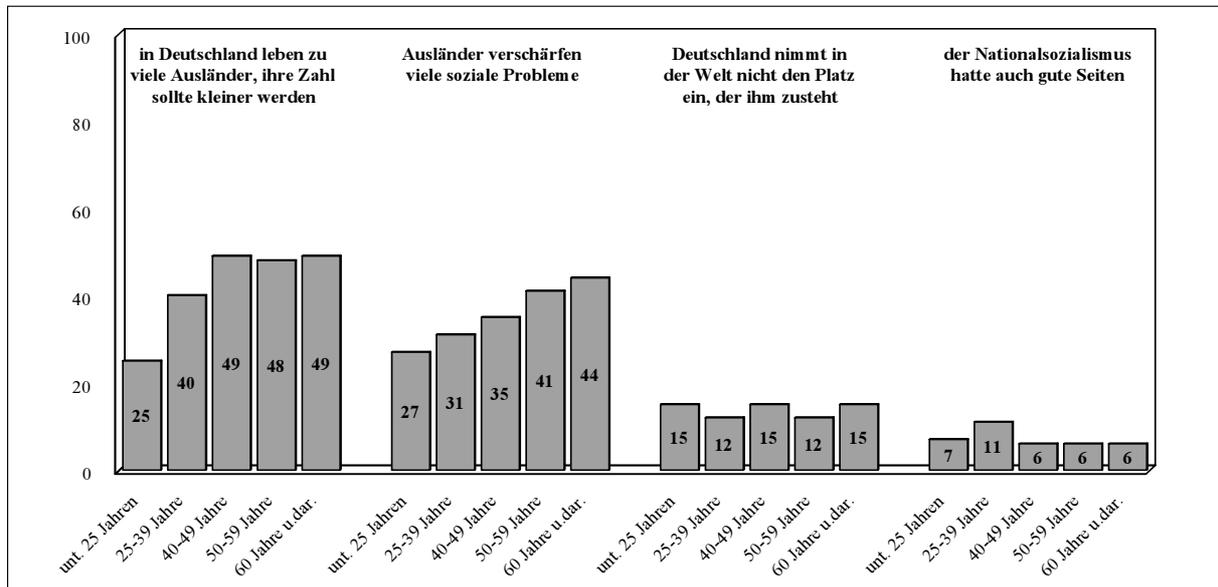
Die „Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund“ sind – nicht zuletzt im Ergebnis der Medienarbeit – in der Öffentlichkeit stark meinungsbildend. Sie liegen zwischen 2 bis 4 Gewalttaten je 100.000 Einwohner (2005)³ und vermitteln ein altersstrukturell verzerrtes Bild.

Insbesondere gegen Ausländer gerichtete Positionen werden von Jüngeren in deutlich geringerem Maße vertreten als von Älteren. Rechtsextreme Positionen im engeren Sinne weisen unterschiedliche, insgesamt

3 Verfassungsschutzbericht 2005, BMI, Vorabfassung, Berlin 2006.

weitgehend altersunabhängigere Positionen aus, die nicht eine Gesamtaussage, dass Jüngere „rechter“ seien, rechtfertigt.

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Altersgruppen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Gesamtergebnisse unterstützen Forderungen nach einer alle Altersgruppen erfassenden Auseinandersetzung mit rechtsextremen und gegen Ausländer gerichteten Auffassungen.

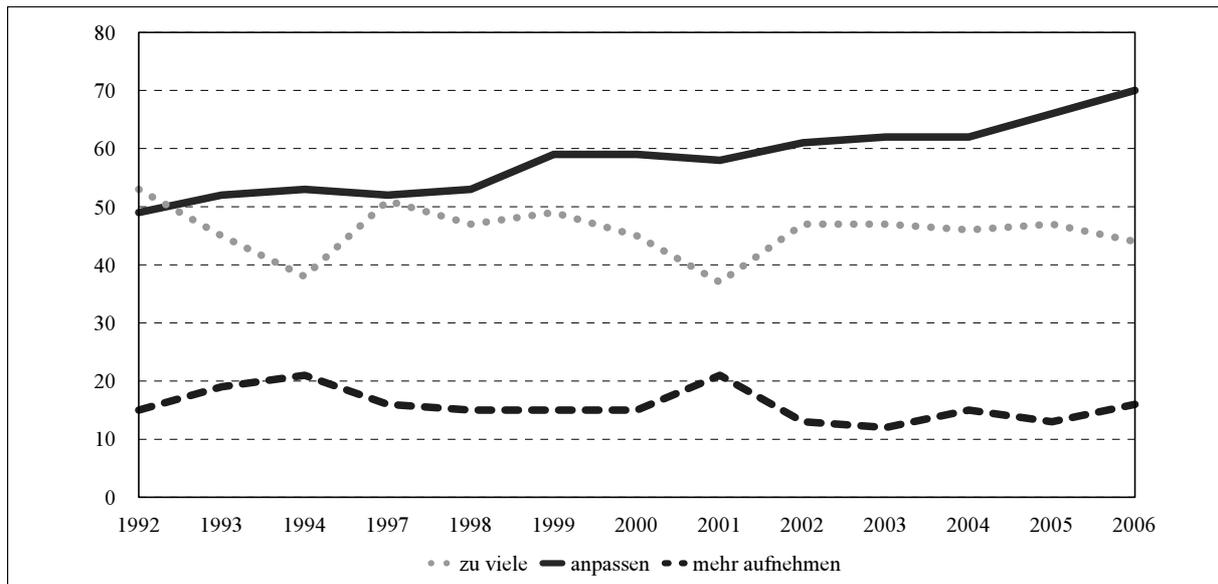
Rechtsextremismus ist in den neuen Bundesländern vor allem mit der Ausländerproblematik verbunden. Obwohl eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine „Ursache“ für soziale Probleme im Osten angesehen.

In den neuen Bundesländern machen sich rechtsextreme Positionen vor allem an ausländerbezogenen Positionen fest. Der Boden für rechtsgerichtete Auffassungen zu Ausländern und einer entsprechenden Einwanderungs- und Integrationspolitik erfasst – ob individuell gewollt oder nicht – rd. 75 Prozent der Bevölkerung.

Gesellschaftliche Akzeptanz einerseits bzw. verbreitete Ignoranz andererseits sowie politische Leitbilder haben in den neuen Bundesländern ein Klima geschaffen, das nicht generell als „ausländerfeindlich“, aber auch nicht als hinreichend ausländerfreundlich, d.h. integrativ, gekennzeichnet werden kann. Die Bürger der neuen Länder werten das Klima in Bezug auf Ausländer in der Bundesrepublik nur zu 7 Prozent als ausländerfreundlich, 45 Prozent mit „eher unfreundlich“ und 17 Prozent mit „ausländerfeindlich“.

Die seit 1992 beim SFZ vorliegenden Aussagen von Bürgern der neuen Bundesländer ergeben, dass sich die Haltung zu Ausländern in den letzten Jahren im Prinzip nicht verändert, sondern im negativen Sinne „stabilisiert“ hat.

Haltungen zu Ausländern in Deutschland: „Es gibt zu viele.“, „Sie sollten sich mehr anpassen.“, „Deutschland müsste mehr aufnehmen.“ – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



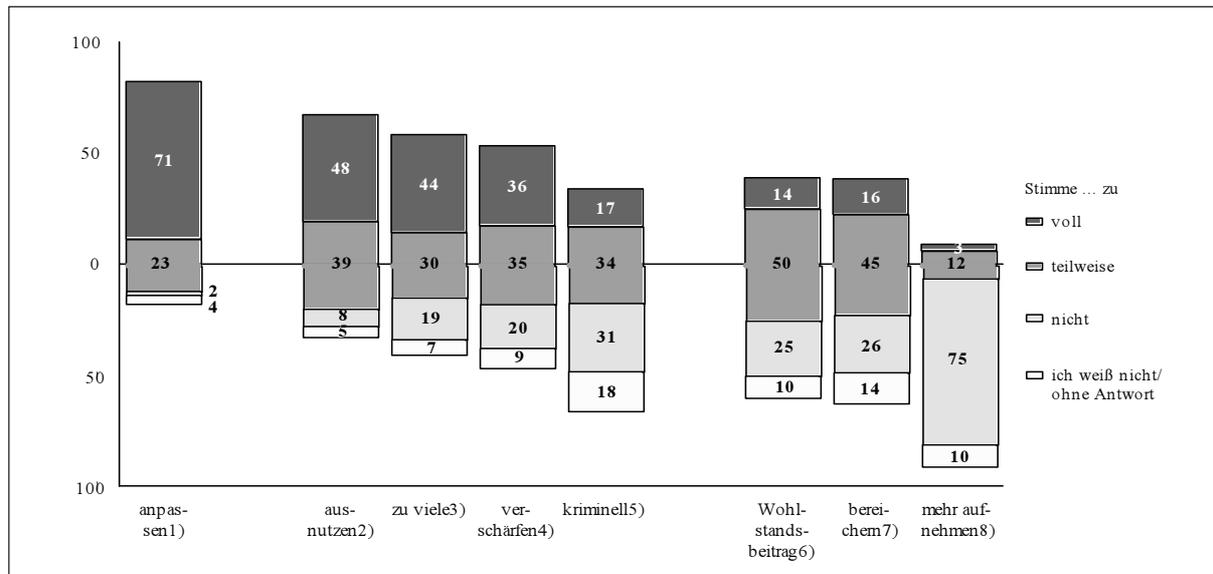
Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

Insgesamt überwiegen „Anti-Haltungen“, die vom Einzelnen nur in seltenen Fällen begründet werden können, sondern mehr auf pauschalierter Vorverurteilung beruhen. Das nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass nur 320.000 Ausländer in den neuen Bundesländern leben (ohne Ostberlin), d.h. der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei 2,4 Prozent (2005) liegt (3,6 Prozent aller in Deutschland lebenden Ausländer).

Die Untersuchungen belegen nachfolgende differenzierte Positionen:

- a) eine weitgehend von den Befragten unterstützte und als gerechtfertigt angesehene Forderung, dass Ausländer sich den Gegebenheiten des Lebens in Deutschland anzupassen haben (92 Prozent der Befragten unterstützen diese Auffassung – davon 71 Prozent „voll“/23 Prozent „teilweise“);
- b) Auffassungen, die in Ausländern eine „Gefährdung“ der eigenen Lebensverhältnisse sehen. Rd. ein Drittel bis die Hälfte der Befragten haben Vorbehalte unterschiedlichster Art und Ausprägung gegenüber Ausländern (d.h. stimmen Vorbehalten voll zu):
 - sei es, dass es „zu viele Ausländer“ in Deutschland gäbe und ihre Zahl reduziert werden müsse (44 Prozent „volle Zustimmung“, 30 Prozent „teilweise“),
 - dass sie die ohnehin vorhandenen sozialen Probleme verschärfen würden (36 Prozent „voll“/35 Prozent „teilweise“) oder
 - Asylbewerber auf „unsere“ Kosten leben würden (48 Prozent „voll“/39 Prozent „teilweise“);
- c) eine eingeschränkte Bewertung des positiven Beitrages von Ausländern als Teil dieser Gesellschaft im Sinne multikulturellen Gewinns (bereichern unser Leben – 16 Prozent „volle Zustimmung“) oder einfach ihres auf Erwerbsarbeit beruhenden Anteils (tragen zu unserem Wohlstand bei – 14 Prozent „volle Zustimmung“);
- d) geringe Bereitschaft zu weiterer Integration von Ausländern in die Gesellschaft, für die sich nur 15 Prozent – bezogen auf eine weitere Aufnahme von Ausländern – aussprechen (davon noch 12 % nur „teilweise“).

Positionen zu Ausländern in Deutschland – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



- 1) Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.
- 2) Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.
- 3) In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte geringer werden.
- 4) Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).
- 5) Die meisten Kriminellen sind Ausländer.
- 6) Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.
- 7) Ausländer bereichern unser Leben.
- 8) Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

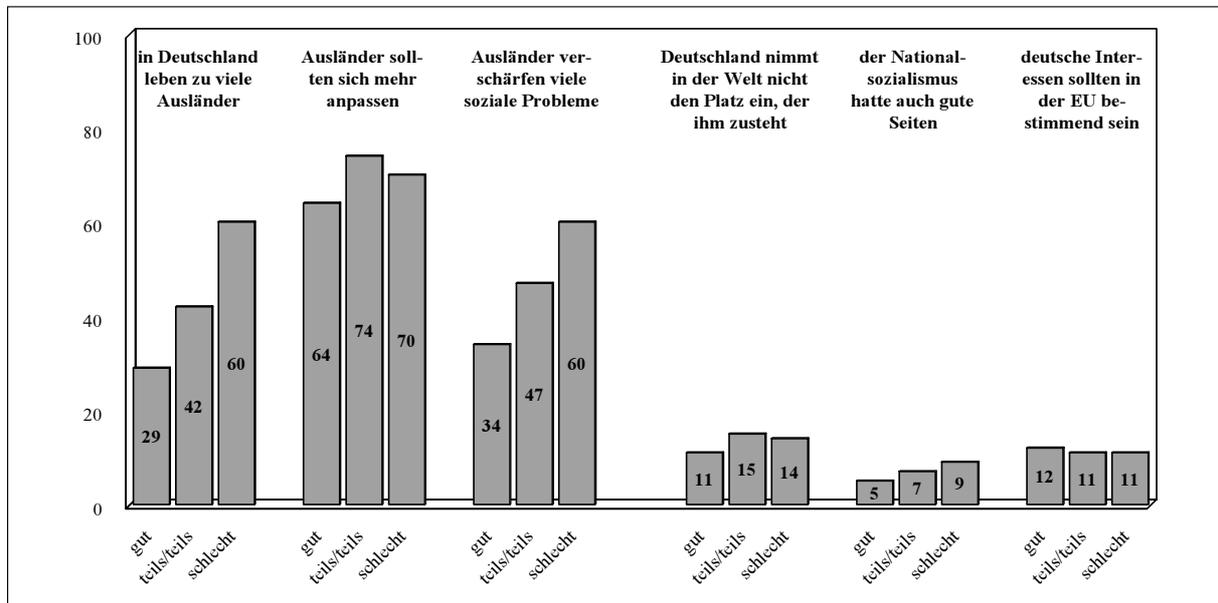
Die mit dem Erwerbsstatus verbundene individuelle wirtschaftliche Lage beeinflusst rechtsextreme Auffassungen und im Besonderen ausländerfeindliche Positionen.

Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation steht in direktem Zusammenhang zu ausländerfeindlichen Positionen. 29 Prozent der Befragten, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als „sehr gut/gut“ kennzeichnen, stimmen der Meinung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben und ihre Anzahl verkleinert werden sollte, „voll“ zu. Der Anteil derer, die ihre wirtschaftliche Lage mit „schlecht/sehr schlecht“ bewerten, liegt bei 60 Prozent, d.h. ist doppelt so hoch. Eine im Wesentlichen vergleichbare Differenzierung ergibt sich bezogen auf die „erwartete individuelle wirtschaftliche Lage in fünf Jahren“ (also 2011). So sind 23 Prozent der Bürger, die in fünf Jahren eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwarten, der Auffassung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben, aber 53 Prozent derjenigen, die von einer Verschlechterung ausgehen.

Die wirtschaftliche Lage wirkt nicht in gleichem Maße differenzierend auf rechtsextreme Einstellungen im engeren Sinne (nationalistische, chauvinistische, nationalsozialistische Positionen).

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage – neue Bundesländer – 2006
– in Prozent – (nur Befragte, die der genannten Position „voll zustimmen“)

Frage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen, sie ist ...
 – sehr gut/gut (gut)
 – teils gut/teils schlecht (teils/teils)
 – schlecht/sehr schlecht (schlecht)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Untersuchung bestätigte die allgemeine Annahme, dass sich besonders Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, oder eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft, in den Positionen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen.

Insbesondere Arbeitslose vertreten in deutlich höherem Maße die Auffassung, dass es zu viele Ausländer gäbe (Erwerbstätige 41 Prozent, Arbeitslose 57 Prozent), offensichtlich in der Annahme, dass sich mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung die eigene Situation verbessern würde. Die mit den Arbeitsmarktformen verstärkte „Differenzierung“ innerhalb der Arbeitslosen hat sich auch in Positionen gegen Ausländer umgeschlagen. Die Annahme, dass Ausländer den Deutschen „Arbeitsplätze wegnehmen“, unterstützt rechtsextreme Positionen in der Ausländerfrage.

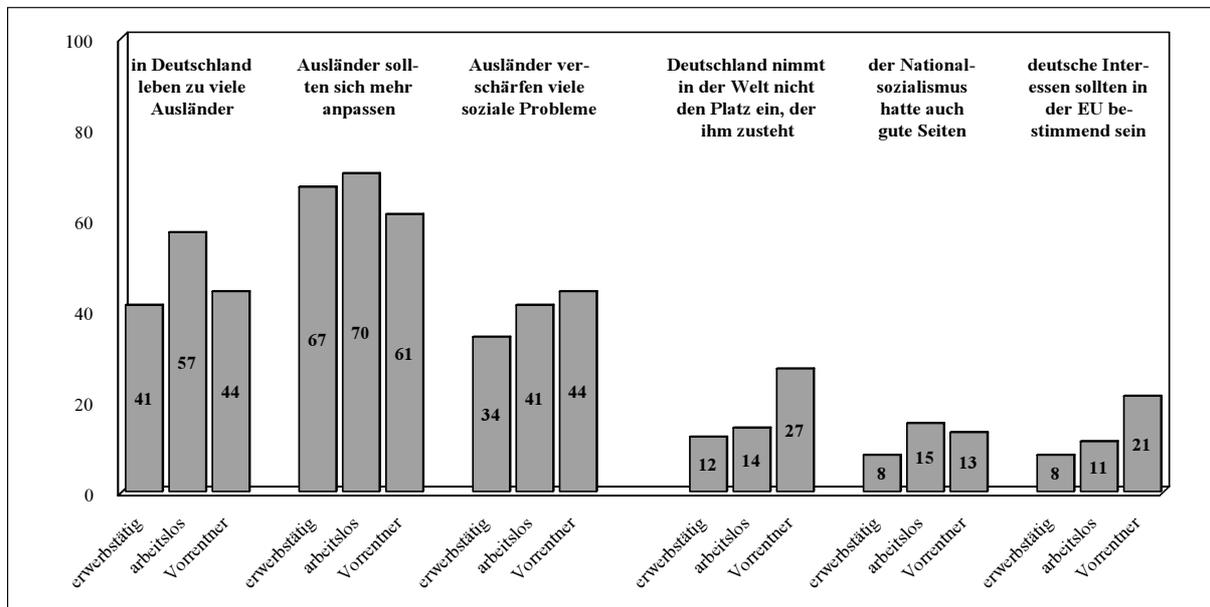
Die Gruppe der freiwilligen bzw. überwiegend unfreiwilligen „Vorrentner“ neigt deutlich stärker rechtsextremen Auffassungen zu. Der Status des „Ausgegrenztseins“ hat hier für den Einzelnen offenbar eine andere Dimension, da sie (im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit) endgültig ist. Systemkritik liegt hier noch deutlicher vor. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich in dieser Gruppe vor allem 50- bis 64-Jährige befinden, die mehrheitlich nicht aus eigenem Wunsch heraus in den Status der Vorrentnerschaft gegangen sind.

In Verbindung mit dem hohen Anteil von Bürgern, die arbeitslos bzw. von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder nur eine Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen ausüben können, werden Lösungen offensichtlich nicht in der allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation gesehen, sondern in einer „Bereinigung des Arbeitsmarktes“ von Ausländern.

Bezogen auf künftige Entwicklungen ist auch hervorzuheben, dass insbesondere Bürger, die im Falle zu erwartender bzw. möglicher Arbeitslosigkeit ihre Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit „schlecht“ bewerten, analog anderer Aussagen sich vor allem in Bezug auf „zu viele Ausländer“ und „Ausnutzung sozialer Leistungen“ negativ von den anderen abheben. Die Annahme eines besonderen Einflusses von erfahrener Langzeitarbeitslosigkeit bzw. hoher Gesamtarbeitslosigkeitsdauer in den letzten 16 Jahren ist nicht nachweisbar.

Der nachweisbar geringere Anteil von Hochschulabsolventen, die bezogen auf Ausländer „negative“ Wertungen treffen, ist nicht auf unterschiedliche Bildungsniveaus zu reduzieren, sondern ohne Zweifel auch auf die weitaus geringere Konkurrenz von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt für Höherqualifizierte zurückzuführen.

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Erwerbsstatus (18 bis 64 Jahre) – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



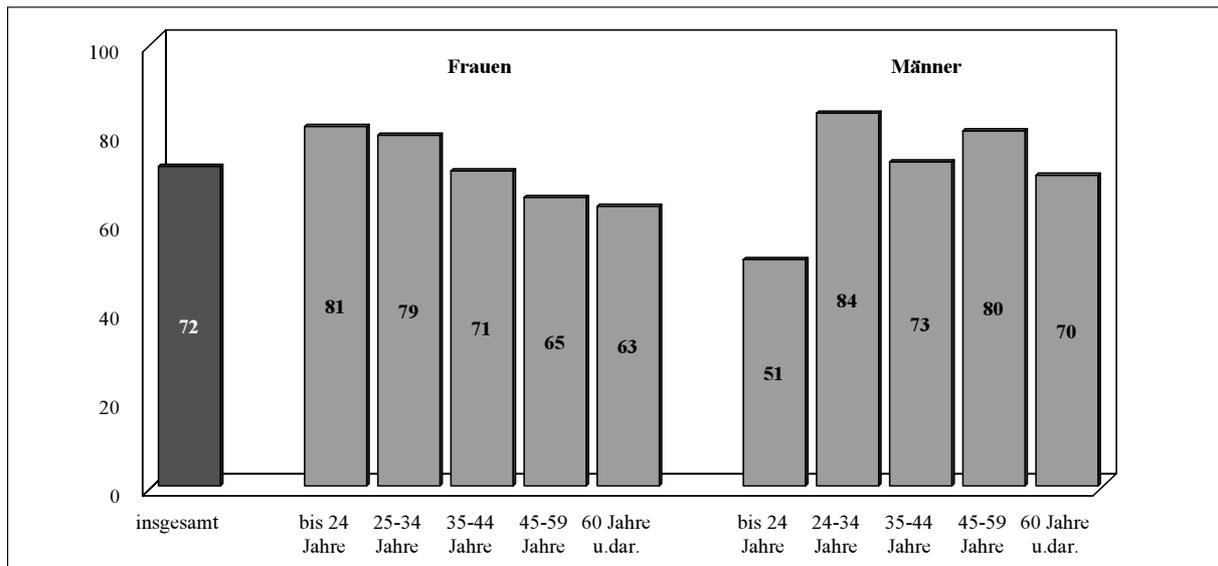
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Partnerbeziehungen sind bei rechtsextremen Sympathisanten nicht nur durch einen hohen Anteil mit eigener Erfahrung an Arbeitslosigkeit geprägt, sondern zugleich durch einen relativ hohen Anteil an „partnerschaftlicher Arbeitslosigkeit“. Von den sich als „rechts“ Bekennenden sind in 46 Prozent der Partnerhaushalte (unter 65 Jahren) mindestens ein Teil bzw. beide (10 Prozent) arbeitslos. Nur in 43 Prozent der genannten Haushalte sind beide erwerbstätig. In Haushalten, die rechte Parteien ablehnen bzw. „neutrale“ Positionen beziehen, sind zu 64 Prozent bzw. 62 Prozent beide Partner erwerbstätig. Die familiäre Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt eindeutig positiv bzw. verschärfend auf rechtsextreme Haltungen/Einstellungen, kumuliert gewissermaßen individuelle Positionen.

Auch aus Sicht der befragten Bürger werden als Hauptursachen für den in den neuen Bundesländern existenten Rechtsextremismus und damit verbundene Ausländerfeindlichkeit die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der erreichte Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern an die alten Bundesländer gesehen.

72 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr sehen die Ursachen vor allem in der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive in den neuen Bundesländern. Diese Auffassung wird insbesondere unterstützt von jungen Frauen (81 Prozent der unter 25-Jährigen) und Männern der Altersgruppen zwischen 25 und 35 Jahren (84 Prozent). Das sind u.a. auch die Altersgruppen mit dem höchsten (Ab-)Wanderungssaldo.

Die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven in den neuen Bundesländern sehen als Ursachen für Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

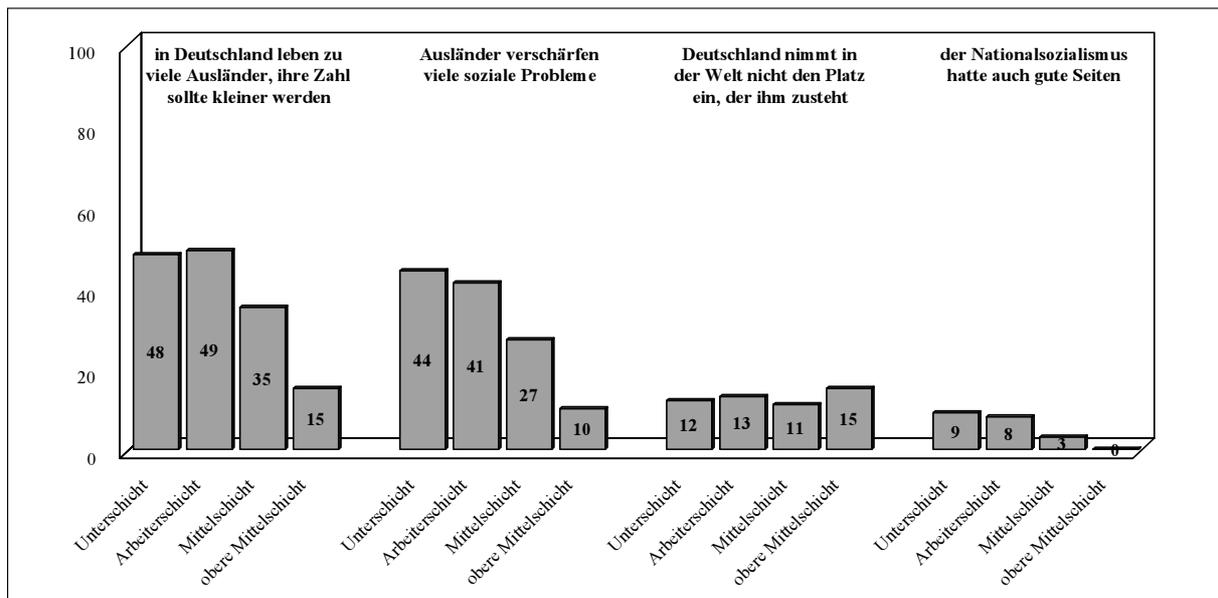
Hervorzuheben ist, dass vor allem Hochschulabsolventen (82 Prozent) und Fachschulabsolventen (79 Prozent) den Zusammenhang von fehlender wirtschaftlicher Perspektive und Rechtsextremismus herstellen (Facharbeiter 74 Prozent, ohne beruflichen Abschluss 58 Prozent).

Neben der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive hat die Ungleichbehandlung zwischen Ost und West einen hohen Stellenwert in der Ursachenbewertung. 55 Prozent sehen darin einen spezifischen Grund für die Situation in den neuen Bundesländern. Dabei ist hervorzuheben, dass sich Arbeitslose und Rentner in diesem Punkt deutlich von den Erwerbstätigen abheben (Arbeitslose 63 Prozent, Rentner 64 Prozent, Erwerbstätige 48 Prozent) und damit vor allem jene stützen, die im Rechtsextremismus Protesthaltungen zur Entwicklung im Osten sehen.

Die im Rahmen der Untersuchung auch 2006 vom SFZ erhobene Selbstzuordnung zu sozialen Schichten belegt den Zusammenhang zu rechtsextremen bzw. ausländerbezogenen Auffassungen.⁴ Sich den unteren Schichten Zuordnende tendieren insgesamt deutlicher zu rechtsextremen Positionen. „Nationale Positionen“ vertreten in höherem Maße Befragte, die sich selbst der oberen Mittelschicht zuordnen, sich aber gleichermaßen vom Nationalsozialismus distanzieren.

⁴ Seitens des SFZ wird seit 1992 die subjektive Schichtzuordnung erhoben.

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach subjektiver Schichtzuordnung – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Parteipolitische Präferenzen reflektieren generell differenzierende Positionen zwischen Bürgern mit „rechten“ Präferenzen und den anderen Parteien. Bürger ohne Parteipräferenzen tendieren in den ausländerbezogenen Haltungen eher zu rechtsextremen Positionen.

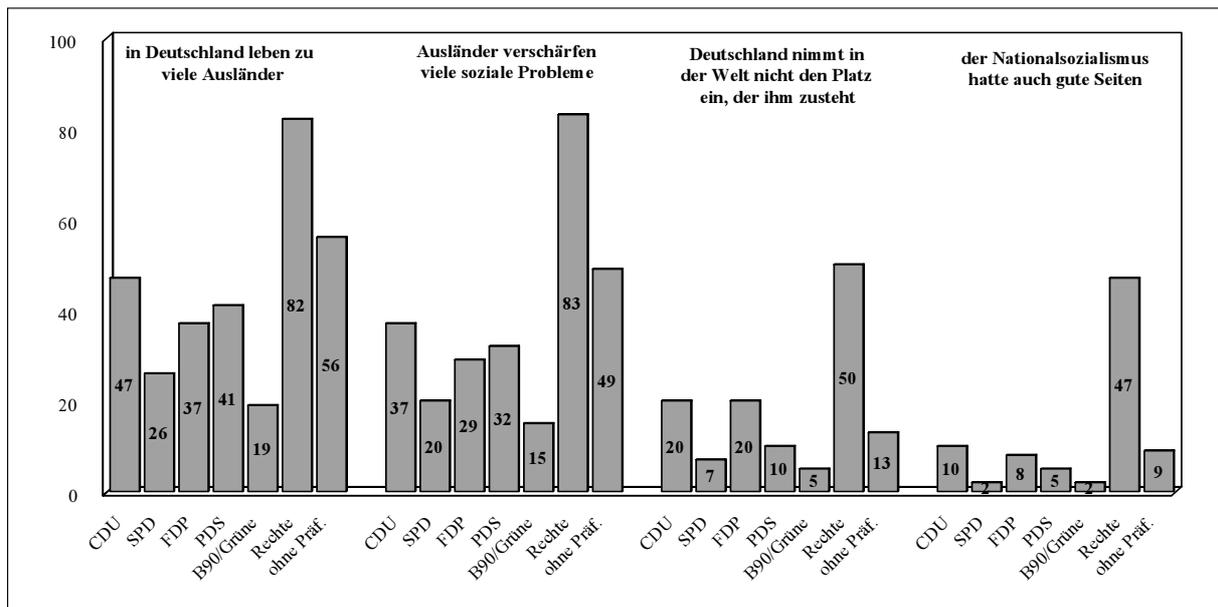
Es bestätigen sich die Gefahren, die mit sinkendem Politikinteresse verbunden sind. Fehlender Glaube an Gestaltungswillen von Parteien und Parlamentariern und stete Betonung einzelner Medien, dass Aktionen (z.B. der Gewerkschaften oder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden) nichts bewirken würden, bereiten – ob gewollt oder nicht gewollt – auch den Boden für rechtsextreme Verhaltens- und letztlich auch Handlungspotenziale.

Die Untersuchung belegt, dass vor allem jene Bürger sich gegen ausländerbezogene und rechtsextreme Auffassungen wenden, die sich – ihrer eigenen Einschätzung nach – stark für Politik interessieren. Exemplarisch dafür sei hervorgehoben, dass z.B. Bürger, die sich „wenig“ für Politik interessieren, einerseits überdurchschnittlich (24 Prozent) der Auffassung zustimmen, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte, Befragte, die sich „gar nicht“ für Politik interessieren, stimmen dem sogar mit 31 Prozent (!) zu. Andererseits sind in den letztgenannten Gruppen auch überdurchschnittlich jene vertreten, die mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. überhaupt keine Antwort geben (rd. 20 Prozent).

Bürger ohne Parteipräferenzen sind aufgrund ihres höheren Desinteresses an Politik sowie ihrer generell „negativeren“ Haltungen insbesondere zu ausländerbezogenen, aber auch rechtsextremen Positionen ein den „Rechten“ leichter zugängliches Potenzial.

Die Ergebnisse von Wahlen bezogen auf die z.T. hohen Voten für Rechtsparteien werden vor allem als Protest gegen anhaltende hohe Arbeitslosigkeit und „Denkzettel“ für Politiker bewertet – was in vielen Fällen als „Schutzbehauptung“ anzusehen ist.

**Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Parteipräferenzen
– neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)**



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Der Anteil der der Rechtsextremismusszene zuzuordnenden Bürger (rechte Parteien und Organisationen/ Subkulturen wie Skinheads usw.) in den neuen Ländern liegt bei 0,8 Promille, der Anteil von an Parteien gebundenen Mitgliedern bei 0,2 Promille, d.h. rd. 20 Mitglieder auf 100.000 Bewohner ab 18. Lebensjahr. Dieser kleine Kreis von „Etablierten“ bindet – wie bereits hervorgehoben – rd. 5 Prozent der ab 18-jährigen Bevölkerung als Sympathisanten.

Im Vergleich der sozio-demografischen Strukturen nach Parteienpräferenzen wird deutlich, dass die Sympathisanten der Rechten – im Vergleich zu demokratischen Parteien -

- männerdominiert sind (71 Prozent),
- überdurchschnittlich Bürger ohne beruflichen Abschluss (38 Prozent) und nur geringen Anteil von Hochschulabsolventen (2 Prozent) auf sich vereinigen,
- im Durchschnitt eher die Jahrgänge der 25- bis 45-Jährigen an sich binden,
- sich vor allem sowohl aus einem überdurchschnittlichen Anteil Erwerbstätiger als auch Arbeitsloser (von den Sympathisanten sind 54 Prozent Erwerbstätige und 23 Prozent Arbeitslose) rekrutieren,
- sich insbesondere auf nicht großstädtische Regionen wie Klein- und Mittelstädte konzentrieren.

Die sich als „nicht integriert fühlenden“ Ostdeutschen und sich mit der Bundesrepublik nicht Identifizierenden sind in ihren Bewertungen zu Ausländern deutlich in höherem Maße gegen Ausländer eingekommen als das bei den Fragen zum Rechtsextremismus (im engeren Sinne) der Fall ist.

Gewalt wird als nicht beeinflussbar von großen Mehrheiten zur Kenntnis genommen. Wachsende Gewaltbereitschaft reflektiert öffentlich verbreitete Bilder.

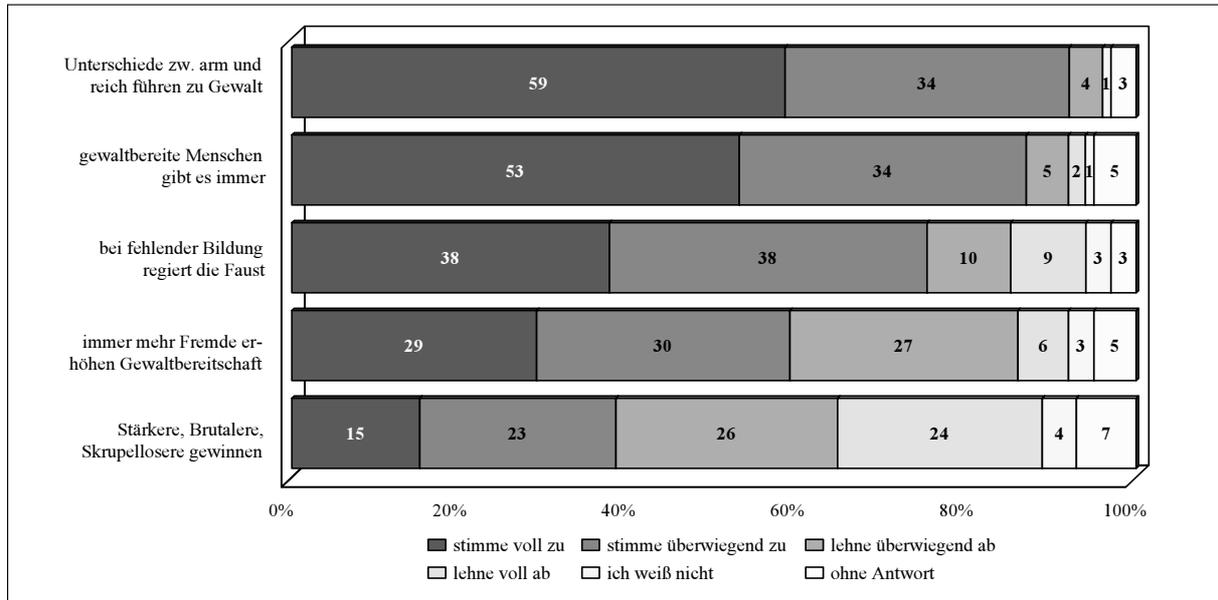
Rechtsextremismus wird mehrheitlich mit Gewalt und Gewaltbereitschaft verbunden. Es gibt einen (zu) hohen Anteil von Bürgern, die generell davon ausgehen, dass „Gewalt“ dem Menschen eigen ist.

Insgesamt gehen 87 Prozent davon aus, dass es gewaltbereite Menschen immer gibt. 93 Prozent sehen die Ursachen für Gewalt vor allem in Unterschieden zwischen arm und reich bzw. in mangelnder Bildung (76 Prozent). Insgesamt ist festzustellen, dass über 50 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass es Gewalt

immer geben wird, „voll“ zustimmen. Das charakterisiert, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung „Gewalt“ für unabwendbar, nicht beeinflussbar hält.

Von den über 18-jährigen Bürgern der neuen Bundesländer stimmt rd. ein Drittel der Befragten der Auffassung zu, dass überall im Leben gelte, dass „der oder die Stärkere, Brutalere, Skrupellosere gewinnt“ (Sozialdarwinismus), 50 Prozent wenden sich gegen eine solche Auffassung (4 Prozent „ich weiß nicht“, 7 Prozent „ohne Antwort“).

Bewertung von Gewaltursachen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Auch „Überfremdung“ als Ursache von Gewalt wird von 59 Prozent als eine Ursache angesehen (29 Prozent stimmen dem „voll zu“) und damit indirekt der Position „weniger Fremde – weniger Gewalt“.

Die getroffenen Aussagen belegen eine bestimmte weit verbreitete „Unabwendbarkeit“ von Gewalt – bei aller Unterschiedlichkeit der dafür gesehenen Ursachen. Nicht zuletzt deshalb, weil davon ausgegangen wird, dass Unterschiede zwischen arm und reich ebenso wie in der Bildung langfristig existent sein werden und demzufolge auch Gewalt. Gewalt in diesem Kontext wird hingenommen, akzeptiert.

Keinesfalls zu übersehen ist, dass auch die mediale Wirklichkeit in hohem Maße Gewalt verbreitet, zum Teil zelebriert. Das betrifft auch Darstellungen, die „Gewalt“ als Mittel der Durchsetzung „nationaler Interessen“ oder des „Schutzes“ nationaler Interessen darstellen bzw. im Interesse von Zuschauerquoten Gewalt nicht nur hinnehmen, sondern in den Mittelpunkt von täglicher Berichterstattung und Abendunterhaltung stellen. Das gilt auch für die Verbreitung von Computerspielen.

Bei allgemeinen qualifikationsabhängigen Bewertungen rechtsextremer und ausländerbezogener Positionen findet die Spezifik ostdeutscher Verhältnisse keine entsprechende Beachtung.

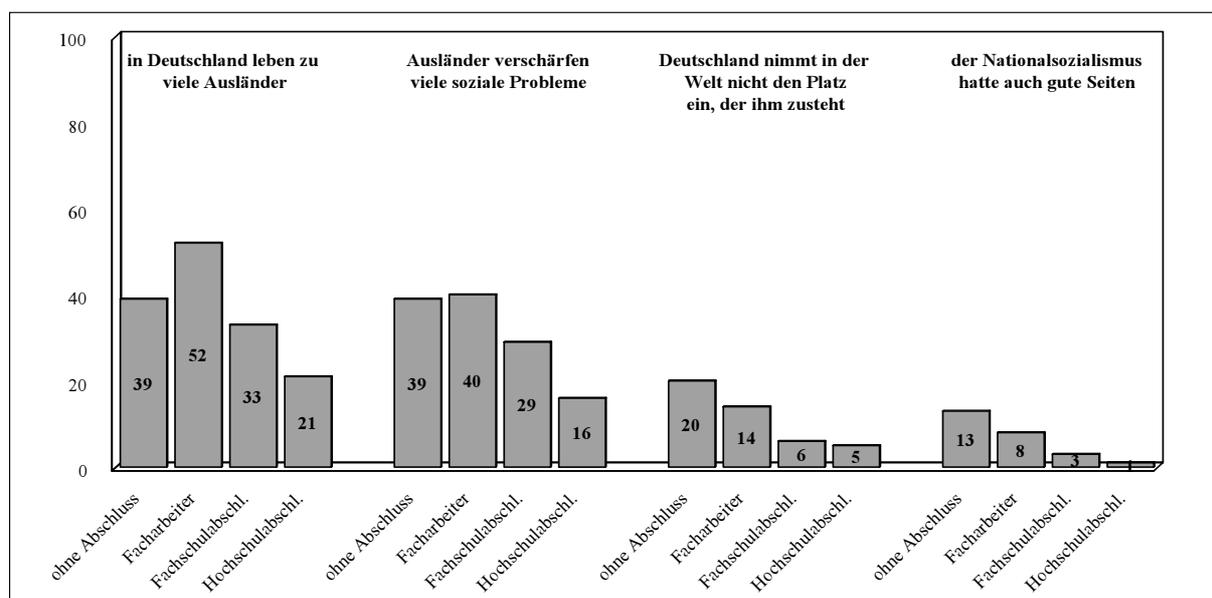
Das Bildungs- und Qualifikationspotenzial beeinflusst auch in den neuen Bundesländern ausländerfeindliche und rechtsextreme Positionen, wenn auch nicht in einem Maße, um sagen zu können (zu dürfen), dass niedrige Schulbildung und fehlende berufliche Qualifikation in besonderem Maße zu rechtsextremen Positionen führen, wie Hochschulbildung davor bewahrt. Erworbene Qualifikationen wirken vor allem auf den Erwerbs/ Sozialstatus und damit verbunden auf die wirtschaftliche Situation des Einzelnen bzw. seiner Familie.

Insofern reflektieren sich im Zusammenhang zwischen beruflichem Abschluss und ausländerbezogenen bzw. rechtsextremen Positionen eher die mit der Qualifikation verbundenen „Lebenslagen“ als ein „reiner“

Bildungseinfluss. Das spricht nicht dagegen, dass ein steigendes Qualifikationsniveau sicher auch vor allem zu einem höheren Maß an Fähigkeit führt, sich selbstständig kritisch mit entsprechenden vermittelten Aussagen – insbesondere in den Medien – auseinanderzusetzen.

Bei der Bewertung des Zusammenhangs von Qualifikation und Rechtsextremismus in den neuen Ländern muss hervorgehoben werden, dass es einen hohen Anteil von Bürgern mit einem „Facharbeiterabschluss“ gibt, gleichzeitig aber insbesondere in Gebieten mit grundlegenden wirtschaftsstrukturellen Veränderungen (Deindustrialisierung, Auflösung agrarischer Wirtschaftsstrukturen) nicht nur eine Entwertung beruflicher Profile erfolgte, sondern zugleich die „Anlern Tätigkeiten“ in neuen/anderen Berufen deutlich zunahm. Im Zentrum geförderter Aus- bzw. Weiterbildung standen nicht berufliche Abschlüsse, sondern tätigkeitsorientierte Erfahrungs- und Wissensvermittlung.

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach beruflichem Abschluss – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



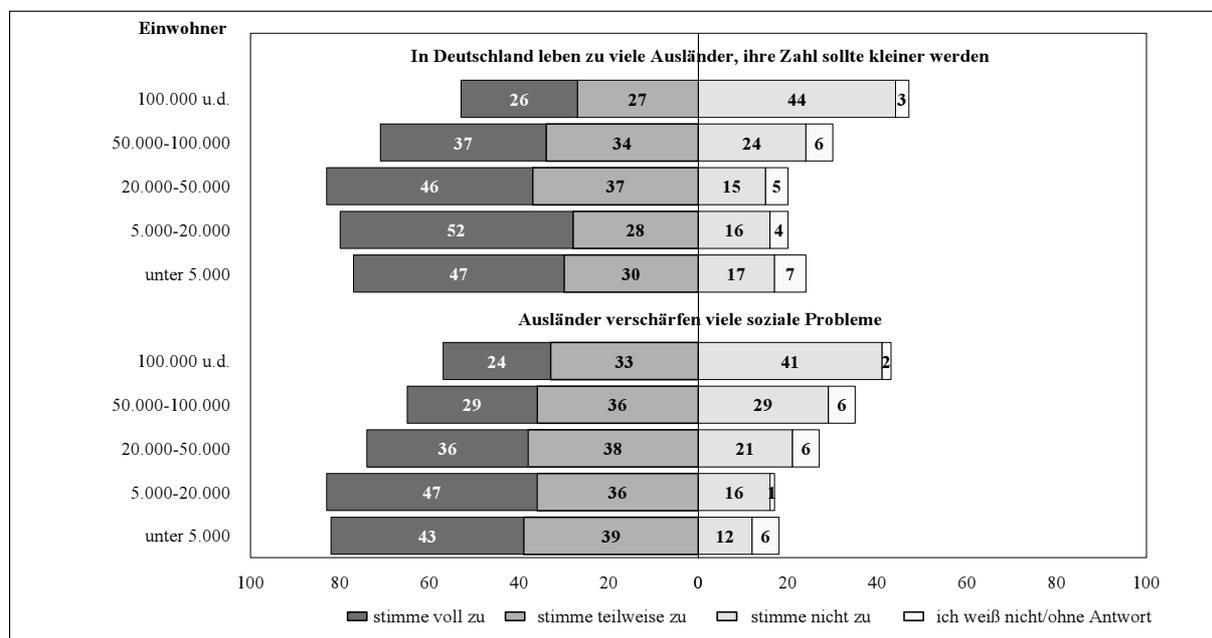
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Mit den wirtschaftsstrukturellen Veränderungen verbundene Dequalifizierung sowie berufliche und arbeitsmarktliche Ausgrenzungen konzentrierten sich bis in die Gegenwart überdurchschnittlich auf Bürger ohne bzw. mit Facharbeiterqualifikation. Von der enormen, einmaligen beruflichen Mobilität nach 1990 in den neuen Bundesländern waren Fach- und Hochschulabsolventen insgesamt weniger betroffen und damit auch von deutlich geringeren Qualifikations- und Erfahrungsverlusten. Eine Spezifik der Wirkung der wirtschaftsstrukturellen Wandlungen nach 1990 liegt in der anteilig deutlich geringeren beruflichen/qualifikationsabhängigen Neuorientierung der Fach- und Hochschulabsolventen (mit hohen Anteilen der beruflichen Fortsetzung bisheriger Tätigkeiten (Pädagogen/Medizinisches Personal)). Vor diesem Hintergrund mit seinen Wirkungen auf Einkommen, Wohlbefinden, Bewertung des Vereinigungsprozesses und der gesellschaftlichen Ursachen für individuelle Lebenslagen sind auch die Aussagen zu ausgewählten rechtsextremen Äußerungen sowie Ausländern – qualifikationsbezogen – einzuordnen.

Vor allem in kleineren Gemeinden und Städten wird überdurchschnittlich rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen zugestimmt. Gewerkschaftsmitglieder äußern sich generell positiver als Nichtmitglieder. Die Haltungen von Frauen und Männern sind weitgehend übereinstimmend.

Befragte aus kleineren Orten und Gemeinden in den neuen Bundesländern (sowie Berlin-Ost) stimmen insgesamt eher rechtsextremen und gegen Ausländer bezogenen Auffassungen zu. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der ohnehin geringe Ausländeranteil in Ostdeutschland sich weitgehend auf Großstädte und Wirtschafts- bzw. Wissenschaftszentren konzentriert. Insofern fehlen eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern fast völlig. Es werden Auffassungen übernommen, die ihre Untersetzung insbesondere durch eine existente hohe Arbeitslosigkeit und weitgehend fehlende kulturelle und Freizeitstrukturen erfahren. Gerade in einigen Gebieten Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns erweist sich, dass rechtsorientierte Strukturen und Subkulturen vor allem über Freizeitaktivitäten zum „Anziehungspunkt“ werden.

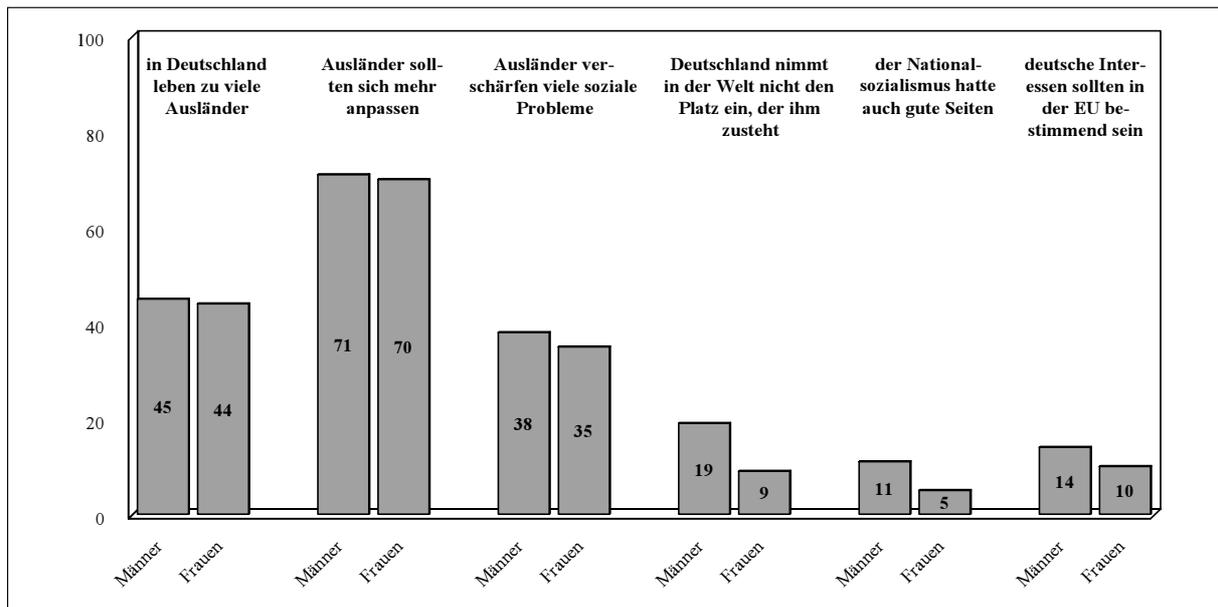
Ausländerbezogene Positionen nach Orts-/Gemeindegröße – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Haltungen der ab 18-jährigen Frauen und Männer in den neuen Bundesländern sind in Bezug auf die Bewertung der positiven wie negativen Wirkungen der in Deutschland lebenden Ausländer fast deckungsgleich. Das gilt nicht für rechtsextreme Positionen. Hier gibt es nicht nur insgesamt eine weitaus geringere Zustimmung generell, sondern deutlich ausgeprägtere, nach rechts tendierende Auffassungen bei den Männern.

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Geschlecht – neue Bundesländer – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)

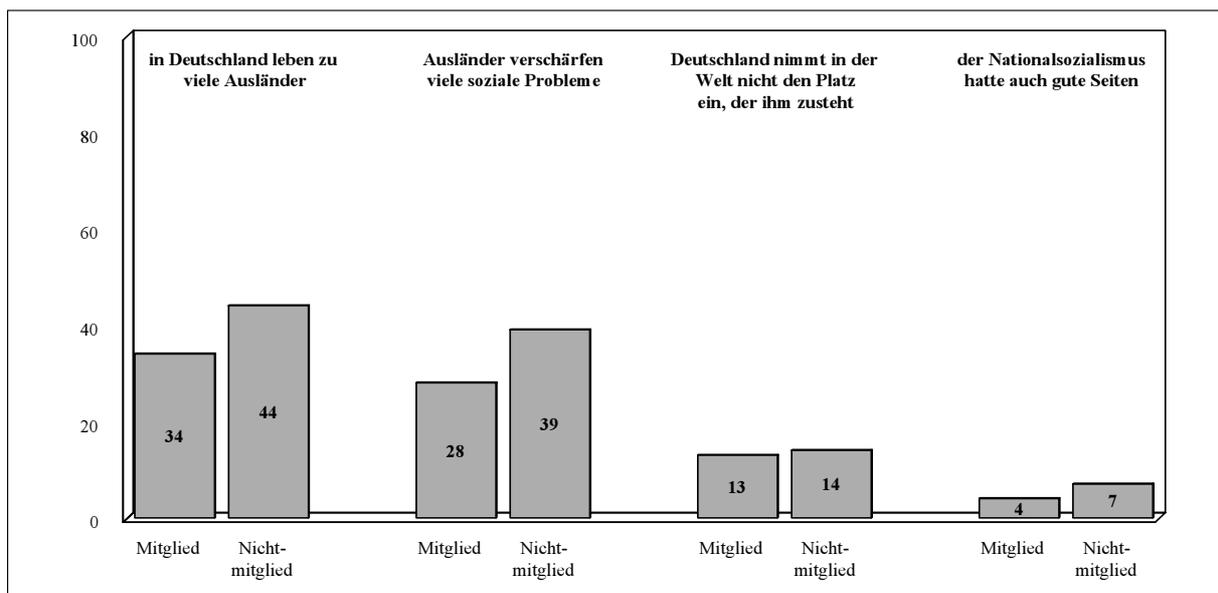


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Charakteristisch für die von den Frauen getroffenen Aussagen ist zugleich ein hoher Anteil derjenigen, die bei rechtsextremen Positionen mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. sich jeglicher Äußerung enthalten.

Abschließend sei hervorgehoben, dass sich in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder in weitaus geringerem Maße zustimmend zu rechtsextremen und gegen Ausländer gerichtete Positionen äußern. Darin reflektiert sich indirekt vor allem das stärker ausgebildete Interesse an Politik, welches bei Gewerkschaftsmitgliedern mit 49 Prozent (starkes Interesse) deutlich über dem von Nichtmitgliedern (37 Prozent) liegt. Auch bei Gewerkschaftsmitgliedern gelten die allgemein festgestellten Aussagen zu Differenzierungen nach Alter und Geschlecht.

Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach gewerkschaftlicher Mitgliedschaft – neue Bundesländer – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

1 Vorbemerkungen – Einführung – Methodik

Die seit der Vereinigung in den neuen Bundesländern erzielten Veränderungen in den Lebensverhältnissen finden mehrheitlich die Zustimmung der Bürger. Zugleich nimmt die Öffentlichkeit eine immer wiederkehrende, sich zum Teil verstärkende Anti-Haltung zu Ausländern sowie rechtsextreme Handlungen und Verhaltensweisen wahr.

Das Ziel der vorliegenden Studie besteht zum einen in der Analyse des Einflusses wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen auf Einstellungen zu Ausländern. Besonders wird dabei der Zusammenhang zur Erwerbsarbeit und wirtschaftlichen Integration der Bürger in den neuen Bundesländern sowie zu existenten Grundorientierungen in Bezug auf rechtsextreme Auffassungen untersucht. Zum anderen wird auch dem Einfluss einer für rd. zwei Drittel der Bevölkerung zutreffenden DDR-Sozialisation nachgegangen.

Der Rechtsextremismus hat ohne Zweifel in Ost- und Westdeutschland eine unterschiedliche Entstehungsgeschichte ebenso wie quantitativ unterschiedlich ausgeprägte Erscheinungsformen. Rein äußerlich wird nicht zuletzt durch die Medien der Eindruck vermittelt, als wenn es sich um ein überwiegend ostdeutsches Problem handeln würde. Als Belege dafür werden herangezogen:

- die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten,
- Ergebnisse von Landtagswahlen ab Ende der 90er Jahre.

Eine notwendige umfassende und detailliertere Analyse muss sich dabei vor allem konzentrieren auf

- die unterschiedlichen Handlungsfelder und Erscheinungsformen,
- die unterschiedlichen Rahmenbedingungen bezogen⁵
 - auf die „politische Kultur und deren historische Prägung“,
 - die unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Situation.

In jüngster Zeit veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie von Decker/Brähler⁶, die – dem Anliegen entsprechend – zu vergleichbaren Ergebnissen aus Sicht sozialpsychologischer Forschungen gelangt. Damit erhalten die nachfolgenden Aussagen zugleich in bestimmtem Maße ihre Bestätigung und gehen aufgrund des sozialpsychologischen Ansatzes von Decker/Brähler – insbesondere hinsichtlich der Analyse rechtsextremer Einstellungen als gesellschaftliches Problem in den neuen Bundesländern – einerseits darüber hinaus, sind aber andererseits auf die Analyse in den neuen Bundesländern begrenzt. Die vorliegenden Daten seit 1992 ermöglichten zugleich eine Längsschnittdatenanalyse zu ausländerbezogenen Einstellungen in den neuen Bundesländern.

Mit der Untersuchungsreihe „Leben in den neuen Bundesländern“ liegt beim SFZ eine seit 1990 einmalige Datenbasis zu Veränderungen der sozialen Situation und subjektiven Verhaltenseinstellungen und Wertorientierungen vor. Die Untersuchung „Leben 2006“ hat – in Fortsetzung der von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten bzw. teilgeförderten empirischen Untersuchungen zwischen 1992 und 2005 – erneut die spezifischen Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern erhoben.

Das betrifft im Besonderen:

- Werte, Erwartungen, Zufriedenheiten,
- subjektive Befindlichkeiten zur sozialen Entwicklung im Ergebnis des Vereinigungsprozesses sowie der erfolgten/erfolgenden Sozialreformen,
- individuelle Lebenslagen.

5 Armin Pfahl-Traughber: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, APUZ 39/2000, S. 3.

6 Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.

Die vorhandenen Daten ermöglichen eine Längsschnittanalyse zur Entwicklung des Verhaltens zu Ausländern. Die Erhebung wurde für 2006 ergänzt um die spezifische Analyse rechtsextremistischer Auffassungen.

Seitens des SFZ wurden in den jeweiligen Veröffentlichungen (Sozialreporte 1992 bis 2006) sowie in wissenschaftlichen Tagungen (Tagungen zur „Sozialunion in Deutschland“ – 1992 bis 2002 – gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung) auf Einstellungen zu Ausländern Bezug genommen, ohne ihnen jedoch einen eigenständigen Rang einzuräumen.

2005 wurden die Analysen zu ostdeutschen Lebensverhältnissen bereits um spezielle Aussagen zur EU-Osterweiterung und die dazu vorhandenen Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung ergänzt und in einer entsprechenden Studie aufbereitet.⁷

Speziell im Ergebnis der Landtagswahlen 1997 in Sachsen-Anhalt wurde für die Landesregierung Sachsen-Anhalt ein Bericht zu Einstellungen und Handlungsorientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Sachsen-Anhalt erarbeitet.⁸

Darüber hinaus wurden in Berliner Stadtteilen mit starken Immigrationsanteilen (Marzahn/Kreuzberg) spezielle Untersuchungen zur Integration von Umsiedlern und Ausländern und ihrer Integrationsbereitschaft durchgeführt.⁹

Im Nachfolgenden sollen vor allem Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremen Auffassungen anhand vorliegender empirischer Daten des SFZ sowie von Ergebnissen anderer Einrichtungen behandelt werden.

Auf der Grundlage der erhobenen Daten zur Haltung zu Ausländern (Erhebung jährlich seit 1992) erfolgt dabei eine sozialstrukturelle und sozio-demografische Analyse insbesondere zu den Sachverhalten:

- Ausländerakzeptanz – Vorurteile gegenüber Ausländern,
- Erwartungen zum Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer und ihr Verhalten,
- rechtsextreme Parteipräferenzen – rechtsextreme Einstellungs-Potenziale in der Bevölkerung.

Die Einbindung in das Gesamtprojekt „Leben 2006 – Zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern“ sichert eine Einordnung der Aussagen in die Gesamtheit der Lebensverhältnisse und -bezüge. Dabei wurde von folgenden Arbeitshypothesen ausgegangen:

- Die individuelle wirtschaftliche Lage und die Erwerbssituation prägen die Einstellungen zu Ausländern und die Bereitschaft zu einem rechtsextremem Gedankengut zustimmenden bzw. ablehnenden Verhalten.
- Die individuelle Dauer der Sozialisation in der DDR beeinflusst Verhalten zu Ausländern und Rechtsextremismus.
- Die Bewertung der deutschen Vereinigung und die Einschätzung der Art und Weise des Vereinigungsprozesses prägen unterschiedliche Identifikationen mit der Bundesrepublik und beeinflussen die Auffassungen zu Rechtsextremismus und Gewalt – insbesondere gegenüber Ausländern.
- Die Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland – insbesondere Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen – stellt einen zentralen politischen Einflussfaktor zur Verminderung ausländerfeindlichen und rechtsextremen Verhaltens dar.

7 Vgl. Thomas Hanf: Zur Entwicklung von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen in ausgewählten Bundesländern unter den sich verändernden Bedingungen des innerdeutschen Transformationsprozesses durch die EU-Ost-Erweiterung, Studie, Berlin 2007.

8 Reinhard Liebscher/Heidrun Schmidtke/Gunnar Winkler: Einstellungen und Handlungsorientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Sachsen-Anhalt, Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, 1998.

9 Hanna Haupt u.a.: Marzahn und seine Bürger – eine Sozialstudie, Berlin 1999; Soziale Integration und Freizeitverhalten von jungen Aussiedlern in Marzahn 2000 (Fortsetzung einer Studie 1997/1998), Studie im Auftrag des Bezirksamtes Marzahn, Abteilung Jugend, Bildung und Kultur, Berlin 2000; 50 und älter in Friedrichshain-Kreuzberg 2003 – eine Sozialstudie – im Auftrag des Bezirksamtes von Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2003; Soziale Integration – soziale Lage – subjektive Befindlichkeiten von Spätaussiedlern in Marzahn-Hellersdorf, Studie im Auftrag des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, in Vorbereitung.

Unter den Bedingungen struktureller und konjunktureller wirtschaftlicher Umbrüche und bis in die Gegenwart langanhaltender Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wurden massenhaft junge und jüngere Erwerbstätige veranlasst, die eigene Existenzsicherung und die ihrer Familien durch Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb der neuen Bundesländer zu sichern. Diese Entwicklung ist insbesondere mit dem Wegzug von höherem Bildungs- und Qualifikationspotenzial verbunden. Der Wegzug vor allem junger Frauen führt darüber hinaus zu einer Konzentration junger Männer ohne Erwerbsarbeit und mit niedrigem Bildungsniveau in vielen Regionen Ostdeutschlands. Auch dies hat sozialstrukturelle Verschiebungen zur Folge, die „Unterschichten-Verhalten“ befördern und „entsprechendes“ Verhalten zu rechtsextremistischen Positionen und gegenüber Ausländern fördern. Oben genannte demografische Strukturveränderungen sind Folgen, nicht Ursachen ökonomischer und politischer Veränderungen.

Über die Längsschnittanalyse hinaus werden unter Einschluss der Daten von 2006 insbesondere Differenzierungen nach sozio-demografischen (Alter, Geschlecht) sowie sozio-ökonomischen Strukturen (Erwerbsstatus/Erwerbslosenstatus, Bildungsgrad), Gemeindegröße und politischer Orientierung ausgewiesen.

Über die Längsschnittanalyse gingen in die nachfolgenden Ergebnisse 872 verwertbare Aussagen aus der Umfrage des Jahres 2006 in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ein. Die Daten wurden entsprechend den Alters-, Geschlechts- und Qualifikationsstrukturen der neuen Bundesländer gewichtet (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Sozio-demografische Strukturen der Befragten – neue Bundesländer – 2006 –

Befragte	insgesamt	Frauen	Männer
insgesamt			
n =	885	425	460
%	100	48	52
Alter			
unter 25 Jahren	10	11	9
25 – 34	18	20	17
35 – 44	20	22	17
45 – 59	25	26	25
60 Jahre u. dar.	27	22	32
Qualifikation			
ohne Ausbildung	19	14	23
Facharbeiter	61	65	58
Fachschulabschluss	6	5	7
Hochschulabschluss	11	13	10
ohne Antwort	3	3	3
Erwerbsstatus			
erwerbstätig	48	58	39
arbeitslos	15	12	17
Rentner	26	22	30
Sonstige	8	7	10
ohne Antwort	3	2	4

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Untersuchungen folgen jenen Modellen¹⁰, die

erstens den Rechtsextremismus als eine (wenn auch nicht alleinige, aber doch bedeutsame) Reaktion auf drohende oder vollzogene gesellschaftliche Deklassierung¹¹ bzw. eine als unzureichend empfundene Integration in die Gesellschaft sehen (Desintegrationstheorie¹²);

10 Vgl. hierzu: O. Decker/E. Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, APUZ 42/2005, S. 10.

11 Ebenda – bezogen auf Theorien von Hofstädter und Lipset.

12 Vgl. W. Heitmeyer (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt a.M. 1994.

zweitens individuelle Charaktere und familiäre Sozialisation nicht leugnen, aber darin eher Ausprägungsmerkmale für Verhalten (z.B. Gewalt) als ihnen zugrunde liegenden Verhaltensweisen und Einstellungen zuordnen, sondern rechtsextreme Einstellungen bzw. ihre Ausprägung vorrangig aus der Zugehörigkeit des Einzelnen zu bestimmten sozialen Gruppen/Schichten ableiten.

Es ist Anliegen der nachfolgenden Analyse, anhand der vorliegenden empirischen Angaben einen Diskussionsbeitrag in Richtung auf die Einstellungsebene, jedoch nicht auf die Handlungsebene zu leisten. In diesem Sinne wurde Rechtsextremismus in der Analyse gefasst als Einstellungsmuster, das charakterisiert ist durch

- Zustimmung/Unterstützung rechtsextremer Parteien (Sympathisanten),
- Verharmlosung des Nationalsozialismus,
- chauvinistische Grundhaltungen (Überhöhung nationaler Interessen, Überfremdung),
- Sozialdarwinismus (Überlegenheit der Stärkeren, Deutschtum),
- fremdenfeindliche Einstellungen (Ausländer als „Parasiten“, gegen multikulturelle Aspekte).

Es wird kein Modell verfolgt, das nur dann von rechtsextremen Auffassungen spricht, wenn alle genannten Faktoren zutreffen, sondern davon ausgeht, dass bereits einzelne bzw. die Kombination einzelner Aspekte entsprechenden Gedankenguts auf rechtsextreme Potenziale hinweist.

2 Rechtsextremismus – Ausländerfeindlichkeit – Spezifik und Allgemeines der neuen Bundesländer

2.1 Historisches

Die Haltung der Ostdeutschen zu Ausländern und rechtsextremen Äußerungen wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Einerseits fehlten eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern in den neuen Ländern weitgehend. So gab es z.B. bis 1990 eine spezifische Form des Umgangs mit Ausländern. Es war nicht Anliegen der offiziellen Politik, Ausländer zu integrieren, sondern nur, ihnen zeitweilig Aufenthalt zu geben, ohne mit ihnen auf Dauer zusammen zu leben. Gründe für Ausländeraufenthalt waren politisches Asyl (z.B. Chile), Ausbildung (Facharbeiter, Studium) und befristete Aufenthalte für Arbeitskräfte (insbesondere Vietnam) in wirtschaftlichen Schwerpunktbereichen. Familiäre Bindungen waren selten und wurden weder gewünscht noch gefördert. Andererseits erfolgte auch nach 1990 kaum eine Zuwanderung bzw. Ansiedlung von ausländischen Bürgern – bedingt durch fehlende Arbeitsplatzangebote, aber auch durch ein existentes/zum Teil virtuelles Klima der Ausländerbedrohung und des Rechtsextremismus.

1989 lebten in der DDR 191.190 Ausländer. Davon waren 106.095 Berufstätige, 10.225 Studenten, 28.898 Lehrlinge und 45.972 in der Kategorie „Übrige“¹³ zusammengefasst. Dazu gehörten sowohl Personen, die Asyl gefunden hatten, als auch Diplomaten oder Personal verschiedener ausländischer Einrichtungen und Ehepartner von DDR-Bürgern, die aus dem Ausland in die DDR gezogen waren.

Ein besonderes Kapitel bildet der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der DDR, der sich in folgenden Formen der Kooperation vollzog:¹⁴

- zeitweilige Delegation von Arbeitskräften zum Erwerb praktischer Erfahrungen, zur Aus- und Weiterbildung und zur Nutzung zeitweiliger Arbeitskräftereserven;
- Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in grenznahen Gebieten aus Nachbarländern (Arbeitspendler – Polen, Tschechien);
- Arbeitskräftekooperation zur Realisierung von gemeinsamen Projekten in Nachbarländern (z.B. Erdölleitung UdSSR-DDR);
- Spezialistenaustausch und spezielle Bildungsabkommen.

Der Arbeitskräfteeinsatz (Produktionsarbeiter) in der DDR umfasste Anfang bis Ende der 80er Jahre vor allem Bürger aus Kuba, Algerien, Vietnam, Angola und Mozambique. Es waren zeitweilig rund 150.000 Beschäftigte in der DDR tätig.

Das Verhalten zu den in der DDR arbeitenden/lebenden Ausländern war sowohl in den betreffenden Betrieben und bei deren Beschäftigten als auch in der Bevölkerung insgesamt ambivalent. Eine fast ausschließlich auf „Solidarität“ zugeschnittene propagandistische Darstellung des Aufenthaltes/Einsatzes von Ausländern führte zu einer weitgehenden Akzeptanz der in der DDR lebenden/arbeitenden Ausländer. (Dabei ist zu beachten, dass die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte nie als „Ausländer“, sondern überwiegend als „Russen“ im abwertenden Sinne sowie als „Besatzungsmacht“ betrachtet wurden.)

Die Haltung der Bevölkerung zu den in der DDR lebenden Ausländern ergab sich nie aus Positionen der sozialen Bedrohung oder Konkurrenz, da kein Arbeitsplatzmangel bestand. Auch Defizitbereiche des Lebens in der DDR z.B. in der Wohnraumversorgung oder Ausstattung mit hochwertigen Konsumgütern

13 Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 402.

14 E. Sachse: Internationale Solidarität, in: G. Manz/E. Sachse/G. Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit, trafo verlag, Berlin 2001, S. 380-383.

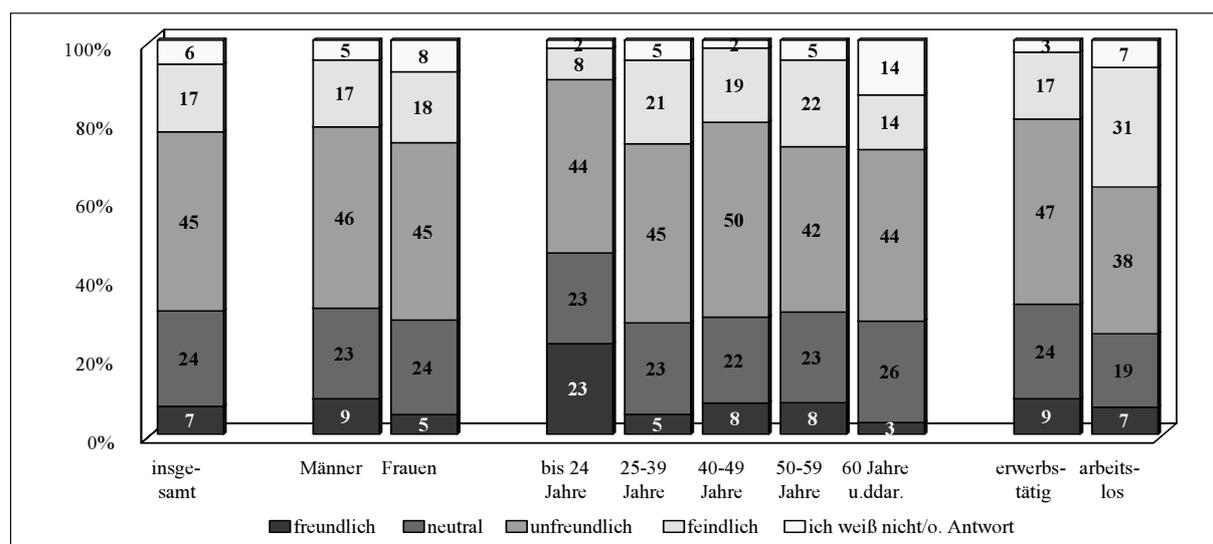
bzw. fehlenden Reisefreiheiten wurden nicht bzw. nur in Ausnahmefällen mit der Anwesenheit von Ausländern in Beziehung gebracht. In der Nachwendezeit kam es zum Teil zu problematischen Entwicklungen, da die Stammbetriebe, die aufgelöst wurden, sich nicht mehr um ihre Ausländer kümmerten. Darüber hinaus gab es auch vielfältige Probleme mit den Entsender-Ländern.¹⁵

Die seit 1992 beim SFZ vorliegenden Aussagen von Bürgern der neuen Bundesländer ergeben, dass sich die Haltung zu Ausländern über die Jahre im Prinzip nicht verändert hat. Es überwiegen negative Wertungen, die vom Einzelnen nur in seltenen Fällen näher begründet werden können, sondern mehr auf pauschalen Vorverurteilungen beruhen.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die „negative“ Haltung zu Ausländern, die in den Jahren zwischen 1994 bis 1997 ihren Tiefpunkt erreicht hatte (offensichtlich sowohl Konkurrenz um Arbeitsplätze wie einem „Klima“ des „Sozialneids“ geschuldet), keineswegs hinreichend geändert hat, wenn auch – nicht zuletzt im Ergebnis der Fußballweltmeisterschaft 2006 – neueste Daten „freundlicher“ sind.

Es ist offensichtlich, dass nur im Maße der Änderung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse die Chance auf ein normales „Miteinander“, auf Gleichbehandlung im öffentlichen Leben, aber auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen besteht. Die Haltung der Bürger – der Jüngeren wie auch der Älteren – ist nicht ausländerfreundlich, aber auch nicht ausländerfeindlich.

Abbildung 1: Wie ist Ihrer Meinung nach das „Klima“ in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf Ausländer? – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Danach befragt, wie die Bürger der neuen Bundesländer das „Klima“ in Bezug auf Ausländer bewerten, gehen nur 7 Prozent davon aus, dass in der Bundesrepublik ein ausländerfreundliches Klima herrsche, 24 Prozent bewerten es mit „neutral“, 45 Prozent mit „eher unfreundlich“ und 17 Prozent als „ausländerfeindlich“ (4 Prozent „ich weiß nicht“/2 Prozent „ohne Antwort“).

Dabei gibt es im Prinzip übereinstimmende Auffassungen zwischen Männern und Frauen. Während jüngere Bürger ein eher freundlicheres Bild zeichnen, stimmen die Auffassungen der über 25-Jährigen weitgehend überein (mit der zu beachtenden Einschränkung eines relativ hohen Anteils von fehlenden Aussagen „ich weiß nicht“/„ohne Antwort“ bei über 60-Jährigen). Arbeitslose tendieren in der Bewertung eher zu „ausländerfeindlich“ – sicher auch eine Reflexion des jeweiligen Umfeldes.

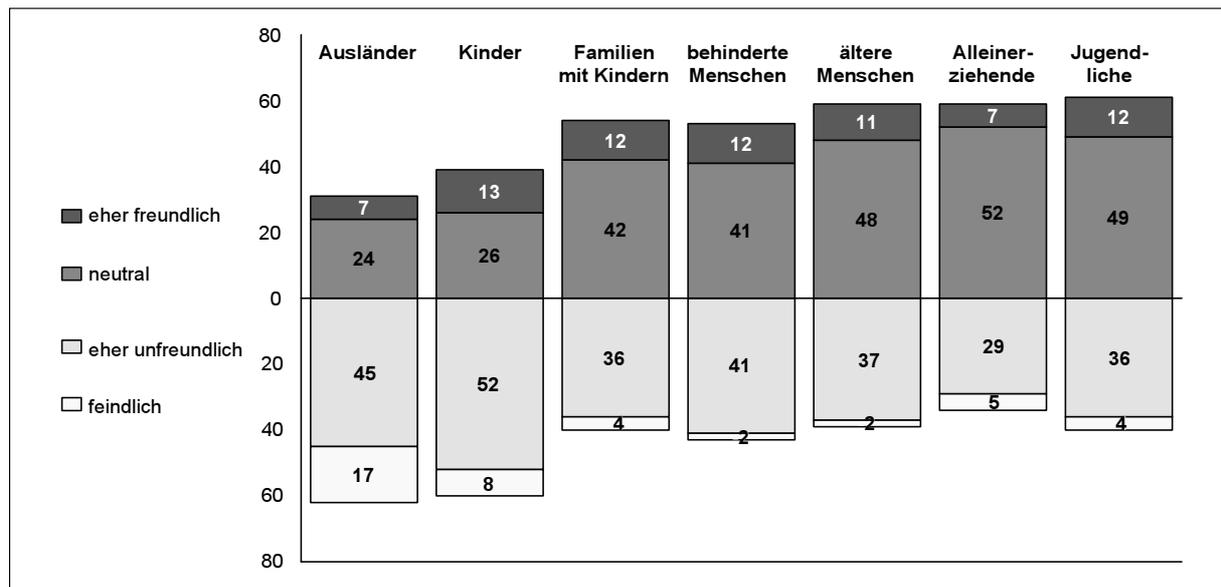
15 Vgl. ebenda.

Eine feindliche/unfreundliche Haltung zu Ausländern nimmt innerhalb der „Klimaindikatoren“ (bezogen auf Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, behinderte Menschen) eindeutig den ersten Rang ein.

Die grafische Darstellung der „Klimabewertung“ (vgl. Abbildung 2) macht anschaulich deutlich, dass die von den Bürgern vorgenommene Bewertung mit Abstand das Klima für Ausländer und Kinder mit rd. 60 Prozent als „feindlich“ bzw. „unfreundlich“ charakterisiert. Dabei ist der Anteil derjenigen, die sich für „ausländerfeindlich“ entscheiden, unter 17 Prozent (!) deutlich höher als derjenigen, die „Kinderfeindlichkeit“ sehen.

Die getroffene Aussage zum „Ausländerklima“ ist eine insgesamt beachtenswerte „Selbstbewertung“ der Bürger.

Abbildung 2: Wie ist Ihrer Meinung nach das „Klima“ in Bezug auf ...?
 – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent* –



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort
 Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Keineswegs uninteressant ist, dass die im Jahr 2006 veröffentlichten Aussagen zur Integration von Ausländern¹⁶ im regierungsamtlichen „Datenreport“ sich ausschließlich auf die alten Bundesländer beziehen. Das betrifft die Lebenssituation, die kulturelle Integration, die Erwerbstätigkeit und Einkommen ebenso wie andere Aspekte der sozialen Integration, die überwiegend auf noch vorhandene Defizite hinweisen. Über die Integration der in den neuen Bundesländern lebenden Ausländer werden keine Aussagen getroffen, die zur wirksamen Auseinandersetzung mit ausländerfeindlichen, ausländerunfreundlichen Positionen beitragen könnten.

2006 wurden die Diskussionen um den Zusammenhang von sozialer Situation und Rechtsextremismus bzw. Ausländerfeindlichkeit sowie – bezogen auf die neuen Bundesländer – zwischen historischer Entwicklung (Folgen der DDR-Diktatur) und Rechtsextremismus erneut belebt. Vor allem rechtsextrem orientierte Parteien nutzen die soziale Situation – insbesondere Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit sowie Sozialreformdebatten – zur Verbreitung nationalistischen Gedankenguts. In den neuen Bundesländern wird dabei von Vertretern des Rechtsextremismus mehr auf Unzufriedenheiten mit dem sozialen Status, auf Vereinigungsverlierer, auf Unterprivilegierung durch Osterweiterung gesetzt als auf Argumente einer „Überfrem-

16 Vgl. Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 571 ff.

dung“. Eine in den neuen Bundesländern nach wie vor existente hohe Wechselwählerschaft begünstigt politische Formierungen mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Wie die Ergebnisse der SFZ-Untersuchungen „Leben in den neuen Bundesländern“ seit 1992 belegen, kam es nach der Wende in Ostdeutschland im Zusammenhang mit dem Wegbrechen der angestammten Erwerbsstrukturen, der Betriebe und Einrichtungen und der auf dieser Basis zu DDR-Zeiten gewachsenen traditionell betriebszentrierten sozialen und kulturellen Beziehungsgefüge zu einer verstärkten Hinwendung der Menschen auf außerbetriebliche soziale Beziehungen. Die verlorenen Möglichkeiten der sozialen Kommunikation, Information, gegenseitigen Hilfe und Kollegialität wurden durch neu entstehende/entstandene außerbetriebliche Beziehungen ersetzt und intensiviert.

Die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und die „Entbetrieblichung“ bilden einen Nährboden für rechtsextreme Kontakte und Kommunikation. Politische Strukturen, welche die vorhandenen Freiräume – vor allem bei jüngeren Menschen, aber auch bei Arbeitslosen, Vorrentnern und Senioren – besetzen, gewannen an Einfluss auf Denkstrukturen und Verhaltensweisen.

Es kann nicht Anliegen der nachfolgenden empirischen Studie sein, die gesamte wissenschaftliche Diskussion zum Rechtsextremismus, zu seinen verschiedenen Ausprägungen und nationalen bzw. internationalen Facetten aufzuarbeiten.

Es wird deshalb in einem abgegrenzten Kontext davon ausgegangen, dass Rechtsextremismus

- sich nicht auf Ausländerfeindlichkeit – insbesondere durch nationalistische und rassistische Überhöhungen – begrenzt, sondern zugleich die Negierung grundlegender Freiheits- und Gleichheitsrechte (Nationalismus, Verharmlosung des Faschismus/Nationalsozialismus, Recht des Stärkeren) einschließt;
- nicht nur dann vorliegt, wenn alle seine möglichen Erscheinungsbilder auftreten. Das Fehlen einzelner Facetten (z.B. eine Verharmlosung des Faschismus/Nationalsozialismus) begrenzt nicht rechtsextreme Potenziale, sondern unterscheidet sie nur im Grad ihrer Ausprägung;
- sich in seinen Äußerungsformen unterscheidet zwischen „Einstellungen“ und „Verhalten“. Rechtsextremes Verhalten (z.B. Protest, Wahlen) ist ebenso wenig wie jede Form von Gewalt generalisierend mit Rechtsextremismus gleichzusetzen;
- über entsprechende „Einstellungen“ hinaus einen breiteren Nährboden in Teilen der Bevölkerung findet, der neben direkten rechtsextremen Einstellungen auch mit den Begriffen Verständnis oder mit Duldung beschrieben werden kann. Während Letzteres sich insbesondere bei öffentlichem Auftreten rechtsextremer Kreise auf entsprechendes „Gegenverhalten“ konzentriert (bei einer Vielzahl von individuellen Motiven wie Angst, fehlende Zivilcourage usw.), wurzelt Verständnis eher im Suchen und Finden von Motiven für Rechtsextremismus. Mit dem Wandel des Rechtsextremismus zur Einbindung „sozialer Fragen“ erweitert sich der Kreis der „Verständnis Zeigenden“;
- in besonderem Maße seine Wurzeln im „Sozialen“ hat und auch Ausländerfeindlichkeit – insbesondere in den neuen Bundesländern – eher in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation begründet ist als in nationaler oder rassistischer „Überhebung“;
- sich auch über „antireligiöse“ Orientierungen verbreitet, d.h. sich gegen einzelne Religionen wendet bzw. mit einer Überhebung der eigenen „christlichen Werte“ verbunden ist.

Wenn Rechtsextremismus seine Wurzeln auch in einer Verbreitung sozialer Ängste sowie Untergangs- und Endzeitstimmung hat¹⁷, dann bilden verbreitete Gesellschaftsbilder wie

- „demografische Bedrohung“ (Alterung),
- „Ansturm der Armen“ (Wanderungen aus Osteuropa oder Afrika),
- „islamistischer Terrorismus“

17 Vgl. Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 37.

aufgrund ihrer zum Teil einseitigen medialen Darstellung (bzw. zum Teil von Politikern) in Verbindung mit den realen objektiven Verhältnissen im eigenen Land einen entsprechenden Nährboden.

Zu den generellen Wandlungen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik sind zu rechnen:

- der Wandel von einer ausschließlich auf die „nationale Frage“ gerichteten Orientierung¹⁸ auf die Verbindung mit der „sozialen Frage“;
- die Konzentration des Rechtsextremismus auf Gruppen mit relativ politischer und ökonomischer Unzufriedenheit und damit der Ausbreitung von der „Mittelschicht“ bis zu den „Unterschichten“¹⁹;
- der Übergang vom „verdeckten“ Rechtsextremismus in der DDR zum offenen, an zugelassene Parteien gebundenen legitimierten Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, der – verbunden mit der sozialen und ökonomischen Situation – zugleich neue Größenordnungen hervorbrachte (vgl. Abschnitt 2.2);
- die Erweiterung der Potenzialbasis vor allem auf ländliche Gebiete mit einer fehlenden Infrastruktur und Vereinslandschaft, insbesondere für junge Menschen.

Die zum Teil verbreitete Auffassung, dass Rechtsextremismus in den neuen Ländern in der Vergangenheit auf „Verdrängung der historischen Realität, Verharmlosung und Relativierung der Vergangenheit, Ablenkung von eigener Schuld und eigenem Versagen“²⁰ beruht, begründet – im Zusammenhang mit einseitiger Totalitarismusdebatte zum DDR-System –, dass in den neuen Bundesländern Rechtsextremismus nicht nur verbreiteter, sondern auch mit den alten Bundesländern (zumindest vor 1990) nicht vergleichbar sei/ist. Zum Teil wird dabei die Ausländerproblematik auch politisch missbraucht.

Fragen nach den Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, können und dürfen – bei aller Notwendigkeit historischer Aufarbeitungen – nicht dabei stehen bleiben, auf „die berechtigten Fragen und Sorgen rückwärtsgewandt historisch und appellierend zu argumentieren, sozusagen die Geschichte ablenkend zu instrumentalisieren. Es geht in den aktuellen Themen nicht primär um die Lehren aus der Geschichte – es geht um die Gegenwart und die Zukunft“²¹.

Unbestrittenermaßen hat Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern

- einen anderen historischen Zugang,
- einen anderen Verbreitungsgrad sozialer und ökonomischer Ursachen,
- spezifische vereinigungspolitische Ursachen (Integrationsprobleme, Zerstörung von DDR-Identitäten).

Eine keineswegs zu übersehende Spezifik des historischen Zugangs für rechtsextreme Auffassungen besteht nicht zuletzt darin, dass der für die alten Bundesländer bis 1990 zum Teil dominierende Zugang über den „Revisionismus“ bestehender „Staatsgrenzen“, für die DDR kaum (zumindest nicht offiziell) eine Rolle spielte.

Auch die von rechtsextremen Kreisen genutzte „Überfremdungskampagne“²² wirkte zunächst in den ersten Jahren so pauschal für die neuen Bundesländer nicht – schon allein aufgrund der geringen Bevölkerungsanteile von Ausländern. Insofern wird unterstellt, dass durch die Zusammenführung mit sozialen Problemen der „Anschluss an die enorme Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern gefunden wurde“²³. Genau genommen wird dabei bereits für die DDR „enorme Fremdenfeindlichkeit“ unterstellt. Es ist aber davon auszugehen, dass die zunehmende Existenz sozialer Probleme in den neuen Ländern den Ausländern „zugeordnet“ und damit Fremdenfeindlichkeit erzeugt wurde.

18 Ebenda, S. 11.

19 Ebenda, S. 12.

20 Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, a.a.O., S. 40.

21 Vgl. Benno Hafener: Die extreme Rechte – neuere Entwicklungen und Strategievarianten, in: Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Dezember 2005, S. 37.

22 Ebenda, S. 44.

23 Ebenda, S. 45.

Untersuchungen bestätigen²⁴, dass eine gefährliche Überfremdung durch Ausländer in der Bundesrepublik inzwischen sowohl von 37,7 Prozent der ostdeutschen als auch von 37,7 Prozent der westdeutschen Bürger angenommen wird. Unterschiedliche Auffassungen bestehen eher in der Annahme der Ursachen für Ausländerimmigration und der Forderung nach Ausweisung von Ausländern, wenn Arbeitsplätze knapp sind.

Hervorzuheben ist auch, dass im Ost-West-Vergleich historische Bezüge (Hitler/Judenverfolgung) in den alten Bundesländern deutlich ausgeprägter sind. „Der Westen zeigt sich chauvinistischer und antisemitischer als der Osten, auch in der Ausländerfeindlichkeit hat der Westen den Osten eingeholt. ... Generell scheint der Osten nicht rechtsextremer eingestellt zu sein als Westdeutschland, wenn auch Differenzen in den einzelnen Aussagen erkennbar sind.“²⁵

Für den Ost-West-Vergleich werden oft einseitig die unterschiedlichen politischen Vergangenheiten herangezogen und eine damit verbundene „Akzeptanz von demokratischen und nichtdemokratischen Wertvorstellungen“²⁶. Dabei wird unterstellt, dass eine in den neuen Bundesländern tatsächlich höhere Unzufriedenheit mit dem politischen System „sich sicherlich zu großen Teilen durch die politische Sozialisation zur Zeit der DDR-Diktatur“²⁷ ergäbe. Oben genannte Untersuchungen verweisen jedoch darauf, dass der Osten nicht stärker rechtsextremistisch eingestellt ist als der Westen.²⁸

Ob historisch gesehen die Zulassung rechtsextremer Parteien generell einen Ausdruck politischer Freiheiten einer rechtsstaatlichen Ordnung darstellt (während in der DDR analoge Organisationen verboten waren), ist eine Diskussion, die nicht Gegenstand des nachfolgenden Materials sein kann.²⁹

Bezogen auf die DDR-Sozialisation ist zunächst auch darauf hinzuweisen, dass heute 15- bis 30-Jährige 1990 unter 14 Jahren bzw. noch nicht geboren waren. Ohne den Stellenwert von Sozialisation leugnen zu wollen, ist eine einseitige bzw. verzerrende Ursachenbetrachtung für Ansatzpunkte zur Minderung/Beseitigung zumindest gefährlich, wenn nicht selbsttäuschend.

Mit der Vereinigung Deutschlands hat sich der Rechtsextremismus – wie bereits festgestellt – „modernisiert“, indem er sich „sozialen Fragen“ zuwendet. Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der „schwierige Reformprozess mit seinen Unsicherheiten“³⁰ haben maßgeblich dazu beigetragen, rechtsextreme Potenziale zu bilden.

Es ist keine „fatale Sehnsucht“ nach einem „Sündenbock für die eigene prekäre Lebenslage“, wie Thierse meinte³¹, sondern ein durchaus nachweisbares und nachvollziehbares Misstrauen in die gegenwärtige Politik und damit verbundenes Misstrauen gegenüber den Parlamenten (vgl. Tabelle 2).

7 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr geben 2006 an, „volles/viel Vertrauen“ in die Bundesregierung zu haben, und 5 Prozent äußern sich analog zum Bundestag. 59 Prozent haben „kein/sehr wenig Vertrauen“ in die Bundesregierung, 62 Prozent fehlt das Vertrauen in den Bundestag.

24 O. Decker/E. Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, a.a.O., S. 13.

25 Ebenda, S. 16.

26 Armin Pfahl-Traugber: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, a.a.O., S. 4.

27 Ebenda.

28 Vgl. O. Decker/E. Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, a.a.O., S. 16.

29 Vgl. hierzu den Versuch einer Darstellung zur Entwicklung in der DDR in: Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, a.a.O., S. 109 ff.

30 Wolfgang Thierse: Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus und die Antworten der Politik, in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 14.

31 Ebenda.

Tabelle 2: Vertrauen in Bundesregierung/Bundestag – neue Bundesländer – 1993 bis 2006 – in Prozent –

	Bundesregierung				Bundestag			
	volles/viel Vertrauen	etwas Vertrauen	sehr wenig/kein Vertrauen	ich weiß nicht/ohne Antwort	volles/viel Vertrauen	etwas Vertrauen	sehr wenig/kein Vertrauen	ich weiß nicht/ohne Antwort
1993	8	32	51	8	x	x	x	X
1999	13	41	43	3	12	42	40	5
2001	11	45	40	4	10	43	42	5
2003	6	25	66	3	5	28	60	6
2005	7	22	69	2	5	25	66	4
2006	7	32	59	2	5	29	62	4

x = nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 1993-2006 (gew.)

Ohne den nachfolgenden detaillierten Untersuchungen vorzugreifen, wird aber deutlich, dass die Fähigkeit der Politik und ihrer „Institutionen“, Vertrauen in die Politik aufzubauen, sich nicht unmaßgeblich auf rechtsextreme Positionierungen auswirkt. Von den Sympathisanten rechtsextremer Parteien haben (2006) 27 Prozent „etwas Vertrauen“ in die Bundesregierung, sich „neutral“ (aber damit letztlich Potenzial bildend) Verhaltende geben 33 Prozent an, „viel“/„etwas Vertrauen“ zu haben, und von denen, die rechtsextreme Parteien ablehnen, sprechen 43 Prozent der Bundesregierung ihr Vertrauen „voll“ bzw. teilweise eingeschränkt („etwas“) aus. Vergleichbar differieren auch die Aussagen zum Bundestag.

Insgesamt ist der Vertrauensverlust in den letzten 10 Jahren unverkennbar³². Der Schröder-Bonus (1999) ist verbraucht, der Merkel-Bonus noch vorhanden (2006). Dabei kommt in den neuen Bundesländern hinzu:

- Die Kohl-Regierung (1990-1998) hatte viel Vertrauen und enttäuschte.
- Die SPD-Regierung (1998-2005) hatte zunächst Vertrauen und verspielte es in noch höherem Maße.
- Die Große Koalition (ab 2005) beruht nicht (wie die Selbstdarstellung lautet) auf höherem Vertrauen, sondern dem Zusammengehen derer, denen man nicht vertraute – ein Scheitern der Großen Koalition würde die „Volksparteien“ möglicherweise endgültig ins Aus bringen.

32 Vgl. entsprechende Publikationen des SFZ (Sozialreporte).

2.2 Rechtsextremismus – Fakten

2.2.1 Parteimitgliedschaft

Tabelle 3: Rechtsextremismus in Deutschland und in den fünf neuen Bundesländern (NBL) – 1992 bis 2003 –

Gebiet/Jahr		Summe Personen	organisierte Personen			Sonstige	Subkulturen*
			REP	NPD	DVU		
BRD	1992	61.900	20.000	5.000	26.000	4.500	6.400
	1993	64.500	23.000	5.000	26.000	4.900	5.600
	1994	56.600	20.000	4.500	20.000	6.700	5.400
	1995	46.100	16.000	4.000	15.000	4.900	6.200
	1996	45.300	15.000	3.500	15.000	5.400	6.400
	1997	48.400	15.500	4.300	15.000	6.000	7.600
	1998	53.600	15.000	6.000	18.000	6.400	8.200
	1999	51.400	14.000	6.000	17.000	5.400	9.000
	2000	50.900	13.000	6.500	17.000	6.400	9.700
	2001	49.700	11.500	6.500	15.000	7.100	10.400
	2002	45.000	9.000	6.100	13.000	7.000	10.700
	2003	41.500	8.000	5.000	11.500	7.600	10.000
	2004	40.700	7.500	5.300	11.000	8.100	10.000
2005	39.000	6.500	6.000	9.000	8.100	10.400	
NBL	1992	10.000	3.000	700	3.000	500	2.800
	1993	9.175	3.500	575	1.800	535	2.765
	1994	7.315	2.600	510	1.170	560	2.475
	1995	6.960	2.000	430	790	790	2.950
	1996	6.565	1.530	440	770	825	3.000
	1997	7.090	1.390	1.190	480	875	3.155
	1998	9.335	1.040	2.200	1.800	785	3.510
	1999	9.575	900	1.960	2.000	785	3.930
	2000	9.690	2.180	1.650	870	935	4.250
	2001	9.870	1.945	1.360	790	1.375	4.500
	2002	8.750	1.655	970	640	875	4.740
2003	7.865	1.460	725	400	1.255	4.190	
Anteil NBL an BRD (%)**	1992	16,2	15	14	11,5	11,1	43,8
	1993	14,2	15,2	11,5	6,9	10,9	49,4
	1994	12,9	13	11,3	5,9	8,4	45,8
	1995	15,1	12,5	10,8	5,3	16,1	47,6
	1996	14,5	10,2	12,6	5,1	15,3	46,9
	1997	14,6	9	27,7	3,2	14,6	41,5
	1998	17,4	6,9	36,7	10	12,3	42,8
	1999	18,6	6,4	32,7	11,8	14,5	43,7
	2000	19	16,8	25,4	5,1	14,6	43,8
	2001	19,9	16,9	20,9	5,3	19,4	43,3
	2002	19,4	18,4	15,9	4,9	12,5	44,3
2003	19	18,3	14,5	3,5	16,5	41,9	
Meckl.-Vorpom.	2003	1.340	150	50	50	290	800
Brandenburg	2003	1.265	210	230	50	265	560
Sachsen-Anhalt	2003	1.170	150	45	100	225	650
Sachsen	2003	3.000	800	300	100	415	1.500
Thüringen	2003	1.090	150	100	100	60	680

Fettsatz: überdurchschnittliche Werte

* Skinheads usw.

** Der Anteil der Bürger der fünf neuen Bundesländer an der BRD beträgt 16 Prozent. Werte über 16 verweisen auf einen über dem Durchschnitt liegenden Anteil.

Quelle: Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 104-106; Verfassungsschutzbericht 2005, BMI, Vorabfassung, Berlin 2006

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen in Parteien stellt einen bedeutenden Faktor rechtsextremer Positionierung dar. Er ist letztlich verbunden mit dem offenen Bekenntnis zu Zielen und Handlungsorientierungen der jeweiligen Parteien.³³ Insgesamt zeigt sich (bis 2003) einerseits ein Gesamtrückgang in der Bundesrepublik – inkl. neue Bundesländer – bei einem anteiligen Anstieg in den neuen Bundesländern. Veränderungen vollzogen sich vor allem in der Zunahme sogenannter Subkulturen (z.B. Skinheads).

Insgesamt wurde 2005 von 183 rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik ausgegangen (2004 = 168) bei einer gegenüber 2003 weiter rückläufigen Mitgliederzahl auf 39.000 (2004 = 40.700).

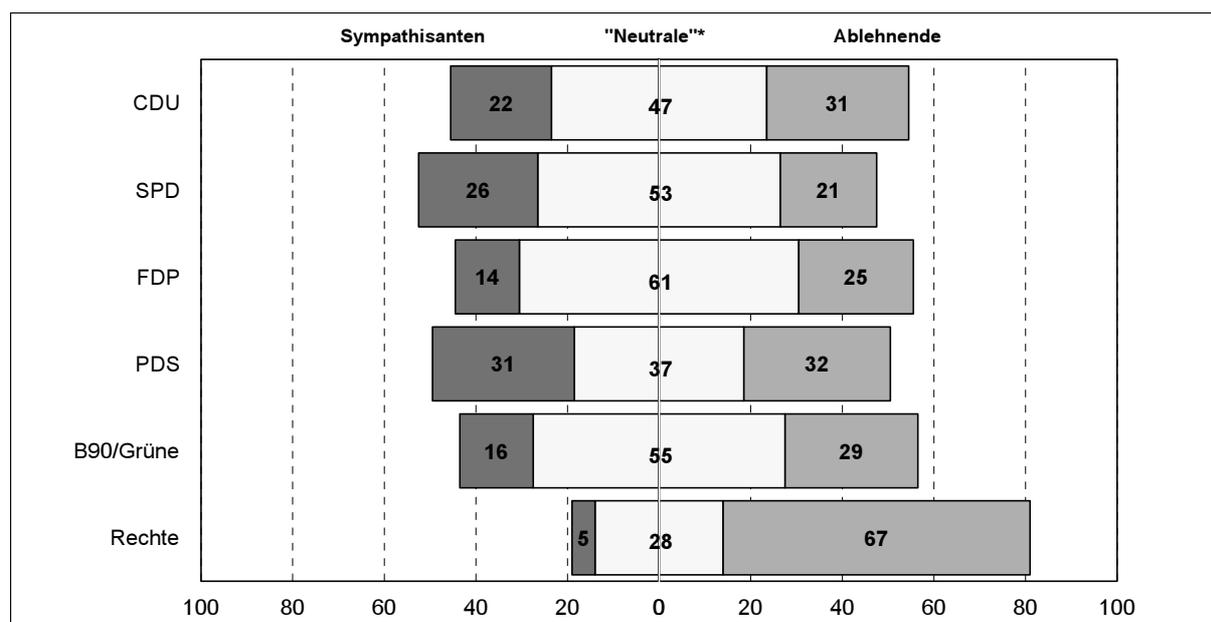
Im Rahmen der empirischen Erhebungsreihe „Leben“ ist es möglich – bezogen auf die mitgliederstärksten rechtsextremen Parteien –, Aussagen zu Sympathiewerten auch im Vergleich zu den anderen Parteien vorzunehmen.

Der Vergleich der Parteien nach

- „Sympathisanten“ (ich bin Mitglied bzw. ich sympathisiere mit ihr),
- „Neutralen“ (ist mir egal, kenne ich nicht, ohne Antwort) und
- „Ablehnenden“

macht deutlich erkennbare sozialstrukturelle und sozio-demografische Unterschiede zwischen den demokratischen Parteien und den Rechten sichtbar.

Abbildung 3: Sympathisanten, „Neutrale“ und Ablehnende – nach Parteien – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



* „ist mir egal“, „kenne ich nicht“, ohne Antwort

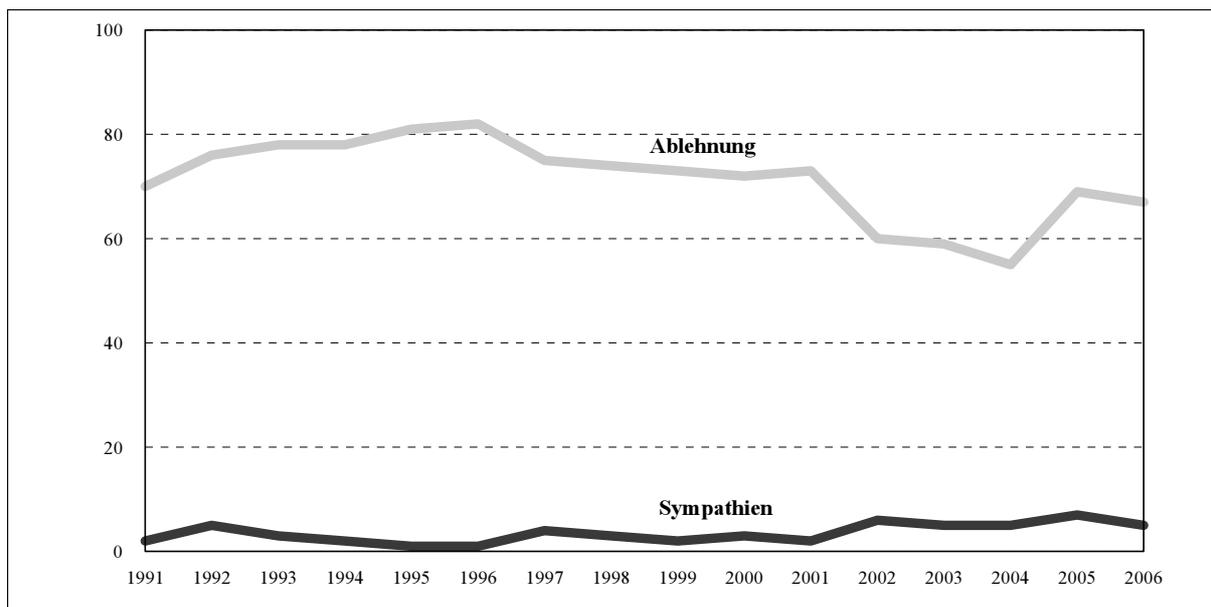
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Wenn auch mit 67 Prozent „Ablehnenden“ sich rd. zwei Drittel der Bürger ab dem 18. Lebensjahr gegen rechtsextreme Parteien artikulieren, ist nicht zu übersehen, dass es neben einer direkten Zustimmung (rd. 5 Prozent) einen relativ hohen Anteil von Bürgern gibt (28 Prozent), der sich „neutral“ und damit letztlich – zumindest in Form der „Duldung“ oder fehlenden Widerstandes entscheidet.

Über den Zeitverlauf ist insgesamt eine „stabile“ Sympathie (5 %) bei einer tendenziell geringfügig sinkenden ablehnenden Haltung erkennbar (daran ändert auch eine zeitweilig zunehmende Ablehnung im Jahr 2005 nur wenig) (vgl. Abbildung 4).

33 Aussagen zu den jeweiligen Zielen und Organisationsstrukturen der Parteien sind dem Verfassungsschutzbericht 2005, BMI, Vorabfassung, Berlin 2006, S. 72 ff., zu entnehmen.

Abbildung 4: Veränderung der Sympathien und ablehnenden Werte gegenüber Rechtsparteien – neue Bundesländer – 1991 bis 2006 – in Prozent –

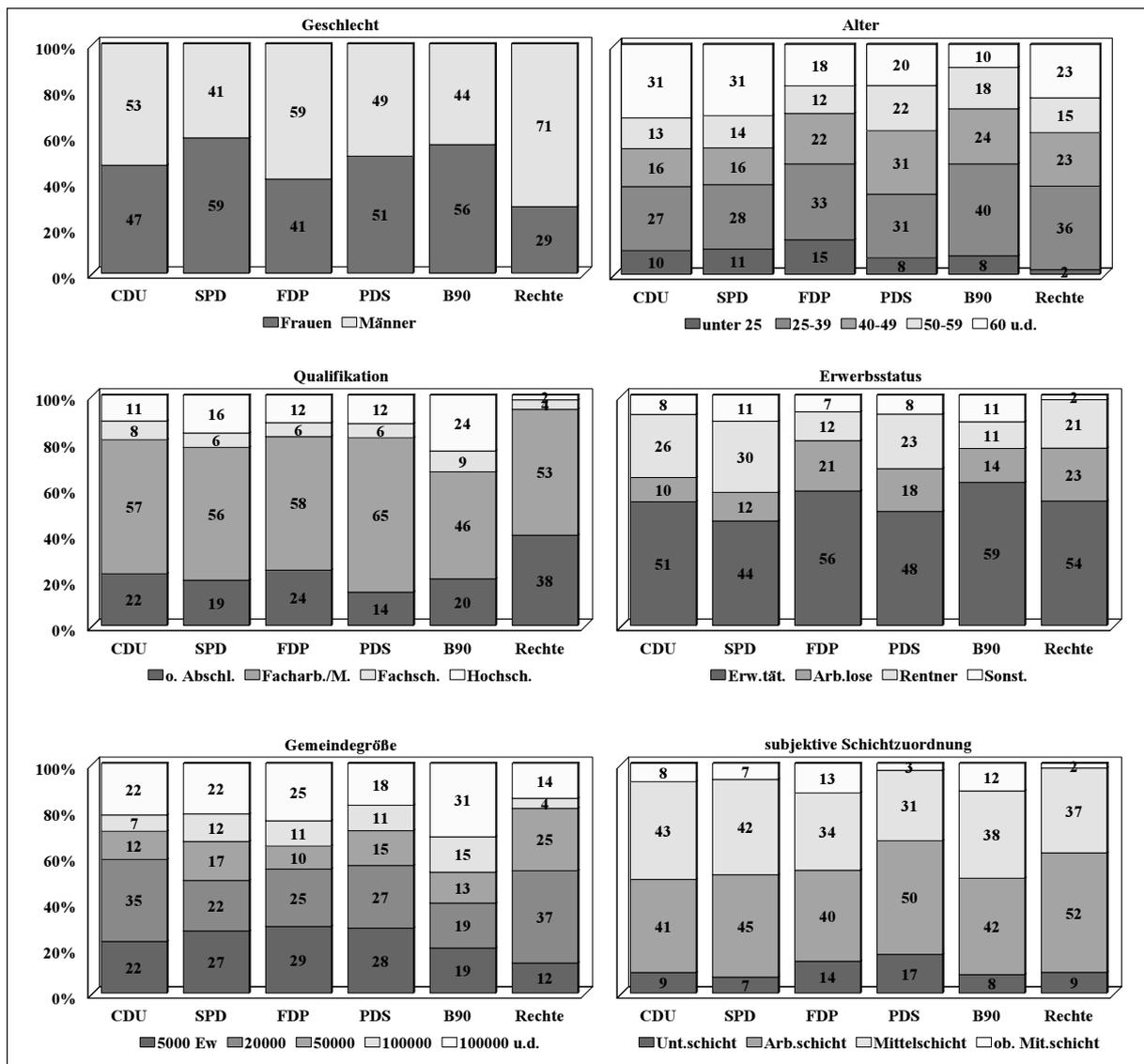


Datenbasis: sfz/leben 1991-2006 (gew.)

Im Vergleich der sozio-demografischen Strukturen nach Parteienpräferenzen wird deutlich, dass die Sympathisanten der Rechten – im Vergleich zu demokratischen Parteien (vgl. Abbildung 5) –

- männerdominiert sind (71 Prozent),
- überdurchschnittlich Bürger ohne beruflichen Abschluss (38 Prozent) und nur geringen Anteil von Hochschulabsolventen (2 Prozent) auf sich vereinigen,
- im Durchschnitt eher die Jahrgänge der 25- bis 45-Jährigen an sich binden,
- sich vor allem aus einem überdurchschnittlichen Anteil Erwerbstätiger als auch Arbeitsloser (Erwerbstätigenanteil = 54 Prozent, Arbeitslosenanteil = 23 Prozent) rekrutieren,
- sich insbesondere auf nicht großstädtische Regionen wie Klein- und Mittelstädte konzentrieren,
- sich selbst vor allem der Arbeiter- und Mittelschicht zuordnen (89 Prozent).

**Abbildung 5: Sozio-demografische Strukturen nach Parteienpräferenzen
– neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –**



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

2.2.2 Wahlen

Die Diskussionen um rechtsextreme Positionen werden insbesondere in Zeiten von Wahlen – vor allem auf Landes- und Kommunalebene – neu belebt. Nicht zuletzt im September 2006 verweisen die Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Berliner Stadtbezirken auf eine keineswegs gering zu schätzende „Unterstützung“ rechtsextremer Positionen zugelassener Parteien. Die anschließenden Wertungen bezogen sich – auch im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen – in hohem Maße auch auf die spezifischen sozialen und ökonomischen Probleme in den neuen Bundesländern sowie in einzelnen (Ost-)berliner Stadtbezirken.

Tabelle 4: Wahlergebnisse von DVU, NPD und REP bei Bundestags- und Europawahlen in Deutschland 1990 bis 2004

Partei	Westdeutschland*		Ostdeutschland**		BRD insgesamt	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
BTW 1990						
DDD***	672	0	337	0	1.009	0
NPD	122.564	0,3	23.212	0,3	145.776	0,3
REP	871.773	2,3	115.496	1,3	987.269	2,1
insgesamt	995.009	2,6	139.045	1,6	1.134.054	2,4
EW 1994						
NPD	58.517	0,2	18.720	0,3	77.237	0,2
REP	1.172.345	4,2	214.718	3	1.387.063	3,9
insgesamt	1.230.862	4,4	233.438	3,3	1.464.300	4,1
BTW 1994						
REP	765.906	2	109.333	1,3	875.239	1,9
BTW 1998						
DVU	334.341	0,8	266.851	2,8	601.192	1,2
NPD	58.570	0,1	68.001	0,7	126.571	0,3
REP	764.843	1,9	141.540	1,5	906.383	1,8
insgesamt	1.157.754	2,9	476.392	5	1.634.146	3,3
EW 1999						
NPD	55.426	0,3	52.236	0,9	107.662	0,4
REP	355.914	1,7	105.124	1,9	461.038	1,7
insgesamt	411.340	1,9	157.360	2,8	568.700	2,1
BTW 2002						
NPD	111.173	0,3	104.059	1,2	215.232	0,4
REP	235.114	0,6	45.557	0,5	280.671	0,5
insgesamt	346.287	0,9	149.616	1,7	495.903	1
EW 2004						
NPD	134.509	0,6	107.234	2,2	241.743	0,9
REP	379.064	1,8	106.598	2,2	485.662	1,9
insgesamt	513.573	2,4	213.832	4,4	727.405	2,8
BTW 2005						
NPD	429.476	1,1	319.092	3,6	748.568	1,6
REP	234.975	0,6	32.126	6,4	266.101	0,6
insgesamt	664.451	1,7	350.218	4	1.014.669	2,2

BTW = Bundestagswahlen

EW = Europawahlen

* einschl. Berlin-West

** einschl. Berlin-Ost

*** Bund der Deutschen Demokraten, REP-Abspaltung

Quelle: Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 87

Tabelle 5: Ausgewählte Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1990 – rechtsorientierte Parteien –

Landtag	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Baden-Würt.			10,9 REP 0,9 NPD				9,1 REP					4,4 REP 0,2 NPD					2,5 REP 0,7 NPD
Bayern	4,9 REP				3,9 REP				3,6 REP 0,2 NPD					2,2 REP			
Berlin	3,1 REP					2,7 REP				2,7 REP		1,3 REP 0,9 NPD					2,6 NPD 0,9 REP
Brandenburg	1,1 REP				1,1 REP					5,3 DVU					6,1 DVU		
Bremen		6,2 DVU								3,0 DVU				4,4 Schill 2,3 DVU			
Hamburg		1,2 REP		4,8 REP 2,8 DVU				5,0 DVU 1,8 REP 0,1 NPD				19,4 Schill 0,7 DVU 0,1 REP		3,1 Schill 0,3 NPD			
Hessen		1,7 REP				2,0 REP 0,3 NPD				2,7 REP 0,2 NPD				1,3 REP 0,5 Schill			
Meckl.-Vorp.	0,9 REP 0,2 NPD				1,0 REP 0,1 NPD				2,9 DVU 1,1 NPD 0,5 REP				1,7 Schill 0,8 NPD 0,3 REP				7,3 NPD
Niedersachsen	1,5 REP				3,7 REP				2,8 REP					1,0 Schill 0,4 REP			
Nordrh.-Westf.	1,8 REP					0,8 REP					1,1 REP					0,9 NPD 0,8 REP	
Rheinland-Pfalz		2,0 REP					3,5 REP 0,4 NPD					2,4 REP 0,5 NPD					1,2 REP
Saarland	3,4 REP				1,4 REP					1,3 REP					4,0 NPD		
Sachsen-Anhalt	0,6 REP 0,1 NPD				1,4 REP				12,9 DVU 0,7 REP				4,5 Schill				3,0 DVU 0,5 REP
Sachsen					1,3 REP					1,5 REP 1,4 NPD					9,2 NPD		
Schlesw.-Holst.			6,6 DVU				4,3 DVU								1,4 NPD		
Thüringen					1,3 REP					3,1 DVU 0,8 REP 0,2 NPD					2,0 REP 1,6 NPD		

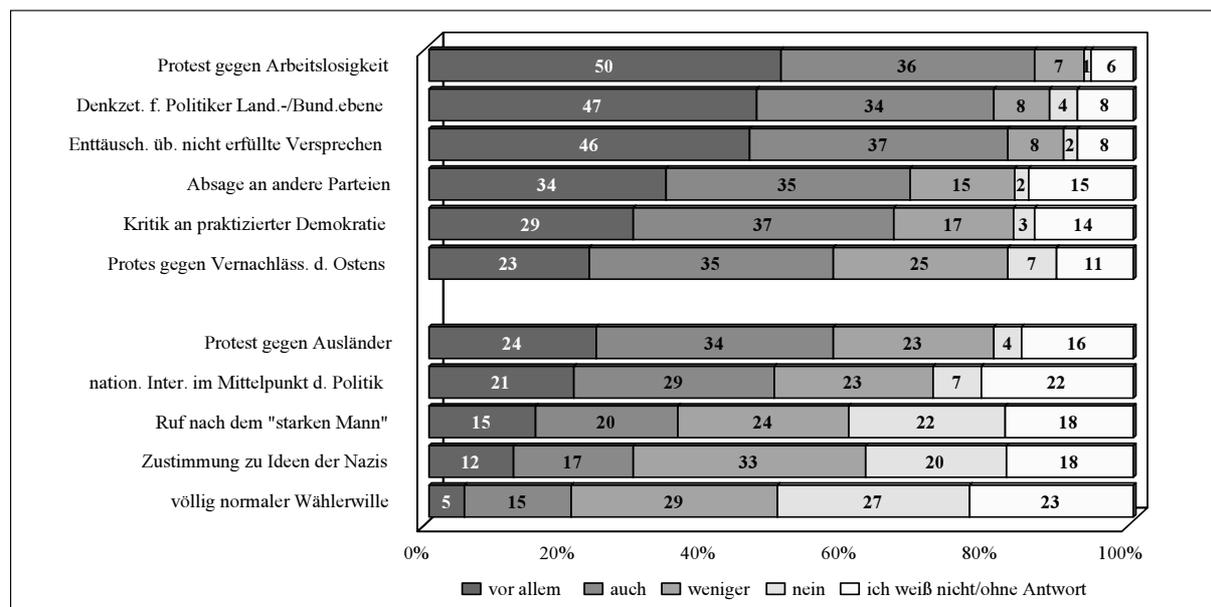
Quelle: Wahlen in Deutschland, www.election.de

Die o.g. Daten zu den Wahlen (Tabelle 4/Tabelle 5) belegen, dass es keineswegs nur ein „zu vernachlässigender“ Teil der Bevölkerung ist, der „rechts“ wählt.

Die Auffassungen darüber, welche Ursachen einem solchen Wahlverhalten zugrunde liegen, stellen zugleich Indikatoren für die „Akzeptanz“ rechtsextremer Positionen dar.

In der empirischen Erhebung 2006 wurde speziell die Frage nach den Ursachen für die Wahl von rechtsextremen Parteien erhoben.

Abbildung 6: Ursachen für Wahlverhalten – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Bemerkenswert ist, dass

- für 5 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr es vor allem als „normaler“ Wählerwillen zu werten ist, wenn rechtsextrem gewählt wird (für 15 Prozent mit bestimmten Abstrichen). Dabei werden zwei Aspekte deutlich:
 - zugelassene Parteien gelten als „demokratisch“ legitimiert;
 - nachträgliche „Wählerschelte“ darf nicht Ursachenanalysen vereinseitigen;
- die Ursachen für rechtsextremes Wahlverhalten vorrangig im Zustand der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und deutsch-deutschen Vereinigungspolitik sowie in einer nicht als hinreichend empfundenen Demokratierealität gesehen werden.

Dabei stehen insbesondere im Zentrum der Meinungen:

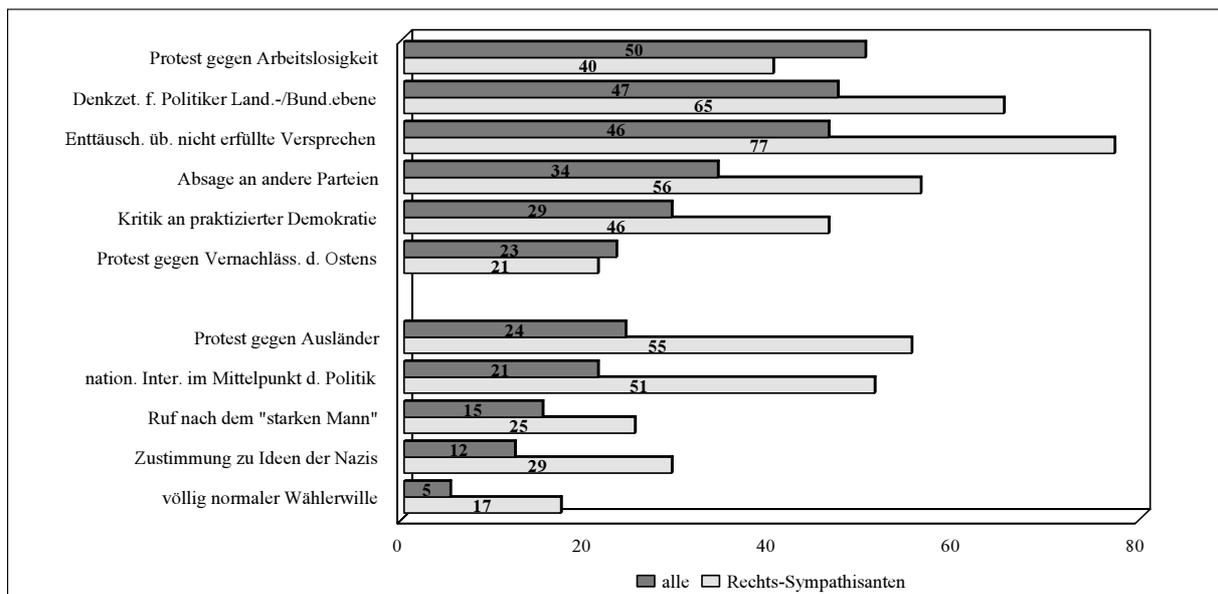
- Protest gegen die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit (50 Prozent sehen darin „vor allem“, 36 Prozent „auch“ eine Ursache);
- den Politikern einen Denkzettel zu verpassen (47 Prozent „vor allem“, 34 Prozent „auch“);
- Enttäuschung über nicht eingehaltene Versprechen (46 Prozent „vor allem“, 37 Prozent „auch“);
- die Ursachen für das Wahlverhalten in „rechtsextremen Positionen“ im engeren Sinne (Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit) in den Auffassungen der Bürger zwar den ökonomischen und sozialen Problemen nachgeordnet, aber keineswegs gering bewertet werden. Sie liegen zwischen 12 bis 25 Prozent – mit einem alles in allem hohen Anteil an Befragten, welche der Meinung sind, dass es „Akzeptanz von nazistischen Ideen“ (12 Prozent), der Ruf nach dem „starken Mann“ (15 Prozent),

die Akzeptanz eines hohen Stellenwertes „deutscher“ Interessen in der Politik (21 Prozent) sowie Protest gegen Ausländer (24 Prozent) sein (vgl. Abbildung 6).

Im Urteil derjenigen, die sich zu den „Sympathieträgern“ rechter Parteien zählen, gibt es eine davon deutlich abweichende Ursachenhierarchie. Kennzeichnend sind – wie die Abbildung 6 sichtbar hervorhebt –, dass

- für die Rechts-Sympathisanten die im Politiksystem angesiedelten Ursachen (Nichteinhaltung gegebener Versprechen (77 Prozent), Denktzettel für die Politik (65 Prozent), Demokratiekritik (46 Prozent), Parteienkritik (56 Prozent)) einen herausragenden Stellenwert im Vergleich zu den Annahmen der Mehrheit der Bürger haben;

Abbildung 7: Vergleich der getroffenen Aussagen mit den Auffassungen von Sympathisanten rechtsextremer Parteien – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

- ein eindeutig bewusstes Bekenntnis zu rechtsextremen Auffassungen wie der notwendigen Stärkung „nationaler deutscher Interessen“ (51 Prozent), der „Zustimmung zu den Ideen der Nazis“ (29 Prozent), aber auch der Ausländerpolitik (55 Prozent) einen hohen Stellenwert haben, aber o.g. Ursachen nachgeordnet wird.

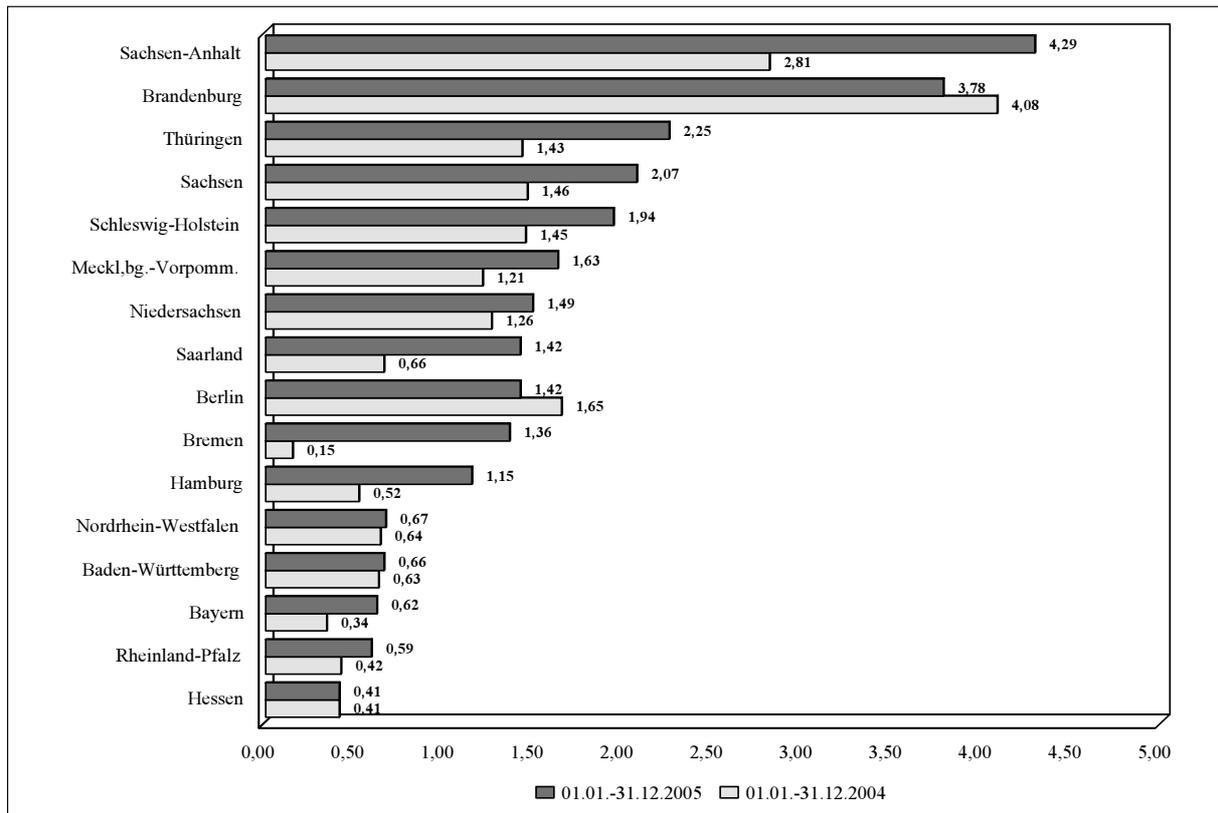
Arbeitslosigkeit und die spezifische Situation in den neuen Bundesländern werden in dieser Gruppe im Vergleich zur Annahme der Bürger gering bewertet.

Aus den verschiedenen Positionen des „Durchschnitts“-Bürgers zu rechtsextremem Wahlverhalten und rechtsextrem orientierten Bürgern kann durchaus abgeleitet werden, dass die in der Bevölkerung im Allgemeinen vorgenommenen Bewertungen rechtsextremer Positionen seitens der Wähler eher „nachrangig“ sind und nicht den Blick vor den eigentlichen Motiven verschleiern sollten (Gefahr der Verniedlichung). Das spricht nicht gegen die Funktionen, die solche Auffassungen in der Politik rechtsextremer Parteien haben. Sie sind aber offensichtlich nur wesentlich für Potenzialgewinnung und für eine „Verständnis“ einfordernde Politik rechter Parteien.

2.2.3 Straftaten

Außerhalb von Wahlen sind vor allem „Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund“ in der Öffentlichkeit meinungsbildend. Bezogen auf die Einwohnerzahl nehmen hierbei die neuen Bundesländer – insbesondere Sachsen-Anhalt und Brandenburg – die Spitzenpositionen ein.

Abbildung 8: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“* – je 100.000 Einwohner in den Ländern –



* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Statistischen Bundesamtes zu den Einwohnerzahlen der Länder.

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2005, BMI, Berlin 2006 – Vorabfassung -

Die im Verfassungsschutzbericht ausgewiesenen Daten (vgl. Abbildung 8) verdeutlichen das Ausmaß, treffen jedoch keine Aussagen zu den Ursachen regionaler Unterschiede bzw. zu den Ursachen generell.

3 Einstellungen zu Ausländern in den neuen Bundesländern

3.1 Anzahl und soziale Strukturen von Ausländern in den neuen Ländern

Fast ausnahmslos alle Menschen in den neuen Bundesländern wurden nach 1990 mit grundlegenden veränderten Arbeits- und Lebensverhältnissen konfrontiert. Das betraf insbesondere ein rasch steigendes, qualitativ hochwertigeres materielles Lebensniveau ebenso wie neue Möglichkeiten im Kennenlernen anderer, bis dato fremder Länder mit ihren Kulturen und Menschen, aber auch neue Erfahrungen im Leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Jahre nach 1990 waren jedoch zugleich für viele mit zeitweiligem und längerem Ausstieg aus dem Erwerbsleben, nicht gewünschtem „Vorruhestand“ und zunehmender sozialer Verunsicherung verbunden.

Viele Bürger nahmen aber auch erschreckende Bilder von Gewalt und Gewaltbereitschaft rechtsextremer Kreise insbesondere gegen Ausländer in Rostock, Hoyerswerda oder Potsdam zur Kenntnis und suchten die Ursachen je nach politischem Standort und unkritischer Medienadaption in der DDR-Vergangenheit oder den „neuen“ Verhältnissen.

Bis in die Gegenwart belegen die Fakten, dass in den neuen Bundesländern weder von der Vergangenheit noch dem derzeitigen Status der Ausländeranteil als eine Ursache für Ausländerfeindlichkeiten/ablehnende Haltungen herangezogen werden könnte. 2005 lebten in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lt. Ausländerzentralregister 246.056 Ausländer – davon waren rd. 105.658 (42,9 %) weiblich. Entsprechend der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Ausländer (6.755.811) waren das 3,6 %. Es kann also keinesfalls um „Quantitäten“ im Verhältnis zu Ausländern, sondern ausschließlich um „Qualitäten“ des Verhältnisses zu ihnen gehen.

Tabelle 6: Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung – neue Bundesländer (ohne Berlin) –

	Bevölkerung insgesamt* (in 1000)	ausländische Bevölkerung*			Ausländer (in 1000) (AZR**)
		absolut (in 1000)	Anteil in Prozent	je 1000 Einwohner	
1991	14.509	112	0,8	7,7	–
1995	14.174	244	1,7	17,2	242
1999	13.948	284	2,0	20,3	245
2000	13.850	289	2,1	20,9	242
2001	13.729	302	2,2	22,0	247
2002	13.617	315	2,3	23,1	258
2003	13.524	324	2,4	24,0	262
2004	13.433	320	2,4	23,8	248***
2005	13.364	320	2,4	23,9	246

* Bevölkerungsfortschreibung

** Ausländerzentralregister

*** ab 2004 Veränderung der Erhebungsmethodik

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2003/2005, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung, Tabelle 2

Von den in Deutschland bzw. in den neuen Bundesländern lebenden Ausländern waren (2005) aus:

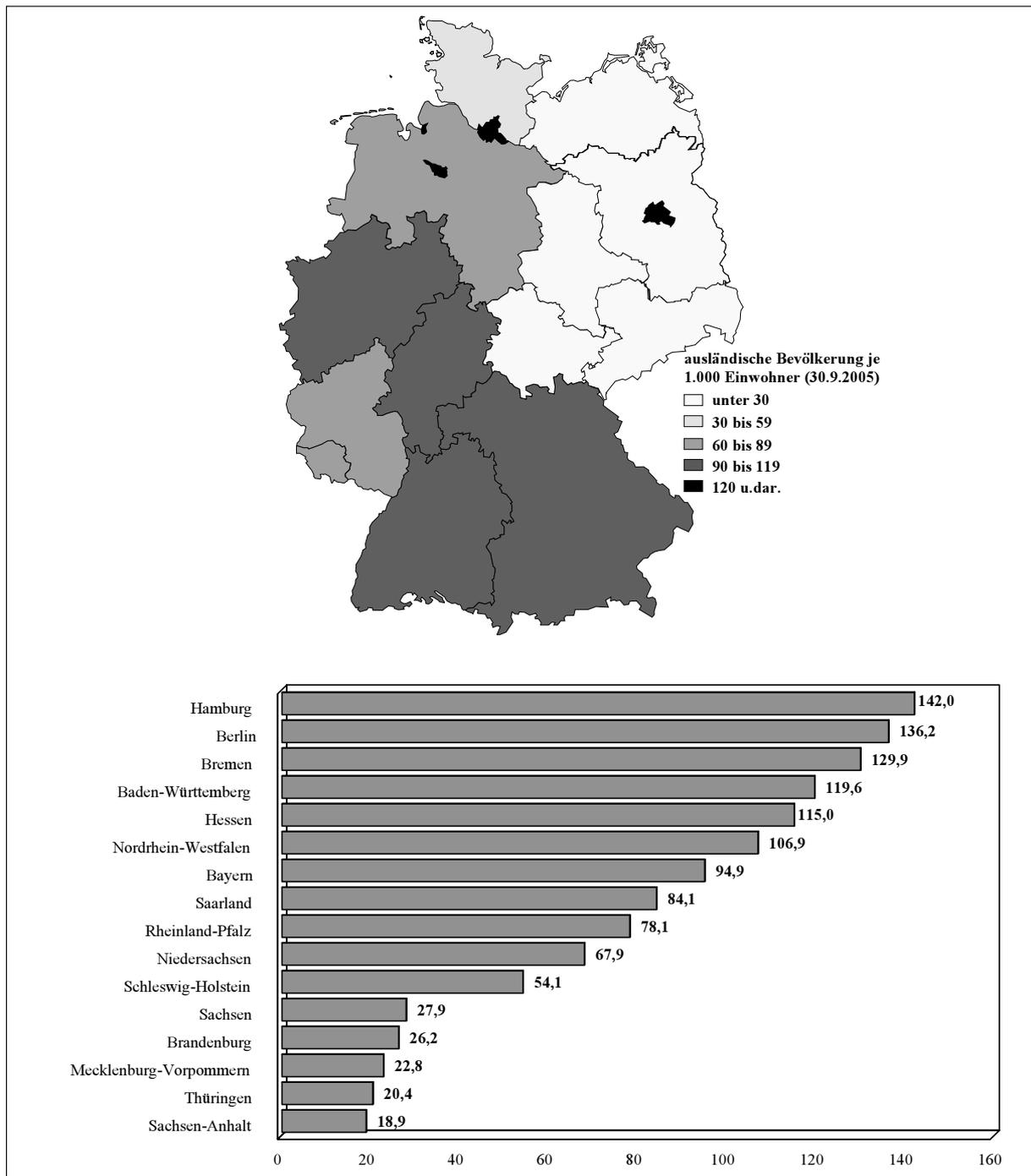
	neue Bundesländer	Deutschland
Europa	58,1 %	79,6 %
darunter:		
Russland	9,4 %	2,8 %
Ukraine	7,7 %	1,9 %
Polen	7,4 %	4,8 %
Türkei	5,1 %	26,1 %
Ungarn	2,6 %	0,7 %
Italien	1,9 %	8,0 %
Griechenland	1,7 %	4,6 %
Serbien/Montenegro	1,2 %	4,4 %
Bosnien und Herzegowina	1,0 %	2,3 %
Kroatien	0,4 %	3,4 %
Afrika	5,9 %	4,1 %
Amerika	3,4 %	3,1 %
darunter:		
USA	1,2 %	1,4 %
Mittelamerika/Karibik	1,1 %	0,4 %
Südamerika	1,0 %	1,0 %
Asien	31,1 %	12,2 %
darunter:		
Vietnam	10,7 %	1,2 %
China	3,4 %	1,1 %
Irak	2,8 %	1,1 %
Kasachstan	2,6 %	0,9 %
Australien/Ozeanien	0,2 %	0,2 %
Sonstige	1,3 %	0,9 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2, 2005, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung, Tabelle 103.

Die ausländische Bevölkerung in den neuen Bundesländern reflektiert (im Vergleich zu den alten Bundesländern)

- die unterschiedliche Ausländerpolitik/Einwanderungspolitik vor 1990 (geringe Anteile aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Griechenland);
- die unterschiedlichen Zuwanderungsströme nach 1990 – konzentriert auf ehemals der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ zugehörige Länder (Vietnam, Russland, Polen, Ukraine);
- eine aufgrund der allgemeinen Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung relativ „junge“ Bevölkerung (Durchschnittsalter der in Deutschland lebenden Ausländer insgesamt 36,0 Jahre):
 - China 30,4 Jahre
 - Vietnam 30,7 Jahre
 - Türkei 33,7 Jahre
 - Russland 35,3 Jahre
 - Polen 36,1 Jahre

Abbildung 9: Ausländische Bevölkerung Bundesrepublik Deutschland – Ausländer je 1.000 der Bevölkerung – 30.09.2005 –



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2005, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung, Tabelle 2

3.2 Positionen zu Ausländern in den neuen Ländern – 1992 bis 2006 – Längsschnittanalyse

Generell ist m.E. davon auszugehen, dass Haltungen zu Ausländern nicht allein und schon gar nicht vorrangig an der Gewalt gegen Ausländer festzumachen sind.

Gesellschaftliche Akzeptanz einerseits bzw. verbreitete Ignoranz andererseits sowie politische Leitbilder haben in den neuen Bundesländern ein Klima geschaffen, das nicht generell als „ausländerfeindlich“³⁴, aber auch nicht als hinreichend ausländerfreundlich, d.h. integrativ gekennzeichnet werden kann.

Die Untersuchungen des SFZ erheben seit 1992 – weitgehend jährlich – die Auffassungen der Bürger zu nachfolgenden Aussagen:

- *In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.*
- *Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.*
- *Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.*
- *Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.*
- *Die Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.*
- *Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).*
- *Ausländer bereichern unser Leben.*

Die Längsschnittanalyse zum Verhalten der ab 18-jährigen Bürger der neuen Bundesländer belegt, dass die Positionen zu Ausländern insgesamt – insbesondere seit 2000 – im Wesentlichen stabil negativ ausgeprägt bzw. mit großen Vorbehalten versehen sind:

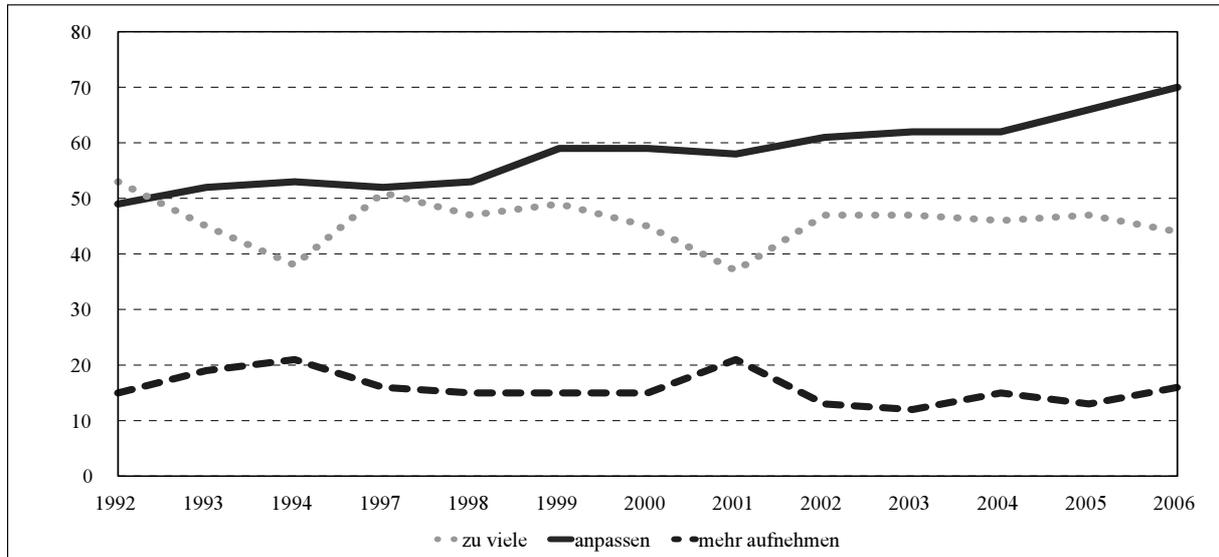
Bezogen auf die Haltung zu Ausländern lassen die von den Bürgern getroffenen Aussagen – vergleicht man die Werte über einen nunmehr fast 15-jährigen Zeithorizont (seit 1992) anhand der z.T. gegensätzlichen Aussagen:

- *Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.*
- *Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.*
- *Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt, muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.*

Folgendes erkennen (vgl. auch Abbildung 10):

34 Zur Verwendung von Begriffen wie Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit usw. siehe u.a. Christian Butterwegge: Kapitel: Rechtsextremismus – Begrifflichkeiten und theoretische Grundlagen, in: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien, Verlag Herder 2002, S. 11 – 25.

Abbildung 10: Haltungen zu Ausländern in Deutschland: „Es gibt zu viele.“, „Sie sollten sich mehr anpassen.“, „Deutschland müsste mehr aufnehmen.“ – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

- Die berechtigte Position, dass sich Ausländer mehr anpassen sollten, hat sich – inzwischen von über zwei Dritteln der Bevölkerung genau genommen eingefordert und akzeptiert – seit 1992 systematisch aufgebaut. 71 Prozent geben dieser Auffassung inzwischen ihre „volle Zustimmung“ (23 Prozent geben dem eine teilweise Zustimmung, nur 2 % wenden sich dagegen – 1 Prozent „ich weiß nicht“, 3 % „ohne Antwort“). Es wird insbesondere deutlich – gerade im Vergleich zu den anderen Aussagen –, dass kurzfristig sich ändernde politische Konstellationen (oder Versprechungen oder Annahmen über Änderungen) so gut wie von keinem Einfluss sind.

Tabelle 7: Positionen zu Ausländern in Deutschland – 1992 bis 2006 – neue Bundesländer – in Prozent –

	„Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)								
	1992	1994	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
insgesamt	49	53	53	60	61	62	62	66	71
unter 30 Jahren	42	41	38	50	52	55	50	52	66
ab 50 Jahre	57	63	60	66	63	69	70	76	73
erwerbstätig	45	48	51	57	60	60	62	64	67
arbeitslos	49	56	56	61	60	65	66	72	70

Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

- Dass in Deutschland „zu viele Ausländer leben und ihre Zahl kleiner werden sollte“, baut sich in den neuen Bundesländern nach 1990 zunächst mit der allgemein als positiv erlebten generellen Veränderung der Lebensverhältnisse rasch ab (1992-1994), während die sich stabilisierende „Instabilität“ der Arbeitsmarktsituation sowie die Verlangsamung und schließliche Aussetzung des Angleichungsprozesses (Mitte bis Ende der 90er Jahre) die Haltung zu Ausländern wieder umschlagen lassen. Mit der rot-grünen Koalition verbessern sich die Bewertungen erneut (sicher auch im Ergebnis der Ausländerdiskussionen im Wahljahr 1998 – Auseinandersetzung mit Ministerpräsident Koch

in Hessen). Die 2001/2002 stark forcierten Debatten um den Sozialabbau führen erneut zu einem Anstieg der Ausländeraversionen, die 2005 offensichtlich in der Annahme auf einen bevorstehenden Regierungswechsel (Befragung erfolgte zum Zeitpunkt des Bekanntseins von Neuwahlen und der Annahme, dass die Alleinherrschaft einer CDU/CSU-Regierung bzw. im Bündnis mit der FDP deren bekannte Ausländerpolitik durchsetzt).

**Tabelle 8: Positionen zu Ausländern in Deutschland – 1992 bis 2006
– neue Bundesländer – in Prozent -**

	"In Deutschland leben zu viele Ausländer - ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden." (nur Antwort: "stimme ich voll zu")								
	1992	1994	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
insgesamt	53	38	51	45	47	47	46	47	44
unter 30 Jahren	41	28	44	42	50	41	38	46	28
ab 50 Jahre	63	44	48	46	44	47	50	54	49
erwerbstätig	50	35	45	46	48	49	43	37	41
arbeitslos	51	44	51	52	51	53	54	61	57

Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

2006 vertreten 44 Prozent der Bürger ab 18 Jahre in den neuen Bundesländern die Auffassung, dass in Deutschland zu viel Ausländer leben und ihre Zahl reduziert werden sollte, 30 Prozent stimmen darüber hinaus dem noch teilweise zu, nur 19 Prozent wenden sich gegen eine solche Auffassung (4 Prozent „ich weiß nicht“, 3 Prozent „ohne Antwort“). Der Boden für rechtsgerichtete Auffassungen zu Ausländern (der nicht mit allgemeiner Ausländerfeindlichkeit gleichzusetzen ist) und einer entsprechenden Einwanderungs- und Integrationspolitik erfasst – ob individuell gewollt oder nicht – rd. 75 Prozent der Bevölkerung.

- Die Auffassung, dass Deutschland mehr Ausländer aufnehmen sollte, verhält sich folgerichtig de facto „spiegelverkehrt“ zu den Aussagen, dass die Anzahl der Ausländer reduziert werden sollte.

**Tabelle 9: Positionen zu Ausländern in Deutschland – 1992 bis 2006
– neue Bundesländer – in Prozent -**

	„Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)								
	1992	1994	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
insgesamt	4	5	4	3	2	2	2	2	3
unter 30 Jahren	4	6	6	6	4	3	3	4	3
ab 50 Jahre	5	6	3	4	2	3	1	1	2
erwerbstätig	2	5	3	3	1	1	3	1	3
arbeitslos	3	4	2	3	4	1	1	1	1

Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

2006 unterstützen nur 3 Prozent der Bürger eine solche Auffassung voll, 12 Prozent stimmen dem teilweise zu. Drei Viertel aller Befragten stimmen einer solchen Forderung nicht zu (4 Prozent „ich weiß nicht“, 7 Prozent „ohne Antwort“).

Da unterstellt werden kann, dass die eigenen Erfahrungen im Umgang mit Ausländern gering sind und Wertungen sich eher auf Übernahme der Auffassungen anderer (Politik/Medien) beziehen, erscheint es folgerichtig – ausgehend von der überwiegend negativen Haltung -, dass die Wirksamkeit und Rolle von Ausländern bezogen auf die Bundesrepublik gering geschätzt wird. So sind nur 14 Prozent der Bürger der Meinung, dass Ausländer zum Wohlstand beitragen, 50 Prozent gestehen ihnen dies teilweise zu, 25 Prozent verneinen eine solche Wirkung (4 Prozent „ich weiß nicht“, 6 Prozent „ohne Antwort“).

Auch hinsichtlich des kulturellen Beitrages von Ausländern, im Sinne der Bereicherung des Lebens im Lande, gestehen dies nur 15 Prozent voll zu, 45 Prozent teilweise, 26 sehen eine solche Bereicherung nicht (Prozent „ich weiß nicht“, 7 Prozent „ohne Antwort“).

Die 2005 vom SFZ durchgeführte Untersuchung „Leben 2005“ schloss analoge Fragen auch in einzelnen Regionen der alten Bundesländer ein und belegt – wenn auch nicht vergleichbar repräsentativ –, dass in den alten Bundesländern eine durchaus positivere Bewertung des Beitrages von Ausländern vorgenommen wird und Vorbehalte bzw. direkte Forderungen nach Reduzierung der Ausländerzahlen wesentlich geringer ausgeprägt sind.

Tabelle 10: Positionen zu Ausländern in Deutschland – 1992 bis 2006 – neue Bundesländer – in Prozent –

	1992	1994	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
	„Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)								
insgesamt	25	35	17	16	o	o	o	o	14
unter 30 Jahren	28	33	18	14	o	o	o	o	11
ab 50 Jahre	24	34	17	15	o	o	o	o	14
erwerbstätig	27	37	18	15	o	o	o	o	18
arbeitslos	24	31	13	15	o	o	o	o	14
	„Ausländer bereichern unser Leben.“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)								
insgesamt	15	21	15	15	13	12	15	13	16
unter 30 Jahren	21	31	23	20	16	20	19	17	19
ab 50 Jahre	12	15	12	13	11	8	11	5	13
erwerbstätig	16	23	17	13	12	12	15	17	18
arbeitslos	19	19	13	13	11	9	15	11	7

o = nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

Insofern ist hervorzuheben, dass nicht auf eigener Erfahrung beruhende Vorbehalte gegenüber Ausländern einen nicht zu unterschätzenden Nährboden für rechtsextreme Auffassungen, aber insbesondere für Akzeptanz rechtsextremer Positionen (mit Ausnahme Gewaltbereitschaft) darstellen. In Verbindung mit dem hohen Anteil von Bürgern, die arbeitslos bzw. von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder nur eine Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen ausüben, werden Lösungen nicht in der allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation gesehen, sondern in einer „Bereinigung des Arbeitsmarktes von Ausländern“.

Ständig reproduzierte mediale Aussagen, dass Arbeitslose nicht bereit sind, die Arbeiten anzunehmen, die von Ausländern gern gemacht werden oder dass sich nur Ausländer für bestimmte Tätigkeiten finden lassen, verstärken Vorbehalte und Ausländeraversionen. Die Ursachen für die eigenen Lebensverhältnisse werden nicht systembezogen oder individuell betrachtet, sondern „den Ausländern“ zugeordnet. Das reflektiert sich u.a. darin, dass 36 Prozent der Bürger über 18 Jahre (2006) der Meinung waren, dass Ausländer die sozialen Probleme im Lande verschärfen, 35 Prozent unterstützen eine solche Auffassung teilweise und nur 20 Prozent sind gegenteiliger Ansicht (3 Prozent „ich weiß nicht“, 6 Prozent „ohne Antwort“).

Tabelle 11: Positionen zu Ausländern – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent –

	1992	1994	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
	„Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)								
insgesamt	50	33	39	36	o	o	o	o	36
unter 30 Jahren	45	17	31	32	o	o	o	o	24
ab 50 Jahre	54	38	42	36	o	o	o	o	43
erwerbstätig	48	29	34	38	o	o	o	o	34
arbeitslos	47	42	45	47	o	o	o	o	41
	„Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)								
insgesamt	39	31	42	42	43	47	47	43	48
unter 30 Jahren	28	20	33	39	37	37	35	36	38
ab 50 Jahre	44	33	44	42	42	48	52	51	51
erwerbstätig	36	30	41	43	46	44	47	35	47
arbeitslos	35	34	45	52	54	63	56	61	50

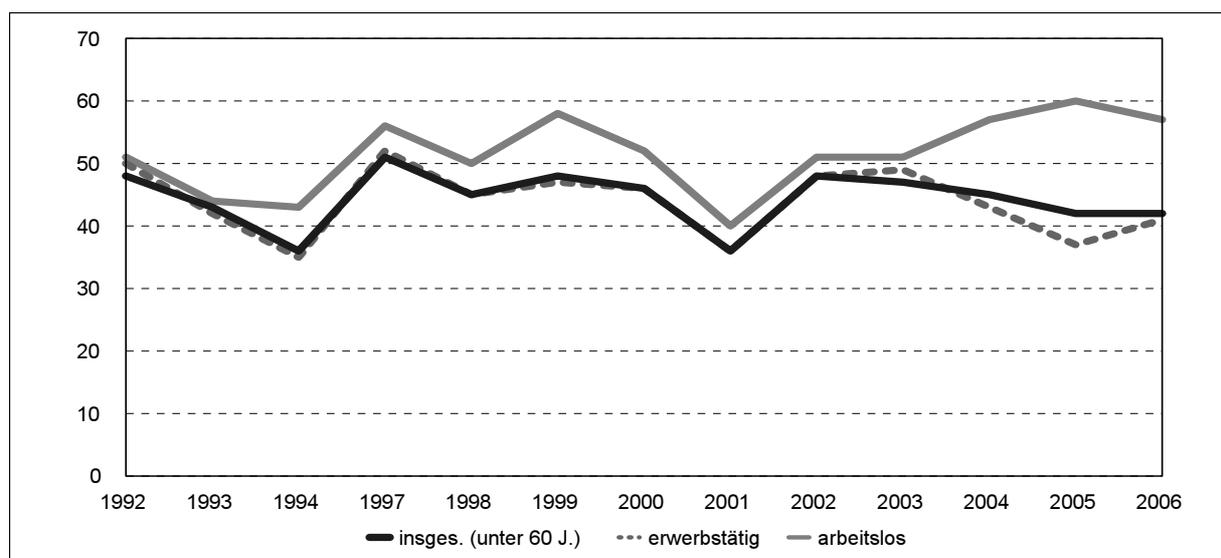
o = nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

Die Aussage, dass die Auffassungen zu Ausländern über die Jahre weitgehend negativ stabil sind, täuscht darüber hinweg, dass insbesondere in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus und dem Alter deutlich unterschiedliche negative aber auch positive Trends erkennbar sind.

Während sich Erwerbstätige (Ausnahme 2005) weitgehend in ihren Auffassungen fast deckungsgleich zur Gesamtheit der Bürger unter dem 60. Lebensjahr artikulierten, vertraten Arbeitslose in deutlich höherem Maße die Auffassung, dass es zu viele Ausländer gibt. Unverkennbar, dass insbesondere mit der Verschärfung der Arbeitsmarktbedingungen und der wirkenden Arbeitsmarktreformen (Hartz) Arbeitslose offensichtlich annehmen, dass mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung sich ihre Situation verändern würde. Es ist offensichtlich, dass die mit den Arbeitsmarktreformen auch erzeugte „Differenzierung“ innerhalb der Arbeitslosen sich auch in Positionen gegen Ausländer umschlägt. Damit verbunden ist auch die Annahme, dass Ausländer den Deutschen „Arbeitsplätze wegnehmen“ und damit rechtsextreme Positionen in der Ausländerfrage unterstützen.

Abbildung 11: „In Deutschland leben zu viele Ausländer, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.“ – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent – nur Befragte unter 60 Jahren – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



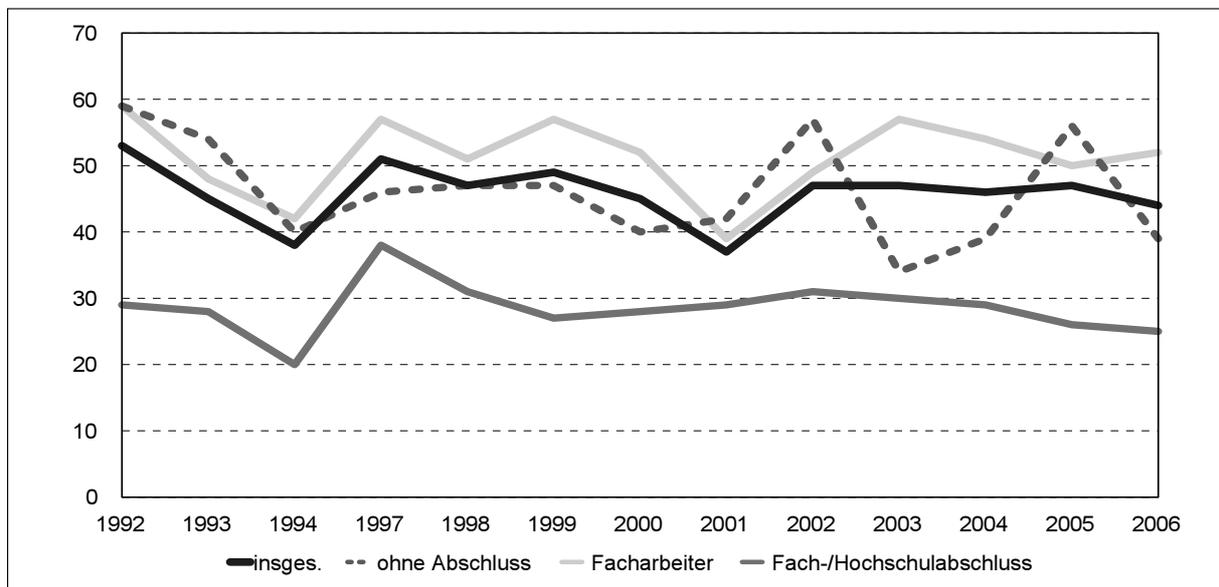
Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

Der Vergleich differenzierter Auffassungen in Abhängigkeit von der erworbenen Qualifikation belegt einerseits die bekannte Aussage, dass mit steigendem Bildungs-/Qualifikationsniveau auch Ausländeraversionen zunehmen – bei Facharbeitern jedoch deutlich über dem Durchschnitt, bei Fach- und Hochschulabsolventen unter dem Durchschnitt liegend. Bürger ohne beruflichen Abschluss sind in ihren Positionen, aber auch am ehesten offensichtlich kurzfristig von Realitäten bzw. medialen Wirkungen beeinflussbar – wie der rasche Einstellungswechsel erkennen lässt.

Andererseits hat sich im Gegensatz dazu seit Ende der 90er Jahre die Haltung der Fach- und Hochschulabsolventen zur „notwendigen Reduzierung“ von Ausländern kaum verändert. Sie ist jedoch nach wie vor hoch (26 bis 30 Prozent) obwohl – wie festgestellt – unter dem Durchschnitt liegend. Das hat sicher auch seine Ursache mit darin, dass Ausländer für diese Gruppe keine unmittelbare Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt darstellen (vgl. Abbildung 12).

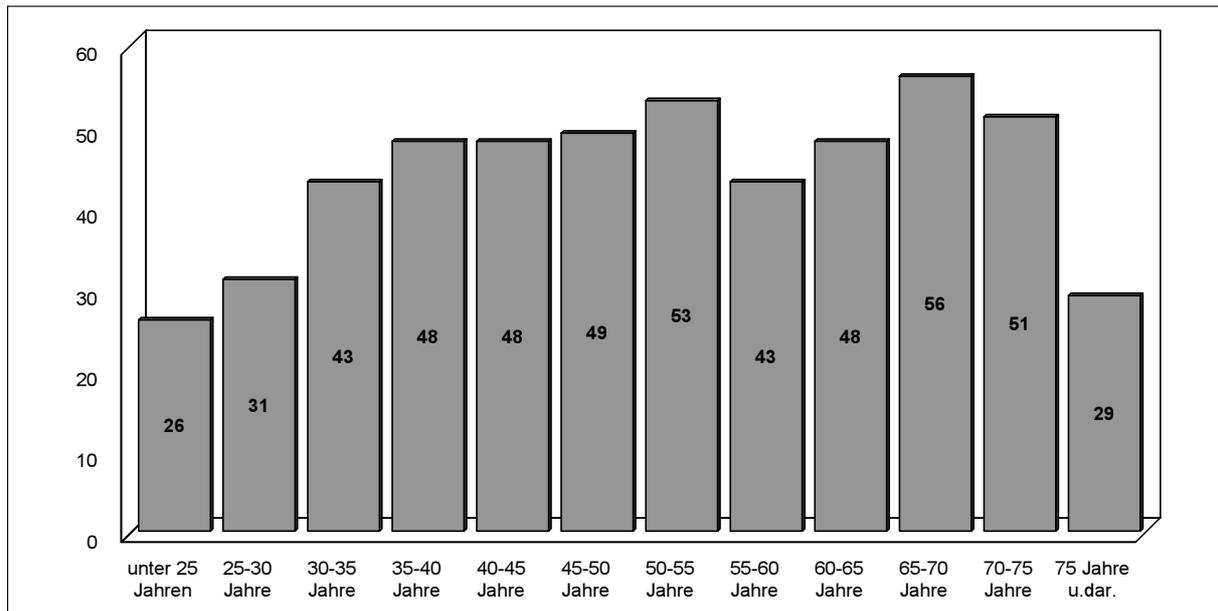
Jüngere artikulieren in weitaus geringerem Maße gegen Ausländer gerichtete Positionen. Besonders unterschiedlich sind die Positionen darüber, ob Ausländer „auf unsere Kosten leben“. Übernommene Klischees wirken offensichtlich weniger.

Abbildung 12: „In Deutschland leben zu viele Ausländer, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.“ – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

Abbildung 13: „In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.“ – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 06 (gew.)

Kennzeichnend für alle erhobenen Positionen – nachfolgend begrenzt auf die Aussage zur Zahl der Ausländer und ihrer Reduzierung, da sie gewissermaßen „zusammenfassende“ vorhandene Positionen erfasst:

Tabelle 12: „In Deutschland leben zu viele Ausländer“ – nach sozialen und politischen Merkmalen – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent -

	„In Deutschland leben zu viele Ausländer – ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.“ (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)									
	1992	1994	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006	
insgesamt	53	38	51	45	47	47	46	47	44	
Arbeiter	60	48	53	57	58	59	55	67	53	
Angestellte	42	26	45	37	43	43	46	45	41	
Facharbeiter	59	42	51	52	49	57	54	50	52	
Hochschulabschluss	19	10	22	19	21	25	19	17	21	
Gewerkschaftsmitglieder	49	34	43	40	46	41	47	48	38	
CDU	64	44	42	49	57	56	52	55	47	
SPD	50	34	46	36	38	28	30	31	27	
FDP	49	30	30	36	44	45	50	50	37	
PDS	35	30	40	32	37	40	35	44	41	
B 90/Grüne	34	27	29	25	27	13	16	17	19	
Rechte	92	75	88	85	91	90	92	91	82	

Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

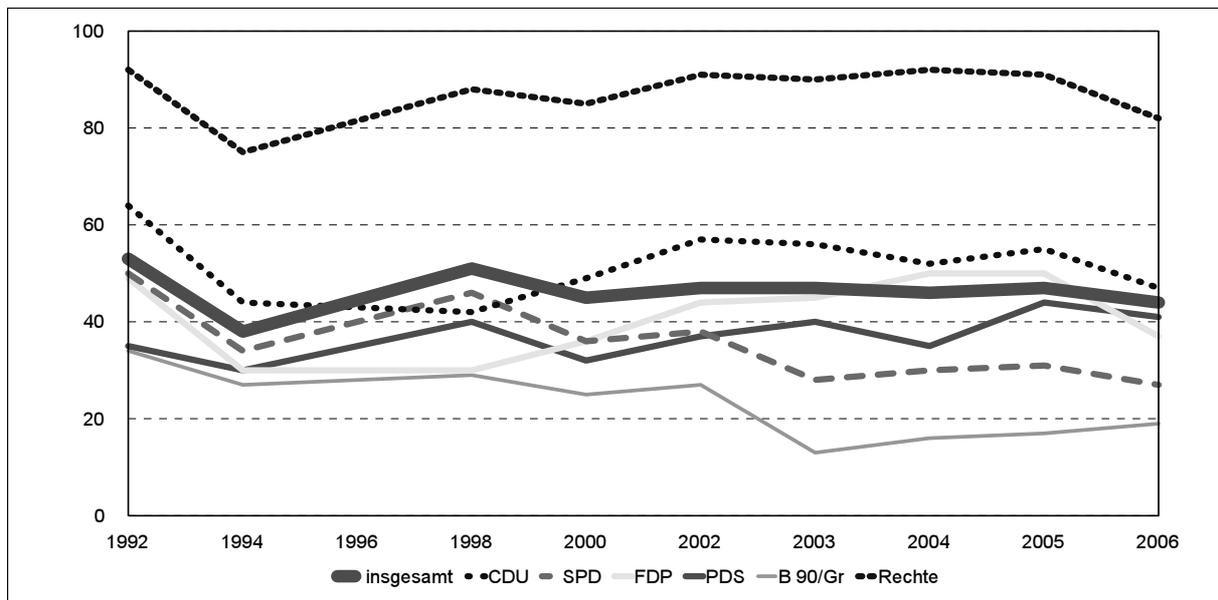
- Der bestimmende Einfluss des Erwerbsstatus und der dabei erreichten sozialen Position.
Deutlich überdurchschnittlich negative Wertungen werden vorgenommen von Arbeitslosen, Arbeitern, Bürgern mit Facharbeiterabschluss. Positivere Bewertungen erfolgen von Angestellten (insbesondere Beamten), Hochschulabsolventen.
- Gewerkschaftliche Mitgliedschaft hebt nicht von der allgemein verbreiteten Auffassung ab.

- Deutlich höhere Ausländeraversion bei Älteren, auf die bereits in Veröffentlichungen des SFZ in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen wurde.
- Extreme Differenzierungen in Bezug auf Haltungen zu Ausländern reflektieren sich auch in den politischen Positionierungen der Befragten (vgl. Abbildung 14).

Die Längsschnittanalyse verdeutlicht

- die durchgängige Identifikation von rechten Parteiorientierungen mit Negativhaltungen zu Ausländern (rd. 90 Prozent);
- die überdurchschnittlichen negativen Positionen von Bürgern mit CDU-Präferenzen;
- die im Durchschnitt liegende Haltung der Bürger mit FDP- und PDS-Präferenz – aber bei Letzteren tendenziell seit 2000 ansteigend (hoher Anteil von Arbeitslosen), wenn auch unter dem Durchschnitt liegend;
- die deutlich positivere Haltung von SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Sympathisanten – insbesondere bei Letzteren (wenn auch hier mit steigender Tendenz).

Abbildung 14: „In Deutschland leben zu viele Ausländer – ihre Zahl sollte kleiner werden.“ – neue Bundesländer – 1992 bis 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

- In kleinen Gemeinden und Kleinstädten (unter 20.000 Einwohnern) ist der Anteil jener, die sich gegen Ausländer aussprechen, deutlich höher (2006 = rd. 50 Prozent – Tendenz steigend) als in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern (2006 = 24 Prozent – Tendenz sinkend).

4 Rechtsextremismus und Verhalten zu Ausländern in den neuen Ländern im Jahr 2006

4.1 Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit – Potenziale und Spezifik in den neuen Ländern

Rechtsextremismus – mit seinen Kernkomponenten: Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus, Sozialdarwinismus – gewinnt in Deutschland – nicht nur in den Medien – wieder an Gewicht. Es wäre aber falsch und politisch gefährlich, die jeweiligen Erscheinungsformen zu vereinfachen. Wahlergebnisse reflektieren nicht nur den Protest sich benachteiligt fühlender Ostdeutscher, Transparente in Fan-Blöcken von Fußballstadien nicht nur ungebildetes, frustrierendes gewaltbereites jugendliches Verhalten.

Rechtsextremismus in Deutschland hat eine seiner Wurzeln in einer politischen Kultur, die den Wirtschaftsnationalismus beschwört, den besonderen Stellenwert, der „deutsche“ Tugenden wie Fleiß, Disziplin und Ordnung hervorhebt, nationalen Pathos im Sport befördert. Oder zusammengefasst: Das Nationale gegenüber dem Sozialen hervorhebt, Nationaldenken befördert, um den Sozialstaat abzubauen.³⁵

Für die hohe Dichte von rechtsextremen Erscheinungen (z.B. Wahlen, Gewaltdelikte) wird häufig vordergründig die DDR-Vergangenheit herangezogen.

Der Missbrauch rechtsextremer Gewalt und entsprechender Auffassungen als Teil einer „Antikommunismuspolitik“ vereinfachen die Ursachen unberechtigt insofern, als sie nicht in den realen Lebensverhältnissen, sondern ausschließlich im „Ideologischen“ gesucht/gefunden werden. Sie liefern auch keine Begründung für Rechtsextremismus in den alten Bundesländern, sondern bestenfalls für ein unterschiedliches Ausmaß zwischen Ost und West – so denn ein solches tatsächlich vorhanden ist. Aber gerade für einen Teil der Bürger in den alten Bundesländern führt eine Überbewertung von auf die DDR-Verhältnisse zurückgeführter Ursachenbewertung zum Teil zu der Annahme, dass die Ursachen vorrangig/ausschließlich in einer fehlenden Vergangenheitsbewältigung liegen würden.

Es ist immer gefährlich, jeweils nur eine Komponente zur Bewertung heranzuziehen. Sowohl historische Entwicklungen und Traditionen wie auch systembedingte ökonomische und soziale Ursachen und natürlich auch individuelle „Aufarbeitungsfähigkeiten“ und Verhaltenskomponenten haben Einfluss auf rechtsextreme bzw. anti-rechtsextreme Einstellungen.

Gerade deshalb ist zu prüfen, in welchem Maße der hohe Grad an Arbeitslosigkeit und insbesondere fehlenden Zukunftsperspektiven nicht wesentlich beeinflussender sind als eine Vergangenheit, die heute jugendliche Täter nur als Kinder erlebt haben.

Letztlich haben Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit eine ihrer Ursachen in einer Ideologie, die „Rang“unterschiede zwischen Menschengruppen für gerechtfertigt hält – gleich, ob Rassenunterschiede, nationale Unterschiede, Geschlechtsunterschiede, Unterschiede im Alter oder in der geistigen und körperlichen Verfassung.

Dabei ist auch keinesfalls zu übersehen, dass es durchaus einen politisch-institutionell indirekt begünstigten/geduldeten Rechtsextremismus gibt (Ausländergesetzgebung, stetige Verbotsdebatten) ebenso wie das Bemühen, den „Alltagsrechtsextremismus“ in den Bereich individueller Verhaltens- und Charaktereigenschaften sozio-demografischer Gruppen zu „delegieren“ (ungebildete, arbeitslose, gewaltbereite Jugendliche). Letzteres wird in hohem Maße durch Medien und politische Verlautbarungen beeinflusst.

Auch die mediale Darstellung über sog. Entwicklungsländer konzentriert sich auf Kriege/Bürgerkriege/Katastrophen/Putsche/Palastrevolutionen usw. und verbreitet ein Bild der „Unfähigkeit“ von Bürgern anderer

35 Vgl. hierzu Christian Butterwegge: Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 135, 1/2002, S. 55-67.

Länder (besonders aus Entwicklungsländern) und eine Überlegenheit der sog. „demokratischen/westlichen/deutschen Ordnung“. Medial werden ganze „Ausländerhierarchien“ aufgebaut: deutsch/westeuropäisch/amerikanisch/osteuropäisch/afrikanisch/asiatisch usw.

Selbst die spezifische Situation der Vereinigung wurde genutzt, um „nationale Verantwortung“ mit „Solidarität“ des Westens/der alten Bundesländer zu verbinden. Damit wurde ein Stück Überlegenheit des Westdeutschen (Solidarität mit den Schwachen, Zurückgebliebenen, Hilfebedürftigen) politisch/staatlich fixiert und seitdem durch ständige Diskussionen um finanzielle Umverteilungen aufgrund fehlender „Innovationsfähigkeit“ im Osten am Leben erhalten.

Es ist nicht Anliegen der nachfolgenden Ausführungen, die DDR-Geschichte aus dieser Sicht aufzuarbeiten, sondern es wird davon ausgegangen, dass

- auch zu DDR-Zeiten Ausländerfeindlichkeit und Gewalt vorkamen;³⁶
- die Haltung zu in der DDR lebenden Ausländern (insbesondere Russen – als Synonym für Bürger der Sowjetunion, die vor allem im Rahmen der sowjetischen Streitkräfte in der DDR weilten –, aber auch Vietnamesen) bis in die Gegenwart zum Teil nachwirkt (insbesondere bei Älteren);
- es der überwiegenden Mehrheit aufgrund der Beschränkung von Reisefreiheiten versagt blieb, fremde Kulturen kennenzulernen – von geringen Urlaubsmöglichkeiten im Rahmen des RGW abgesehen;
- vor allem Jugendliche in der DDR in den 70er und 80er Jahren (die heute – 2006 – 30- bis 50-Jährige) gegenüber Ausländern intoleranter eingestellt waren als Ältere;
- das Maß der DDR-Identifikation eher zu tolerantem als intolerantem Verhalten³⁷ gegenüber Ausländern führte. Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt waren u.a. Teil einer Anti-System-Haltung.

Nach 1990 erfolgte Veröffentlichungen (u.a. von W. Friedrich)³⁸ verweisen darauf, dass die restriktive Informationspolitik der DDR Aussagen zu vorhandenem Rechtsextremismus unter Verschluss hielt bzw. herunterspielte (Rowdytum, labile Jugendliche, Westeinfluss) und damit zu einer gezielten Desinformation der Öffentlichkeit führte.

Häufig wurde der nach 1990 rasch anwachsende Rechtsextremismus ausschließlich den Strukturen des DDR-Systems zugeordnet unter der bei W. Friedrich kritisch analysierten Aussage: „Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind die direkten Folgen der 40-jährigen SED-Diktatur.“³⁹

Die Medien, aber auch wissenschaftliche Veröffentlichungen führen zum Teil mit der Rechtsextremismusdebatte zugleich ein Stück antikommunistischer Ideologieverbreitung. Rechtsextremismus ist „kulturelle Unterwanderung ... vor allem in vielen ländlichen Gebieten der ostdeutschen Bundesländer“⁴⁰, bedient eine „allgemeine kulturelle Überlegenheit“ derjenigen, die nicht im Osten leben. Vergleichende Aussagen zu westlichen Gemeinden fehlen ebenso wie der Verweis auf die spezifische ökonomische Situation im Osten. Der zweite Argumentationsstrang ist „fehlendes Bekenntnis zur Demokratie“⁴¹, womit zugleich der Aufhänger für die DDR-Vergangenheit gegeben ist. Alles in allem wird damit der Stellenwert der ökonomischen Situation für Rechtsextremismus generell herabgespielt bzw. bewusst ausgelassen.

36 W. Friedrich: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?, APUZ 46/2001, S. 16-23.

37 Vgl. ebenda, S. 21.

38 Vgl. ebenda, S. 16.

39 Ebenda, S. 16.

40 Anette Ramelsberger: Erkundungen in Ostdeutschland, APUZ 42/2005, S. 4.

41 Ebenda, S. 5.

Inzwischen sind über 15 Jahre seit der deutschen Vereinigung vergangen, die für die Bürger der neuen Bundesländer – Frauen und Männer, alle Altersgruppen, alle Qualifikationsgruppen – den zum Teil abrupten Wechsel in völlig veränderte ökonomische Strukturen – insbesondere im Arbeitsbereich – mit sich brachten. Die bekanntesten Fakten im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung:

- Neugestaltung einer dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstruktur bei gleichzeitiger Deindustrialisierung und Einschränkungen in der Landwirtschaft führten zu einem anhaltenden Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung;
- hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze führten zu einer Abwanderung Jugendlicher – insbesondere von Frauen mit nachhaltigen Wirkungen auf soziale und demografische Strukturen

wirken bis in die Gegenwart verstärkend auf Potenzialbildung für rechtes Gedankengut. Hinzu kommt z.B. bei Wahlen, dass die für die neuen Bundesländer geringe Parteienbindung zu einem hohen Potenzial an Wechselwählern führt, welches – in Abhängigkeit von der gesamt- und individuellen wirtschaftlichen Situation – schneller bereit ist, populistische Forderungen mit ihren Stimmen zu unterstützen.

Es sei nochmals betont, dass jede einseitige Ursache-Wirkungs-Kette die Gefahr der Unterschätzung rechtsextremer Potenzialbildung in sich einschließt.

4.1.1 Potenziale für rechtsextreme und gegen Ausländer gerichtete Auffassungen

Bezogen auf die neuen Bundesländer wurde bereits hervorgehoben (S. 30-33), dass davon ausgegangen werden kann, dass 5 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr als „Sympathisanten“ rechtsextremer Parteien (nicht Gruppierungen) zuzuordnen sind, die gegenwärtig das direkte Wählerpotenzial darstellen. 28 Prozent „Neutrale“ bilden zunächst eine erweiterte, sich nicht gegen rechtsextreme Parteien artikulierende „Masse“. 67 Prozent der Bürger lehnen rechtsextreme Parteien ab (siehe hierzu auch Ausführungen im Abschnitt 2.2.1).

Die Untersuchung ging davon aus, dass Einstellungen (nicht Handlungen) analysiert wurden bezogen auf die eigene Position zu Deutschland im Sinne der Prüfung von „Affinitäten“ zur gegenwärtigen Stellung Deutschlands und seiner Geschichte. So wurden u.a. die Auffassungen zu folgenden Positionen erfragt:

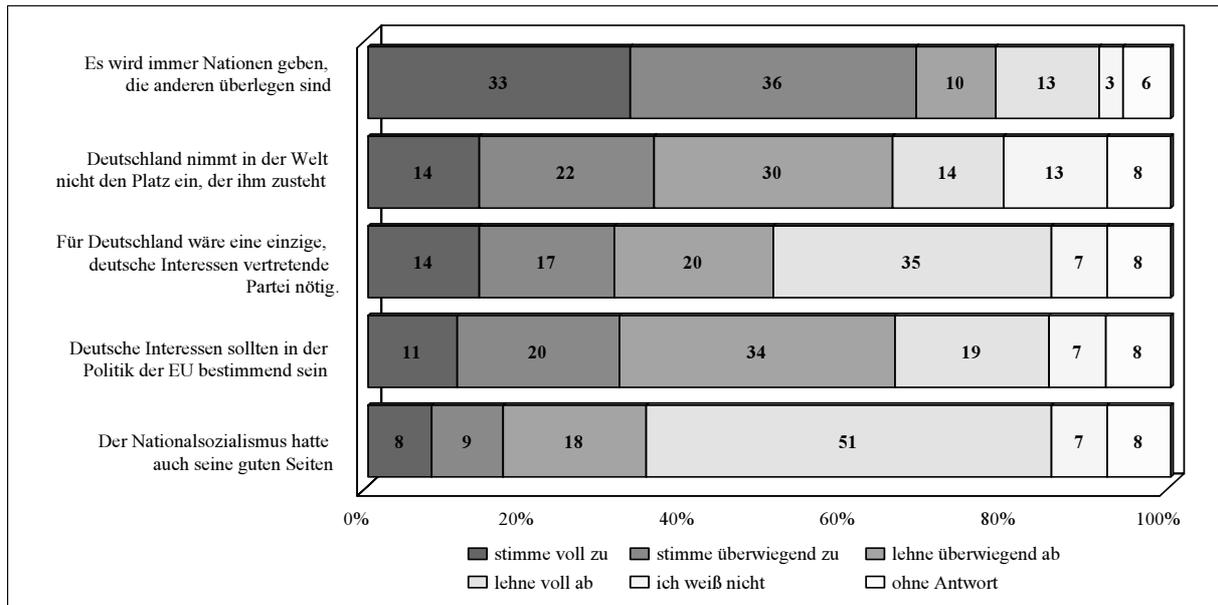
- *Deutschland nimmt in der Welt nicht den Platz ein, der ihm zusteht.*
- *Deutsche Interessen sollten in der Politik der EU bestimmend sein.*
- *Der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten.*
- *Für Deutschland wäre eine einzige, die Interessen Deutschlands wahrnehmende Partei nötig.*
- *Es wird immer Nationen geben, die anderen überlegen sind.*

Dabei gilt auch bei diesen Indikatoren, dass es nicht eine Zuordnung zu „rechts“ geben kann, wenn allen Aussagen zugestimmt wird.

Eindeutige rechtsextreme Positionen sind Zustimmung zum Nationalsozialismus, zu diktatorischen Führungsstrukturen und der Akzeptanz einer allgemeinen Überlegenheit einzelner Nationen.

Bei den eher deutsch-nationalen Positionen (deutsche Interessen, Stellung in der Welt) tritt durchaus auch ein zwiespältiges Verhalten auf, indem für Deutschland ein entsprechender Platz in der Welt eingefordert wird, aber der Nationalsozialismus und rechtsextreme Parteien abgelehnt werden.

Abbildung 15: Deutsch-nationale Positionen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die erhobenen Daten belegen – wie bereits dargestellt –, dass sich ein keineswegs unbedeutendes Potenzial durchaus mit rechtsextremen Auffassungen identifiziert bzw. „anfreunden“ kann. Dabei differieren die erhobenen Aussagen in dreierlei Hinsicht:

- Es gibt eine hohe Zustimmung zu der allgemeinen Aussage, dass es „immer Nationen geben wird, die anderen überlegen sind“. 33 Prozent der Befragten unterstützen diese Auffassung „voll“, 36 Prozent stimmen dem noch „überwiegend“ zu, nur 23 Prozent lehnen sie ab (3 Prozent „ich weiß nicht“, 6 Prozent „ohne Antwort“).
Diese Haltung der Übertragung darwinistischer Grundpositionen auf die Gesellschaft (Sozialdarwinismus) wird keineswegs nur als „Anspruch“ verstanden, sondern auch eine bestimmte Akzeptanz postulierter „Führungsnationen“ – der SU in der DDR, der USA in den westeuropäischen Staaten).
- Deutlich geringer – aber keinesfalls unbedeutend – sind deutsch-nationale Positionen ausgeprägt. So unterstützen 36 Prozent (14 Prozent „voll“, 22 Prozent „überwiegend“) die Auffassung, dass Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zukommt; 44 Prozent wenden sich dagegen (13 Prozent „ich weiß nicht“, 8 Prozent „ohne Antwort“).
31 Prozent der Befragten fordern, dass deutsche Interesse in der EU bestimmend sein sollten, übertragen gewissermaßen den „deutschen Führungsanspruch“.
31 Prozent unterstützen die Forderungen nach einer einzigen Partei, die deutsche Interessen vertritt.
- Wenn auch in der prozentualen Zustimmung geringer – aber bedrohlich und erschreckend – ist die Zustimmung zur Aussage, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte. 8 Prozent stimmen dem „voll zu“, 9 Prozent „überwiegend“. Wenn auch 69 Prozent sich ablehnend äußern (darunter 51 Prozent mit „voller Ablehnung“), ist eine Zustimmung von 16 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr eine ernst zu nehmende, die weitere Entwicklung durchaus gefährdende Aussage.

Die Ergebnisse insgesamt belegen eine durchaus ernst zu nehmende Bedrohung für die demokratische Entwicklung.

Ohne einer detaillierteren Analyse nach sozio-demografischen Strukturen vorzugreifen (vgl. Abschnitt 4.2), sei am Beispiel der Position „Deutschland nimmt in der Welt nicht den Platz ein, der ihm zukommt“ hervorgehoben:

- Es gibt eine hohe Zustimmung bei den unter 25-Jährigen (37 Prozent).

- Unverkennbar ist eine „Bildungs- und Qualifikationsabhängigkeit“ (45 Prozent ohne beruflichen Abschluss/17 Prozent mit Hochschulabschluss).
- Es gibt keinen nachweisbaren Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus (Erwerbstätige stimmen zu 34 Prozent zu, Arbeitslose zu 34 Prozent) bzw. der Länge der Arbeitslosigkeit.
- Mit den Zukunftsaussichten Zufriedene stimmen eher einer starken Rolle Deutschlands zu (39 Prozent) als mit ihren eigenen Zukunftsaussichten Unzufriedene (37 Prozent).
- Der Zusammenhang ist deutlicher seitens der CDU-/FDP-Sympathisanten (45/49 Prozent) als der Linken (28 Prozent), Sozialdemokraten (32 Prozent) bzw. Grünen (16 Prozent) bei eindeutiger Dominanz der „Rechten“ (67 Prozent).
- Zustimmung gibt es eher in mittleren Gemeindegrößen als in kleinen Gemeinden und Städten mit über 50.000 Einwohnern – mögliche Reflexion der Altersstrukturen einerseits und der Bildungsquoten andererseits.
- Sich der mittleren Oberschicht Zuordnende stimmen in geringerem Maße zu (24 Prozent) als sich der Mittel- und Unterschicht Zuordnende (30 Prozent bzw. 31 Prozent). Von den sich der Arbeiterschicht Zuordnenden stimmen 42 Prozent zu.

Dabei ist insgesamt zu beachten, dass die Beantwortung der Fragen für den Einzelnen nicht unmaßgeblich von der Politik beeinflusst wird. Diskussionen um den Deutschland zustehenden Einfluss in der UNO, die Übernahme von Verantwortung bei militärischen Auslandseinsätzen u.v.a.m. prägen Einstellungen hinsichtlich des „Stellenwertes“ Deutschlands.

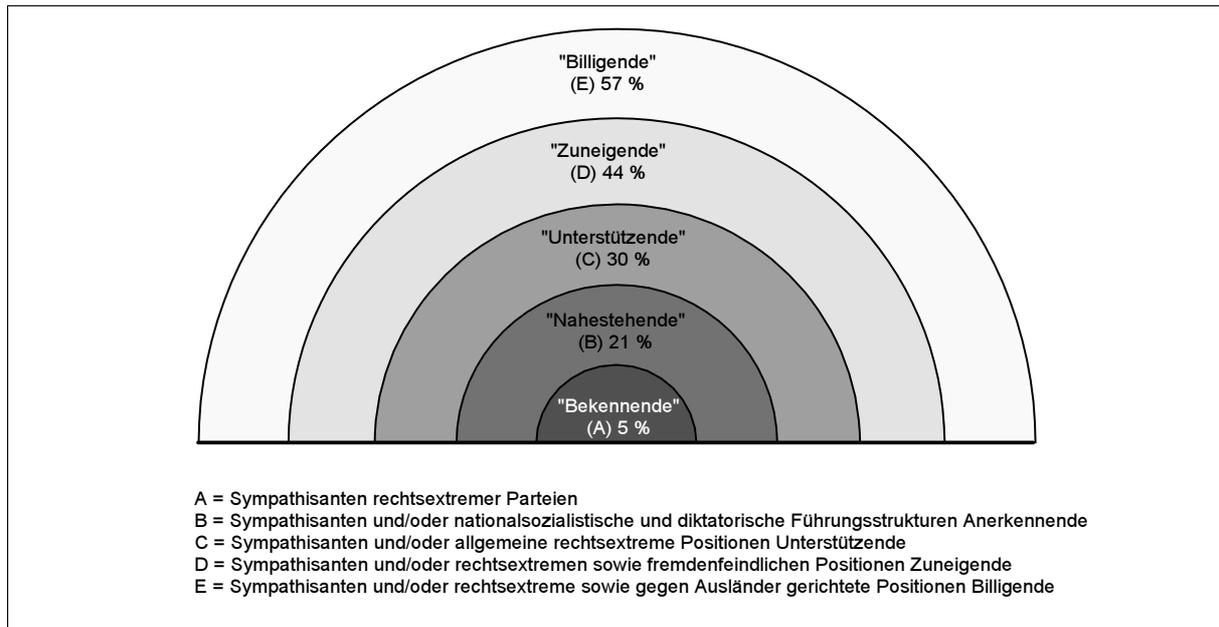
Fasst man rechtsextreme einschließlich der gegen Ausländer gerichteten Auffassungen zusammen, so bietet sich nachfolgende Strukturierung (keine Rangfolge) an:

- A = sich zum Rechtsextremismus „Bekennende“ (Mitglieder und Sympathisanten rechtsextremer Parteien)
- B = dem Rechtsextremismus „Nahestehende“, die sich insbesondere über die Akzeptanz des Nationalsozialismus, aber auch über die Akzeptanz von Führungsstrukturen, wie sie im Allgemeinen für Diktaturen charakteristisch sind, den „Rechtsextremen“ anbieten
- C = den Rechtsextremismus unbewusst „Unterstützende“ insbesondere durch chauvinistische Positionen „nationaler Überhebung“ (Stellenwert Deutschlands in der Welt und Europa)
- D = rechtsextremen Positionen „Zuneigende“, die gleichermaßen neben nationalsozialistischen, nationalistischen auch „rassistische“ Konzepte vertreten
- E = rechtsextreme Positionen – bewusst oder unbewusst – bzw. einzelnen Facetten „billigende“ Potenziale

Analysiert man die Aussagen nach ihrer anteiligen Häufigkeit, so ist festzuhalten, dass Rechtsextremismus in seinen zahlreichen Komponenten und Facetten einen „breiten“ Nährboden hat, der nicht zwingend – nach gegenwärtigem Verhalten – zu einem eindeutigen Bekenntnis zu rechtsextremen Parteien führt.

Kennzeichnend ist eher eine breite Streuung, die sich am besten als „zentrisches Modell“ darstellen lässt.

Abbildung 16: Schematische Darstellung rechtsextremer Potenziale



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Es geht bei der erfolgten Darstellung weniger um die einzelnen „Begrifflichkeiten“, sondern mehr die Breite möglicher Zugänge zum Rechtsextremismus, der unter bestimmten Bedingungen auch partiell „abrufbar“ ist. Sicher liegen die Gefahren vorrangig bei spezifischen Gruppierungen, die sich über o.g. Fakten hinaus noch durch Gewaltbereitschaft, aber auch durch ein hohes Maß an „sozialer Frustbewältigung“ auszeichnen. Insgesamt ergibt sich ein keineswegs geringes Potenzial, das in seiner Motivation unterschiedlichen Zugang zum Rechtsextremismus hat. Es ist jedoch in dieser oder jener Form entsprechend aufbereiteten rechtsextremen Argumentationen zugänglich.

Die Tabelle 13 belegt zugleich vorhandene sozio-demografische Strukturierungen, die in den nachfolgenden Abschnitten im Einzelnen behandelt werden.

Tabelle 13: Rechtsextreme Positionen nach sozialen Strukturen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –

	Deutschland nimmt nicht den ihm zustehenden Platz ein. (volle und teilweise Zustimmung)	Der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten. (volle und teilweise Zustimmung)	In Deutschland leben zu viele Ausländer. (nur volle Zustimmung)	Fremde erhöhen die Gewaltbereitschaft. (nur volle Zustimmung)
Insgesamt	36	17	44	29
Geschlecht				
männlich	40	20	45	32
weiblich	32	14	44	26
Alter				
unter 25 Jahren	47	18	25	20
25-39 Jahre	30	22	40	23
40-49 Jahre	37	16	49	27
50-59 Jahre	29	16	48	37
ab 60 Jahre	39	10	49	36
Qualifikation				
ohne Ausbildung	45	21	39	45
Facharbeiter	38	19	52	29
Fachschulabschluss	21	10	33	18
Hochschulabschluss	17	2	21	9
Schichtzugehörigkeit				
Unterschicht	31	20	48	40
Arbeiterschicht	42	20	49	31
Mittelschicht	30	15	35	27
Oberschicht	24	2	16	19
Erwerbsstatus				
erwerbstätig	34	18	41	24
arbeitslos	34	27	57	41
Rentner	37	8	48	34

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Ordnet man die einzelnen getroffenen Aussagen zu ausgewählten rechtsextremen und gegen Ausländer gerichtete Auffassungen der vorgestellten „Typisierung“ zu, so wird deutlich (vgl. Tabellen 14 und 15):

- Allen „Typen“ ist gemeinsam, dass ihre Zustimmungswerte sich deutlich – wenn auch differenziert – von der Allgemeinheit durch ihre zustimmende Haltung abheben. Wenn die Typisierung auch nicht im Sinne einer Rangfolge zu verstehen ist, nimmt doch die Zunahme der Zustimmung mit der „Schärfe“ der einbezogenen Aussagen zu.
- Eindeutig ist der differenzierende Einfluss zwischen „rechtsextremen“ Positionen und „ausländer“-bezogenen Positionen. Letztere verbreitern ein mögliches Potenzial für rechtsextreme Parteien und Politik deutlich.
Insofern muss eine Politik, die sich gegen „rechts“ richtet, deutlich voneinander abhebende Orientierungen in Bezug auf Ausländer haben.
- Auffällig ist, dass Sympathisanten rechtsextremer Parteien der Orientierung auf eine Partei (Ein-Parteien-System) am wenigsten zustimmen, was möglicherweise davon ausgeht, dass dies keine sich an nationalem Gedankengut orientierende Partei sein würde.

Tabelle 14: Positionen zu rechtsextremen und gegen Ausländer gerichtete Auffassungen nach vorgenommener Typisierung – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „volle Zustimmung“)

	Typ					insgesamt alle Befragten
	A	B	C	D	E	
Der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten.	47	36	25	17	13	8
Für Deutschland wäre eine einzige, die Interessen Deutschlands wahrnehmende Partei nötig.	24	67	47	32	25	14
Deutschland nimmt in der Welt nicht den Platz ein, der ihm zusteht.	50	38	46	31	24	14
Deutsche Interessen sollten in der Politik der EU bestimmend sein.	38	32	38	26	20	11
Immer mehr Fremde in Deutschland erhöhen die Gewaltbereitschaft.	77	58	50	66	51	29
In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.	82	75	65	71	77	44

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Tabelle 15: Sozio-strukturelle Differenzierungen nach „Typen“ – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –

		Potenzial nach Typen (Mehrfachnennung)					Ablehnende	ich weiß nicht
		A	B	C	D	E		
Anteil in Prozent	100	5	21	29	44	57	67	28
Geschlecht								
männlich	48	8	26	36	48	58	74	18
weiblich	52	3	17	25	41	56	61	36
Alter								
unter 25 Jahren	10	1	8	25	42	49	91	8
25-39 Jahre	26	8	23	27	36	51	68	24
40-49 Jahre	22	6	22	32	46	58	66	28
50-59 Jahre	15	5	29	32	51	57	72	22
ab 60 Jahre	27	5	19	32	48	65	55	40
Erwerbsstatus								
erwerbstätig	48	6	21	27	39	50	72	22
arbeitslos	15	9	31	36	57	74	63	28
Qualifikation								
ohne Ausbildung	19	11	28	40	59	66	50	39
Facharbeiter	61	5	23	32	47	62	68	27
Fachschulabschluss	6	4	13	16	27	41	76	20
Hochschulabschluss	11	1	6	11	17	27	89	10

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Bei der sozialstrukturellen Betrachtung der einzelnen „Typen“ im Vergleich ist im Besonderen hervorzuheben:

Erstens: Eine insgesamt bedeutende Anzahl der Befragten stimmt in dieser oder jener Form einzelnen inhaltlichen Aussagen rechtsextremen Charakters zu (in die Zuordnung wurden nur Befragte mit der Antwort: „stimme ich voll zu“ einbezogen). Dabei handelt es sich nicht nur um Bürger, die sich „rechts“ zuwen-

den, sondern zum Teil sogar um Bürger, die sich einerseits „gegen rechts“ artikulieren, aber gleichzeitig Auffassungen insbesondere zur „Überfremdung“ durch Ausländer zustimmen.

Obwohl zu beachten ist, dass Ausländeraversion nicht generell mit „rechtsextremen Positionen“ gleichzusetzen ist, sind die Grenzen fließend und vom Einzelnen rasch überschreitbar.

Zweitens: Gegen Ausländer gerichtete Haltungen sind in der ostdeutschen Bevölkerung weit verbreitet. Die bei rechtsextremen Auffassungen vorliegenden Differenzierungen (unabhängig davon, ob nach Geschlecht, Alter oder Qualifikation) treffen auch hier deutlich zu.

Drittens: Der Erwerbsstatus als Differenzierungsmerkmal ist hoch, unabhängig davon, ob es sich dabei um rechtsorientierte oder gegen Ausländer gerichtete Auffassungen handelt.

Der soziale Status aus Sicht der Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit führt generell zu einer höheren Zustimmung zu rechtsextremen Auffassungen unabhängig, welchen Grad die Ausprägung dieser hat.

Viertens: Auch bei der vorgenommenen Typisierung wird deutlich, dass erstens die generelle „Vorverurteilung“ Jüngerer nur Widerspiegelung „medialer“ Darstellungen ist, aber nicht der Realität entspricht (mit Ausnahme von Gewaltbereitschaft). Direkten rechtsextremen Auffassungen sind die Altersgruppen zwischen 25 und 50 Jahren eher zugeneigt als Jüngere oder Ältere. Nationalsozialistischen Parolen unterliegen Ältere im geringeren Maße. Bezogen auf gegen Ausländer gerichtete Positionen sind es eher Ältere, die entsprechenden Aussagen zuneigen.

Fünftens: Mit steigender Bildung reduziert sich der jeweilige Anteil der Bürger, die rechtsextremem Gedankengut zustimmen, deutlich.

Die Fragen nach den Potenzialen für Rechtsextremismus müssen auch in Abhängigkeit von den Annahmen künftiger wirtschaftlicher Entwicklungen beantwortet werden:

- Eine weitere Zunahme bzw. Stabilisierung der Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau wird das Potenzial weiter erhöhen.
„Mit dem Anwachsen der sozialen Probleme, die mit der gegenwärtigen Sozial- und Wirtschaftspolitik verbunden sind, und mit einer geringen sozialen Abfederung der daraus resultierenden Folgen, dürfte sich objektiv die Bereitschaft erhöhen, rechtsextreme Parteien zu wählen.“⁴² Die getroffene Aussage hat nicht nur für Wahlen Bedeutung, sondern auch für Bildung, Medienarbeit, öffentliches Auftreten von Politikern usw.
- Generell wird durch eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bürger/Familien das rechtsgerichtete Potenzial weiter wachsen. Die Ursache dafür liegt darin, dass sich in den vergangenen Jahren ein sog. Paradigmenwechsel vollzogen hat, der „soziale Probleme“ ins Zentrum rechtsextremer Positionen stellt und nicht mehr vorrangig auf die Ausländerthematik konzentriert ist.
- Potenziale werden auch in dem Maße „gefördert“ bzw. „begrenzt“, wie Kommunalpolitik mittels sozialer, kultureller und sportlicher Infrastrukturen rechtsextremen Gruppierungen Felder ihrer „Freizeitaktivitäten“ öffnet oder schließt.
„Die Menschen müssen soziale Orte wie das Dorf, die Gemeinde oder den Stadtteil als ein Stück Heimat begreifen können und sich zugehörig fühlen. Dafür braucht es neben einem handlungsfähigen Gemeinwesen letztlich den Staat bzw. die Kommune, eine solidarische Gemeinschaft und auch ökonomischen Erfolg.“⁴³

4.1.2 Gewalt als charakteristisches allgemeines Merkmal

Rechtsextremismus wird mehrheitlich mit Gewalt und Gewaltbereitschaft verbunden. Unverkennbar ist aber auch, dass es insgesamt einen hohen Anteil von Bürgern gibt, die generell davon ausgehen, dass „Gewalt“ dem Menschen eigen ist. Bestenfalls werden geringfügige Unterschiede in den Ursachen:

42 Armin Pfahl-Traughber: Vortrag vom 9.12.2005, veröffentlicht in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 91.

43 Hubertus Heil: Vortrag, veröffentlicht in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 122.

- biologisch, im Menschen angelegt,
 - sozial, aus den gesellschaftlichen Verhältnissen resultierend
- gesehen. Gewaltlosigkeit ist kein tragender Wert der ostdeutschen Gesellschaft.

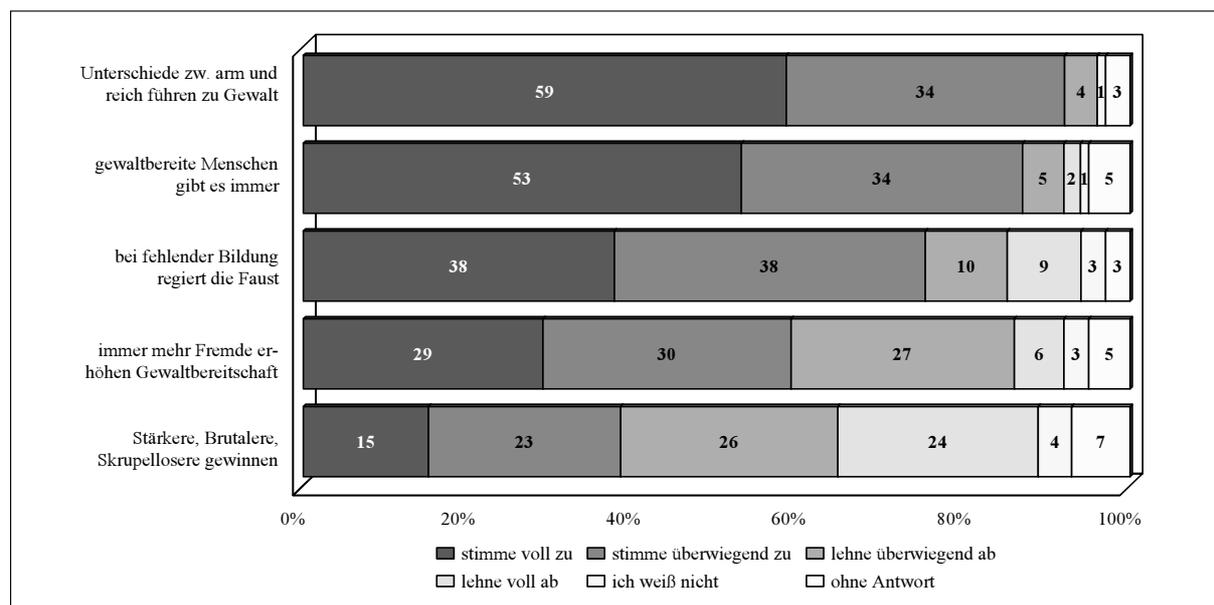
Im Rahmen der Befragungen wurden generell Auffassungen zu Gewalt untersucht, insbesondere mit den Fragen: „In den Medien wird immer wieder über Gewalt gegen Ausländer, Lehrer, Menschen mit Behinderungen, Kinder usw. berichtet. Was meinen Sie?“ Stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen „voll zu“, „überwiegend zu“, lehnen Sie das „überwiegend ab“, „voll ab“ oder „ich weiß nicht“?

- *Gewaltbereite Menschen gibt es immer.*
- *Wachsende Unterschiede zwischen arm und reich führen zu mehr Gewalt.*
- *Immer mehr Fremde in Deutschland erhöhen die Gewaltbereitschaft.*
- *Überall im Leben gilt, dass „Der oder die Stärkere, Brutalere, Skrupelloosere gewinnt“.*
- *Bei fehlender Bildung regiert die Faust.*

Von den über 18-jährigen Bürgern der neuen Bundesländer stimmt rd. ein Drittel der Befragten der Auffassung zu, dass überall im Leben gelte, dass „der oder die Stärkere, Brutalere, Skrupelloosere gewinnt“ (Sozialdarwinismus), 50 Prozent wenden sich gegen eine solche Auffassung (4 Prozent „ich weiß nicht“, 7 Prozent „ohne Antwort“).

Insgesamt gehen jedoch 87 Prozent davon aus, dass es Gewalt immer gibt. 93 Prozent sehen die Ursachen für Gewalt vor allem in Unterschieden zwischen arm und reich bzw. in mangelnder Bildung (76 Prozent). „Überfremdung“ als Ursache von Gewalt wird von 59 Prozent als eine Ursache angesehen (29 Prozent stimmen dem „voll zu“).

Abbildung 17: Bewertung von Gewaltursachen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die getroffenen Aussagen (vgl. Abbildung 17) belegen insgesamt doch eine bestimmte, weit verbreitete „Unabwendbarkeit“ von Gewalt – bei aller Unterschiedlichkeit der dafür gesehenen Ursachen. Denn gerade dabei ist zu beachten, dass natürlich auch davon ausgegangen wird, dass Unterschiede zwischen arm und reich ebenso wie in der Bildung langfristig existent sein werden und demzufolge auch Gewalt. Gewalt in diesem Kontext wird hingegenommen, akzeptiert.

Nicht zuletzt ist nicht zu übersehen, dass die mediale Wirklichkeit in hohem Maße Gewalt verbreitet, zum Teil zelebriert. Das betrifft einerseits Darstellungen, die „Gewalt“ als Mittel der Durchsetzung „nationaler Interessen“ oder des „Schutzes“ nationaler Interessen darstellen bzw. im Interesse einer Verbreitung „demokratischer Werte“ Gewalt hinnehmen, wie andererseits eine TV- und Computerspielwelt die Gewalt verbreitet.

4.1.3 Spezifik neue Bundesländer

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass in nicht wenigen Darstellungen der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern vereinfachend der DDR-Vergangenheit zugeordnet wird. Unbestrittenermaßen gab es auch in der DDR – zunehmend Ende der 80er Jahre⁴⁴ – neonazistische Strömungen und Gruppen, über deren Existenz die Öffentlichkeit nicht informiert war. Es geht jedoch in den nachfolgenden Ausführungen nicht um die Darstellung und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der DDR, sondern in welchem Maße DDR-Sozialisation als individueller Zugang zu Rechtsextremismus in der Gegenwart den Zugang zu rechtsextremen Positionen befördert oder bewirkt.

Zu prüfen ist, welcher Zusammenhang zwischen der Bewertung des DDR-Systems bzw. der DDR-Realität hergestellt wird. Das betrifft den Zusammenhang zwischen der erfolgten Integration der Bürger der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik Deutschland und ihren Haltungen zu rechtsextremen Positionen ebenso wie die Tatsache, dass die Haltung zur DDR aus Sicht vieler Bürger inzwischen einem Wandel unterliegt. Nach einer in den Jahren 1989/90 und den ersten Jahren in den Neunzigern beginnenden Phase, in der vor allem die Auseinandersetzung mit dem politischen System (Freiheits- und Demokratiedefizite, Stasi-System, Diktatur) und die unmittelbare Erfahrung mit einer rückläufigen Wirtschaftsentwicklung in der DDR (und damit verbundene Wirkungen auf das Lebensniveau) unter den Bedingungen einer sich zunächst rasant vollziehenden Veränderung von Lebensbedingungen (quantitative und qualitative Warenangebotsstrukturen, Wohnbedingungen, Mobilitätsbedingungen, Funk und Fernsehen, Reisen u.a.) im Zentrum der Haltungen zur DDR standen, erhielt seit Mitte der 90er Jahre bis in die Gegenwart der Vergleich zur erfahrenen sozialen Sicherheit, des Rechts auf Arbeit (im Sinne eines Arbeitsplatzes) und der (wenn auch männlich dominierten) realisierten Vereinbarkeit bei stagnierendem Angleichungsprozess und z.T. sinkendem Lebensstandard stärkeres Gewicht. Insofern werden Freiheitsrechte nicht nur im Reisen und bei Wahlen, sondern auch in der Arbeit und bei sozialen Grundrechten eingefordert. Bis in die Gegenwart wird eine Ausgewogenheit in der Bewertung auch von der Politik nicht gefördert, die sich nach wie vor einseitig und vorrangig nur auf den historischen Vergleich der politischen Systeme konzentriert.

Im Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (2006) wurde eine neue „Ursache“ für das Erstarken rechtsextremer Wählerpotenziale ausgemacht⁴⁵, indem festgestellt wird: Es entstehen in einigen Gebieten Deutschlands (natürlich insbesondere im Osten – G.W.) Bevölkerungszusammensetzungen, wie sie bislang nur nach dem 1. Weltkrieg und aus dem Mittelalter bekannt sind, bzw. Gebiete, die sozio-demografisch so strukturiert sind, wie einst Milieus, aus denen die NSDAP ihre Reserven zog⁴⁶. Der eigentliche Hintergrund für diese Äußerung ist, dass Rechtsextremismus und Radikalisierung nicht nur „mit Arbeitslosenquoten und Weltbildern zu tun“ haben, sondern „ihr entscheidender Faktor ist vielmehr die demografische Zusammensetzung einer Bevölkerung“⁴⁷. Das heißt im Klartext, dass aufgrund der Abwanderungen insbesondere jüngerer Frauen in den neuen Ländern nicht nur der Anteil älterer Menschen steigt, sondern auch der Anteil jüngerer, gering qualifizierter und arbeitsloser Männer. Fazit ist, „dass in unzähligen Dörfern junge arbeitslose Männer mit zurückgebliebenen alten Menschen zusammenleben, nicht nur ohne Aussicht auf Arbeit, sondern auch ohne Aussicht auf eine Partnerin“⁴⁸. Das damit verbundene Klima ist – so die Schlussfolgerung in Anlehnung an die Weimarer Republik – gekennzeichnet von Aggressivität, Gewaltbereitschaft und Mitleidlosigkeit.

44 Vgl. hierzu: Die Nationale Front – Neonazis in der DDR, Dokumentarfilm von Tom Franke und Andreas K. Richter.

45 Vgl. hierzu. Frank Schirmacher: Nackte Äste – Debatte um NPD-Erfolg, SPIEGEL ONLINE – 20. September 2006.

46 Ebenda.

47 Ebenda.

48 Ebenda.

Dabei muss nochmals hervorgehoben werden, dass die Ursachen für die abrupten demografischen Veränderungen in den neuen Bundesländern in einem fehlenden Arbeits- und Ausbildungsmarkt liegen, der zu hoher Arbeitslosigkeit bzw. Abwanderungen führt. Die Auflösung vorhandener kultureller und sportlicher Infrastrukturen öffnet darüber hinaus „günstigen Angeboten“ Tür und Tor. Rechtsextreme Organisationen sind hier oft „erfolgreicher“.

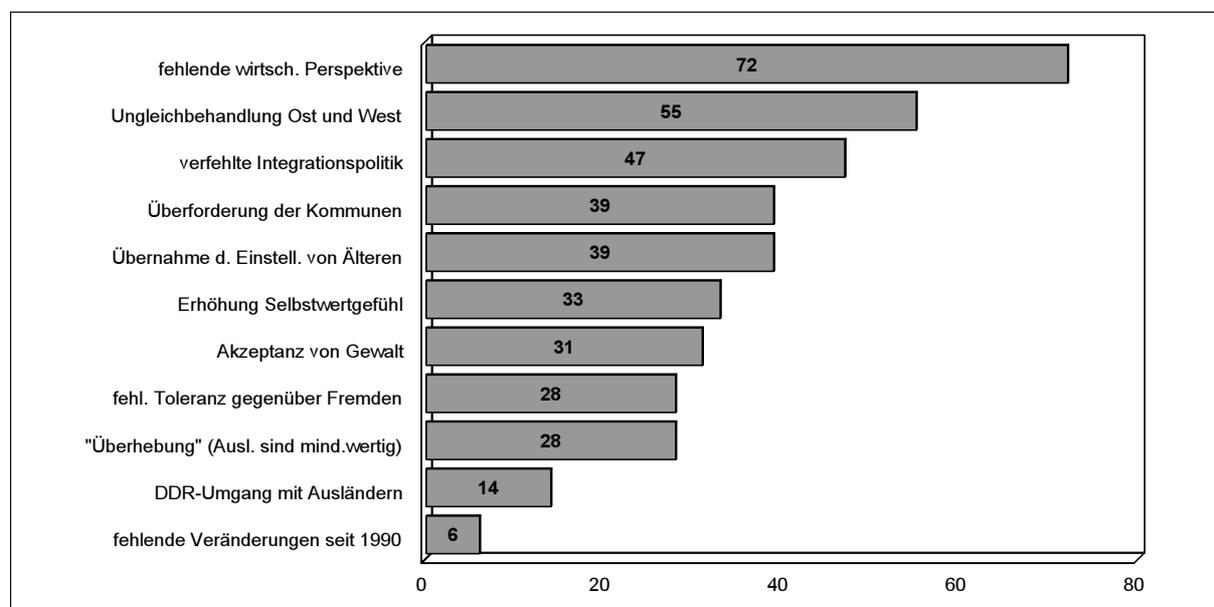
Die generell für die Begründung von Sozialreformen genutzte Klaviatur der „demografischen Bedrohung“ wird als Rechtfertigungsmuster auf die politischen Verhältnisse übertragen und damit die Kausalkette für die Bedrohung der politischen Kultur in den Bereich des demografischen Wandels, d.h. letztlich in die von den einzelnen Bürgern getroffenen „demografischen“ Entscheidungen – sprich Geburt, Wanderung – verschoben. Gleichen Inhalts ist letztlich auch die Äußerung des bayrischen Ministerpräsidenten E. Stoiber (2005), der – bezogen auf die Bürger Ostdeutschlands – feststellte: „Es darf nicht sein, dass die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands entscheiden“.

Vergleicht man die von den Bürgern getroffenen Aussagen zu den Ursachen für Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, so ist festzustellen:

Es können vier Ursachenkomplexe – sich deutlich voneinander unterscheidend – ausgewiesen werden:

- die fehlende wirtschaftliche Perspektive in den neuen Bundesländern sowie die noch existenten Felder von Ungleichbehandlungen zwischen Ost und West;
- eine nicht hinreichende Integrationspolitik von Ausländern in die Gesellschaft, die Ausländer als das „Besondere“, als das „Fremde“ betont;
- spezifische Felder individuellen Verhaltens – insbesondere auch zu Ausländern – in Form von fehlender Toleranz, Tolerierung von Gewalt, „Überhebung“ gegenüber Ausländern, fehlendes Selbstwertgefühl bis zur unkritischen Übernahme von Positionen der Älteren bzw. Eltern;
- die in der DDR praktizierten Haltungen zu Ausländern (vgl. hierzu Abschnitt 3.1).

Abbildung 18: Wo sehen Sie die Ursachen für Ausländerfeindlichkeit/Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern? – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



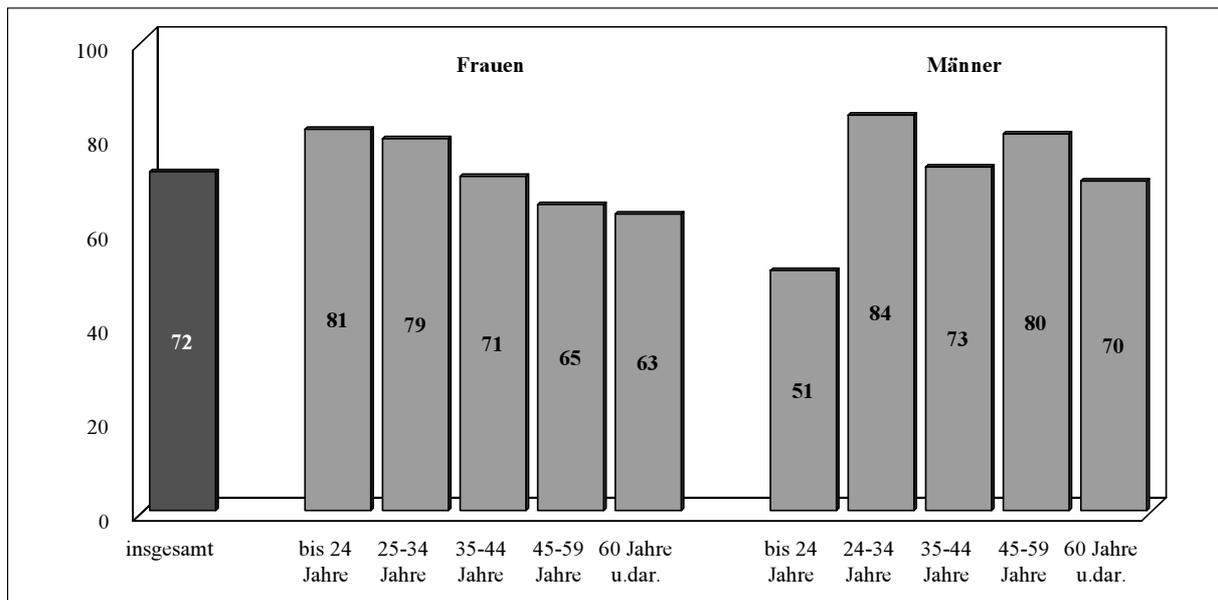
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Das heißt im Einzelnen:

Erstens: Als Hauptursachen für den in den neuen Bundesländern existenten Rechtsextremismus und damit verbundene Ausländerfeindlichkeit werden die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der erreichte Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern an die alten Bundesländer gesehen.

72 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr sehen die Ursachen vor allem in der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive in den neuen Bundesländern. Diese Auffassung wird insbesondere unterstützt von jungen Frauen (81 Prozent der unter 25-Jährigen) und Männern der Altersgruppen zwischen 25 und 35 Jahren (84 Prozent).

Abbildung 19: Die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven in den neuen Bundesländern sehen als Ursachen für Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Hervorzuheben ist auch, dass vor allem Hochschulabsolventen (82 Prozent) und Fachschulabsolventen (79 Prozent) den Zusammenhang von fehlender wirtschaftlicher Perspektive und Rechtsextremismus herstellen (Facharbeiter 74 Prozent, ohne beruflichen Abschluss 58 Prozent). Der Erwerbsstatus des Einzelnen ist für die vorgenommene Bewertung nicht von Einfluss. Es gibt eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Erwerbstätigen (73 Prozent), Arbeitslosen (71 Prozent) und Rentnern/Vorrentnern (70 Prozent).

Mit der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive hat die Ungleichbehandlung zwischen Ost und West einen hohen Stellenwert in der Ursachenbewertung. 55 Prozent sehen darin einen Grund für die Situation in den neuen Bundesländern. Dabei ist jedoch hervorzuheben, dass sich Arbeitslose und Rentner in diesem Punkt deutlich von den Erwerbstätigen abheben (Arbeitslose 63 Prozent, Rentner 64 Prozent, Erwerbstätige 48 Prozent) und damit vor allem jene stützen, die im Rechtsextremismus Protesthaltungen zur Entwicklung im Osten sehen.

Das wird auch dadurch gestützt, dass mit zunehmender beruflicher Bildung diesem Ursachenkomplex in geringerem Maße Bedeutung zugemessen wird.

Zweitens: Neben der spezifischen wirtschaftlichen Situation wird vor allem die unzureichende Integrationspolitik von Ausländern als eine Ursache für Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit angesehen.

Damit verbunden werden vor allem – wenn auch durchaus in unterschiedlichem Maße – Argumente wiedergegeben bzw. ihnen zugestimmt, die von den Medien vermittelt werden. Sei es eine verfehlte Schulpolitik, die zu Konflikten wie in der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln führt, sei es eine nicht zu leugnende Existenz von „Parallelgesellschaften“, die auf mangelhafte bzw. fehlende Integration verweisen.

Die Palette sprachlicher „Aussonderung“ wurde inzwischen um die Kategorie der Bürger mit „Migrationshintergrund“ erweitert, was z.B. nicht nur „anders Aussehende“, sondern auch „anders Denkende“ – „Parallelkulturen“ z.B. bezogen auf Religionen – sowie „anders Sprechende“ (neue Begrifflichkeit: „Kinder mit nicht-deutscher Herkunftssprache“⁴⁹) – dieser „speziellen“ Gruppe zuordnet. Inzwischen wird sie fast synonym für „Ausländer“ gebraucht mit dem Unterschied, dass es eindeutig deutsche Staatsbürger sind – in diesem Land geboren und groß geworden -, die damit einer „Sonderbewertung“ unterliegen.

Die Zahl der Kommunen, die auf unzureichende – insbesondere finanzielle – Möglichkeiten der gezielten, effektiven Integration verweisen, nimmt in der letzten Zeit deutlich zu. Es gibt inzwischen eine wachsende Zuweisung von Ausländern (oder deren freiwilligen Rückzug) in städtebauliche Konzentrationen, deren Bau-Substanz vernachlässigt wird (werden muss), was „zu Formen symbolischer Demütigung oder symbolischer Gewalt, die das Selbstwertgefühl und die Lebensqualität beeinflussen“⁵⁰, führt.

Dabei muss nochmals betont werden, dass den Bürgern der neuen Bundesländer der eigene Erfahrungshintergrund (ausgenommen bestimmte Stadtbezirke in Berlin) in Größenordnungen fehlt und sich eher im „Mikromilieu“ bewegt.

Drittens wird als Ursache für den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern eine Vielzahl von Verhaltenskomponenten gesehen, die sowohl Übernahme von Positionen Anderer (Älterer, der Eltern) als auch eigene Befindlichkeiten (Erhöhung des Selbstwertgefühls durch Ausländerabneigung, Akzeptanz von Gewalt, Überhebung gegenüber Fremden, die als „minderwertig“ bewertet werden, fehlende Toleranz gegenüber Fremden) einschließen.

Ohne im Einzelnen darauf einzugehen, kann auch hier festgestellt werden, dass die genannten Faktoren – auf jeden Fall bei näherer Betrachtung – weder eine Spezifik der neuen Bundesländer ausmachen noch daraus abgeleitet werden können.

Viertens: In ihrer Bewertung nur als nachgeordnet werden DDR-Verhältnisse bzw. Nachwirkungen von DDR-Verhältnissen als eine der Ursachen für rechtsextreme Positionen bzw. deren Akzeptanz ausgemacht.

Von oben genannten Fakten unterscheidet sich der Zusammenhang zwischen rechtsextremen Positionen/ausländerbezogenen Positionen und der Bewertung der Vereinigungsergebnisse und erfolgten Integrationsbewertung.

Aus den vorliegenden Aussagen sollen zwei Zusammenhänge exemplarisch herausgehoben werden:

Erstens die Bewertung der individuellen Ergebnisse des Vereinigungsprozesses, d.h. in welchem Maße der Einzelne für sich vor allem/nur Gewinne oder Verluste sieht bzw. Gewinne und Verluste für gleich groß hält. In der Untersuchung 2006 bewerten 34 Prozent der über 18-jährigen Bürger der neuen Bundesländer die Einheit für sich mit Gewinn, 31 Prozent mit Verlust und 32 Prozent mit Gewinn und Verlust zu gleichen Teilen (für 3 Prozent der Befragten traf diese Frage nicht zu, 1 Prozent „ohne Antwort“).

Zweitens wird die Bewertung der Ursachen für Ausländerfeindlichkeit/Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern beeinflusst von der zwischenzeitlich erfolgten Identifikation mit der Bundesrepublik. Die Identifikation wird von 21 Prozent als vollzogen beurteilt („fühle mich als Bundesbürger“), 60 Prozent fühlen sich einerseits in der Bundesrepublik noch nicht richtig wohl, wollen aber auch die DDR nicht wiederhaben und 14 Prozent möchten die DDR wiederhaben (3 Prozent lebten 1990 noch nicht in den neuen Bundesländern bzw. 1 Prozent blieb die Antwort schuldig). Bezogen auf den Anteil „ich möchte die DDR wieder-

49 Hartmut Häußermann: Desintegration durch Stadtpolitik, APUZ 40-41/2006, S. 14.

50 Ebenda, S. 16.

haben“ ist hervorzuheben, dass es sich dabei insbesondere um Arbeitslose/Langzeitarbeitslose handelt, die eigentlich nicht die DDR, sondern „Arbeit“, d.h. einen Arbeitsplatz wiederhaben wollen.

Die getroffenen Aussagen zur Identifikation wurden vorab dargestellt, um den Anteil der jeweiligen Gruppe an der Gesamtbevölkerung deutlich zu machen.

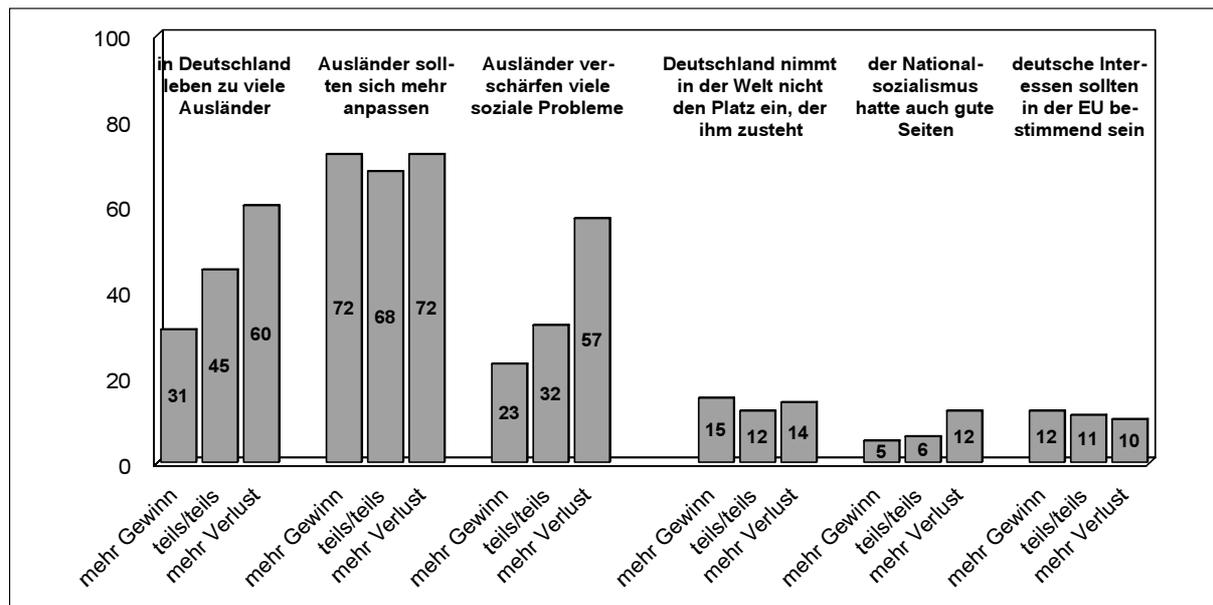
Betrachtet man die beiden spezifischen „Vereinigungsindikatoren“, die ohne Zweifel Spezifik der neuen Bundesländer darstellen, so ist hervorzuheben – was in anderen Zusammenhängen bereits festgestellt wurde bzw. sich in Bezug auf andere Aussagen wiederholen wird:

- Die Haltung zu Ausländern differiert unmittelbarer und direkter auf die gegenwärtige Situation als die Haltung zu rechtsextremen Positionen im engeren Sinne. Dabei ist der direkte Zusammenhang zwischen „zu viele Ausländer“ und „Ausländer nutzen das soziale System aus und leben auf 'unsere' Kosten“ stark ausgeprägt, während er auf die Forderung nach „Anpassung an hiesige Lebensgewohnheiten“ kaum/nicht existent ist.

Abbildung 20: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Bewertung der Deutschen Einheit – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)

Frage: Seit 1990 ist Deutschland nun wieder ein einheitlicher Staat. Sind 16 Jahre deutsche Einheit für Sie

- mehr Gewinn als Verlust
- Gewinne/Verluste sind gleich groß
- mehr Verlust als Gewinn



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

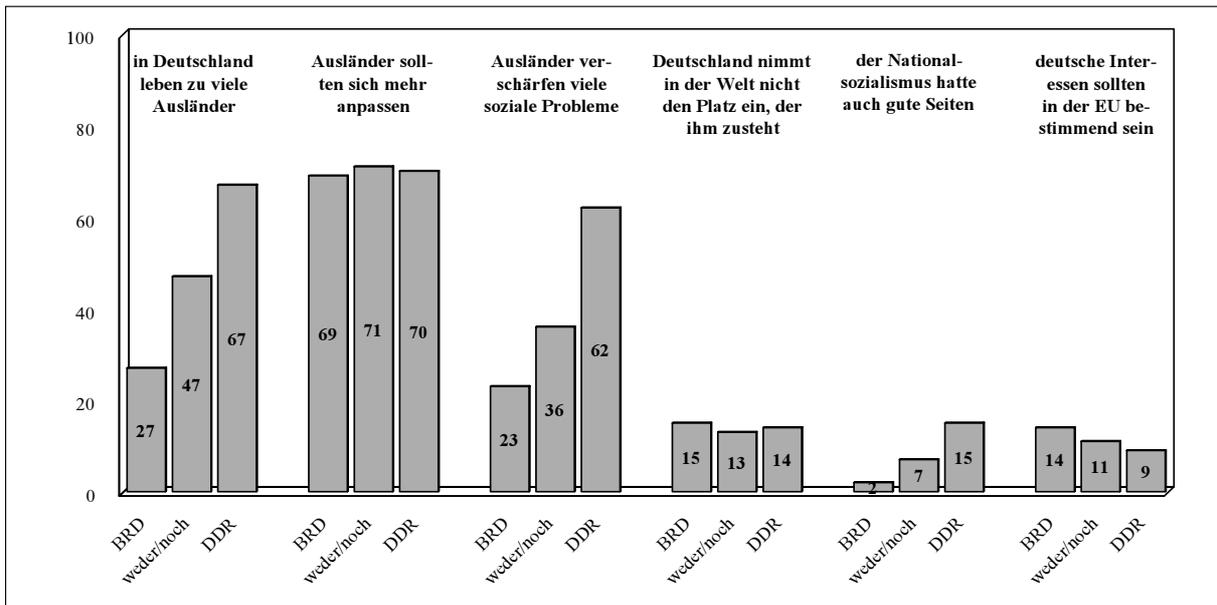
- Die sich als „nicht integriert Fühlenden“ und sich mit der Bundesrepublik nicht Identifizierende sind in ihren Bewertungen zu Ausländern deutlich in höherem Maße gegen Ausländer eingenommen als das bei den Fragen zum Rechtsextremismus (im engeren Sinne) der Fall ist.
- Der direkte Bezug zum Nationalsozialismus wird vor allem von den sich als „Verlierer der Einheit“ und denen, die die DDR wiederhaben wollen, stärker hergestellt als von den anderen Gruppen (dabei ist davon auszugehen, dass sich rd. 13 Prozent der Bürger dieser Gruppe selbst als Verlierer und Nichtintegrierte kennzeichnend zuordnen).
- Festzustellen ist auch, dass eine sich weitgehend aus den Arbeitsmarktstrukturen ergebende „DDR-Nostalgie“ und die Haltung zu Ausländern wie zum „Nationalsozialismus“ sich offensichtlich aus

gleichen Quellen speisen. Sie haben in der individuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt ihre Hauptursachen.

Abbildung 21: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Bewertung der Identifikation mit der Bundesrepublik – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)

Frage: 16 Jahre deutsche Einheit – welcher Satz trifft Ihre Meinung am besten?

- Als Ostdeutscher fühle ich mich nach 16 Jahren Einheit bereits als richtiger Bundesbürger. (BRD)
- Ich möchte weder die DDR wiederhaben noch fühle ich mich in der Bundesrepublik schon richtig wohl. (weder/noch)
- Als Ostdeutscher möchte ich am liebsten die DDR wiederhaben. (DDR)

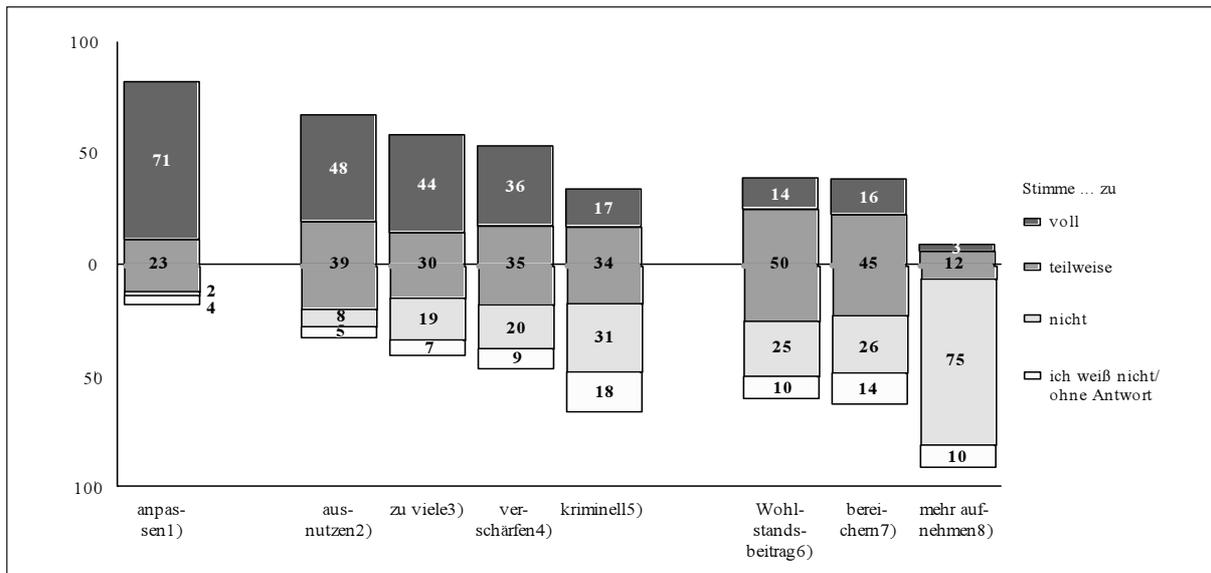


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

4.1.4 Ausländerfeindlichkeit – 2006

Im Nachfolgenden werden die im Abschnitt 3 als Längsschnittanalyse erhobenen Daten hier – im Sinne des Zusammenhangs zu den Aussagen zu Rechtsextremismus und Gewalt – nochmals zusammenfassend für das Jahr 2006 dargestellt, um ihre Einordnung in die weiteren Ausführungen zu erleichtern.

**Abbildung 22: Positionen zu Ausländern in Deutschland – neue Bundesländer – 2006
– in Prozent –**



- 1) Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.
- 2) Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.
- 3) In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte geringer werden.
- 4) Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).
- 5) Die meisten Kriminellen sind Ausländer.
- 6) Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.
- 7) Ausländer bereichern unser Leben.
- 8) Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Daten belegen folgende Differenzierungen:

- einer weitgehend von den Bürgern unterstützten und keinesfalls als ungerechtfertigt oder ausländerfeindlich anzusehende Forderung an Ausländer, sich den Gegebenheiten des Lebens in Deutschland anzupassen; 92 Prozent der Befragten vertreten diese Auffassung (71 Prozent voll/23 Prozent teilweise);
- in Auffassungen, die in Ausländern eine „Gefährdung“ der eigenen Lebensverhältnisse sehen,
 - sei es, dass es „zu viele Ausländer“ in Deutschland gäbe,
 - dass sie die ohnehin vorhandenen sozialen Probleme verschärfen würden oder
 - auf „unsere“ Kosten leben würden;
 rd. ein Drittel bis die Hälfte der Befragten haben Vorbehalte unterschiedlichster Art und Ausprägung gegenüber Ausländern (d.h. stimmen Vorbehalten voll zu);
- in direkt diskriminierenden Haltungen gegenüber Ausländern (die meisten sind kriminell – 17 % volle Zustimmung, 34 % teilweise Zustimmung), die den existierenden Realitäten einfach widersprechen und eher Reflexion einer einseitigen „medialen“ Darstellung sind;
- bezüglich einer geringen Akzeptanz des Beitrages von Ausländern als Teil dieser Gesellschaft im Sinne multikulturellen Gewinns (bereichern unser Leben) oder einfach ihres auf Erwerbsarbeit beruhenden Anteils (tragen zu unserem Wohlstand bei). Rd. zwei Drittel der Befragten stimmen (wenn auch eher teilweise) zu, dass Ausländer auch Gewinn für Deutsche/Deutschland bringen;

- in der geringen Bereitschaft zu weiterer Integration von Ausländern in die Gesellschaft, für die sich nur 15 Prozent – bezogen auf eine weitere Aufnahme von Ausländern – aussprechen (davon noch 12 % nur „teilweise“).

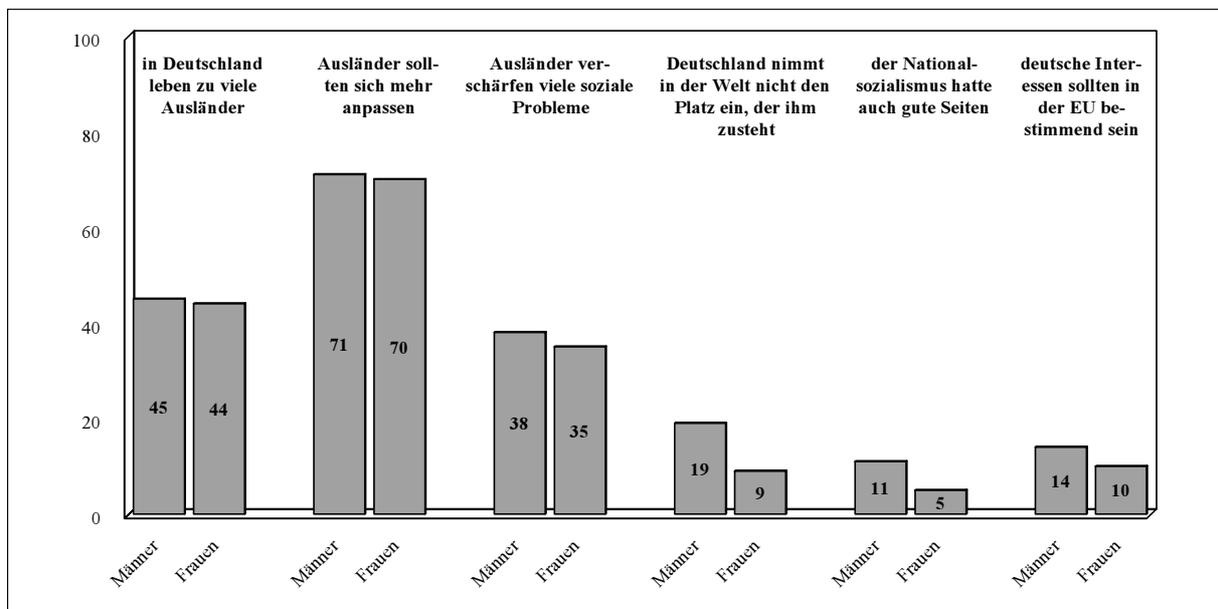
4.2 Sozio-ökonomische und demografische Differenzierungen

4.2.1 Geschlecht/Alter/Bildung

Die Untersuchungen des SFZ belegen:

Erstens: Die Einstellungen der ab 18-jährigen Frauen und Männer in den neuen Bundesländern sind in Bezug auf ihre Haltungen zu positiven wie negativen Wirkungen der in Deutschland lebenden Ausländer fast deckungsgleich. Das gilt nicht für die unmittelbare Bewertung rechtsextremer Positionen. Hier gibt es nicht nur insgesamt eine weitaus geringere Zustimmung generell, sondern deutlich ausgeprägtere, nach rechts tendierende Auffassungen bei den Männern.

Abbildung 23: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Geschlecht – neue Bundesländer – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Charakteristisch für die von den Frauen getroffenen Aussagen ist zugleich ein hoher Anteil derjenigen, die bei rechtsextremen Positionen mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. sich jeglicher Äußerung enthalten. So positionieren sich zur Position, dass „Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht“ rd. 29 Prozent nicht (11 Prozent „ohne Antwort“, 18 Prozent „ich weiß nicht“) – das sind von den Männern nur 12 Prozent (5 Prozent/7 Prozent).

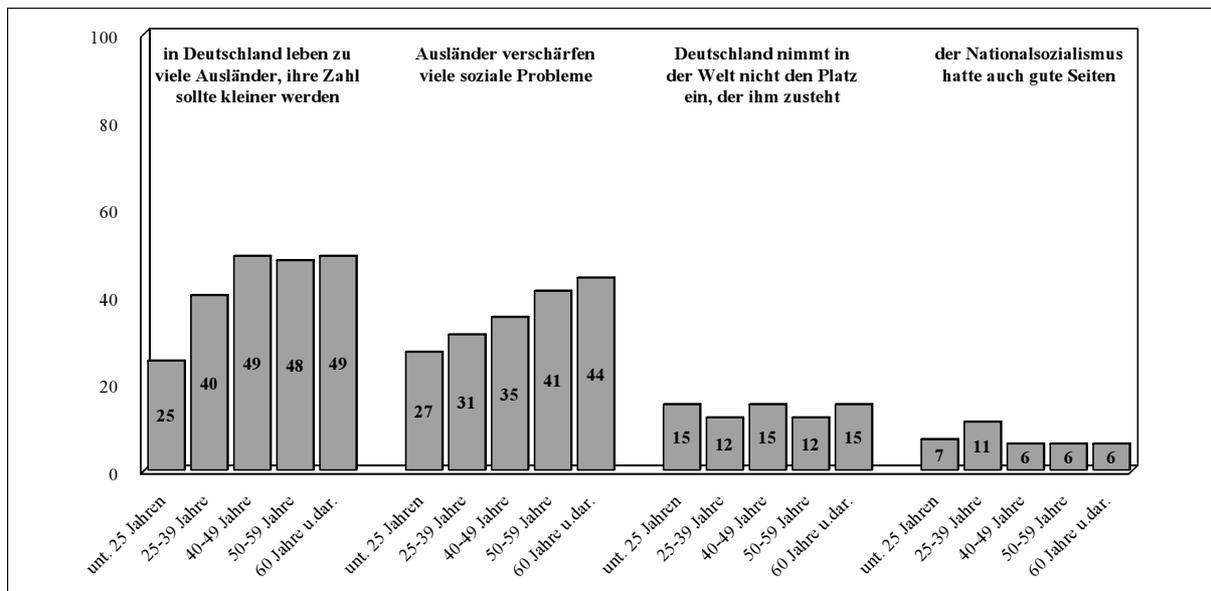
Zweitens: Die altersabhängige Differenzierung weist im Vergleich zur Bewertung seitens der Frauen und Männer auf folgende, davon abweichende Positionen hin:

- Bezogen auf Haltungen zu Ausländern nimmt eindeutig mit zunehmendem Alter eine negative Aussage zu. Jüngere Bürger geben insgesamt eine positivere Bewertung ab. So stimmen 25 Prozent der unter 25-Jährigen der Aussage, dass in „Deutschland zu viele Ausländer leben und ihre Zahl verrin-

gert werden sollte“ zu, aber 49 Prozent der über 60-Jährigen. Analoge Differenzierungen treten im Prinzip auch bei anderen, in der Untersuchung analysierten Positionen auf.

- Betrachtet man die Haltung zu rechtsextremen Positionen im engeren Sinne, so liegt eine weitaus geringere altersdifferenzierte Bewertung vor, die unter Einbeziehung der Aussage „stimme voll zu“/„stimme überwiegend zu“ darauf verweist, dass je nach Intensität der rechtsextremen Äußerung unterschiedliche Altersmuster deutlich werden:

Abbildung 24: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Altersgruppen – neue Bundesländer – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Zustimmung zur Position „der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten“ geben vor allem 25- bis 40-Jährige (11 Prozent), weniger die unter 25-Jährigen (7 Prozent) und – sicher nicht zuletzt aufgrund der eigenen Erfahrungen – die über 60-Jährigen mit 6 Prozent (über 75-Jährige 2 Prozent).

Dass die heutige Rolle Deutschlands in der Welt nicht dem Stellenwert Deutschlands entspricht, wird relativ altersunabhängig von 13 bis 15 Prozent aller Altersgruppen geäußert.

Der Auffassung, dass Deutschland einen starken Einfluss in Europa nehmen sollte, stimmen insbesondere unter 25-Jährige zu (44 Prozent) sowie über 60-Jährige (39 Prozent).

Drittens: Das Bildungs- und Qualifikationspotenzial beeinflusst – das ist keine neue Erkenntnis – ausländerfeindliche und rechtsextreme Positionen, wenn auch nicht in einem Maße, um sagen zu können (zu dürfen), dass niedrige Schulbildung und fehlende berufliche Qualifikation in besonderem Maße zu rechtsextremen Positionen führen, wie Hochschulbildung davor bewahrt. Wenn auch sog. „höhere Bildung“ sicher im Verlaufe ihres Erwerbs sich mehr mit Faschismus, Rechtsextremismus usw. auseinandergesetzt haben mag (aber auch nicht als Regel), wirkt sie zumindest in diesem Zusammenhang auf zwei wichtige individuelle Lebensbedingungen/-verhältnisse:

- den Erwerbs-/Sozialstatus und damit verbunden die
- wirtschaftliche Situation des Einzelnen bzw. seiner Familie.

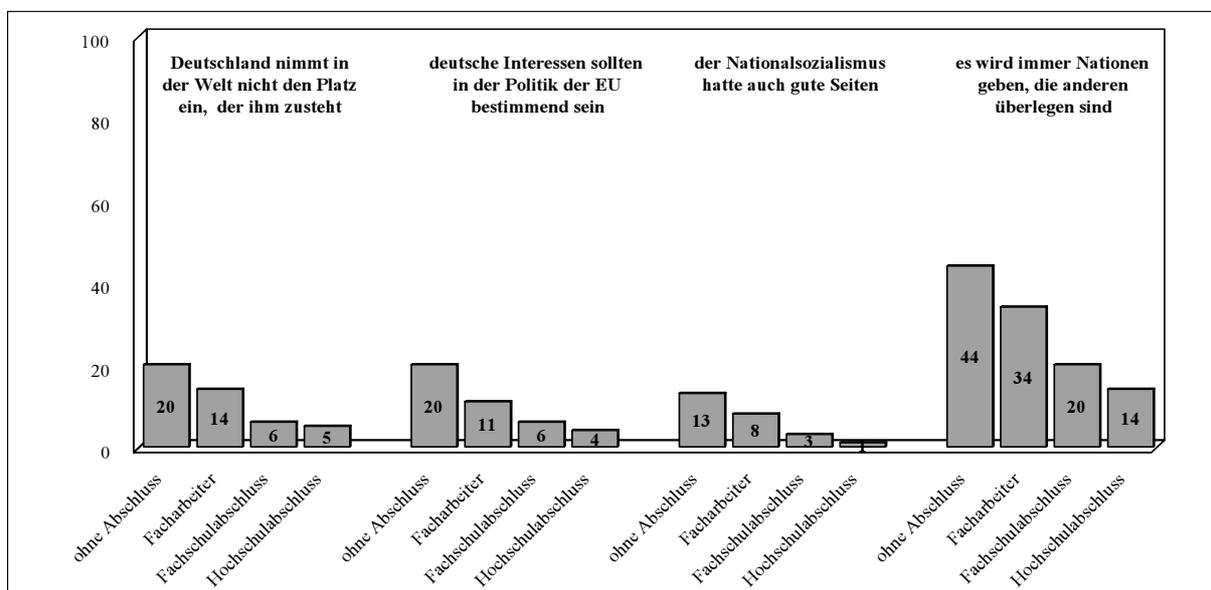
In der Untersuchung 2006⁵¹ waren z.B. von den 19 Prozent der Bürger ohne beruflichen Abschluss unter 60 Jahren nur 38 Prozent erwerbstätig, von den Hochschulabsolventen waren es 80 Prozent. Analog dazu

51 Befragungsstrukturen vgl. Tabelle 1, S. 21.

bewerten 44 Prozent der unter 60-Jährigen ohne beruflichen Abschluss ihre wirtschaftliche Lage als schlecht, Hochschulabsolventen zu 17 Prozent. Insofern reflektieren sich in dem Zusammenhang zwischen beruflichem Abschluss und ausländerbezogenen bzw. rechtsextremen Positionen eher die mit der Qualifikation verbundenen „Lebenslagen“ als ein „reiner“ Bildungseinfluss. Das spricht nicht dagegen, dass ein steigendes Qualifikationsniveau sicher auch vor allem zu einem höheren Maß an Fähigkeit führt, sich selbstständig kritisch mit entsprechenden vermittelten Aussagen – insbesondere in den Medien – auseinanderzusetzen.

Bei der Bewertung des Zusammenhangs von Qualifikation und Rechtsextremismus in den neuen Ländern muss hervorgehoben werden, dass es einen hohen Anteil von Bürgern mit einem „Facharbeiterabschluss“ gibt, gleichzeitig aber insbesondere in Gebieten mit grundlegenden wirtschaftsstrukturellen Veränderungen (Deindustrialisierung, Auflösung agrarischer Wirtschaftsstrukturen) nicht nur eine Entwertung beruflicher Profile erfolgte, sondern zugleich die „Anlernertätigkeiten“ in neuen/anderen Berufen deutlich zunahm. Nicht berufliche Abschlüsse standen im Zentrum geförderter Aus-/Weiterbildung, sondern tätigkeitsorientierte Erfahrungs- und Wissensvermittlung.

Abbildung 25: Rechtsextreme Positionen nach beruflichem Abschluss – neue Bundesländer – 2006 – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006

Kennzeichnend für vorhandene Differenzierungen in der Bewertung rechtsextremer Auffassungen ist insofern eher der Schnitt zwischen ungelernt/Facharbeiter auf der einen Seite und Fachschul-/Hochschulabschluss auf der anderen Seite (bzw. analog 8. und 10. Klasse auf der einen, Abitur/Hochschulreife auf der anderen Seite).

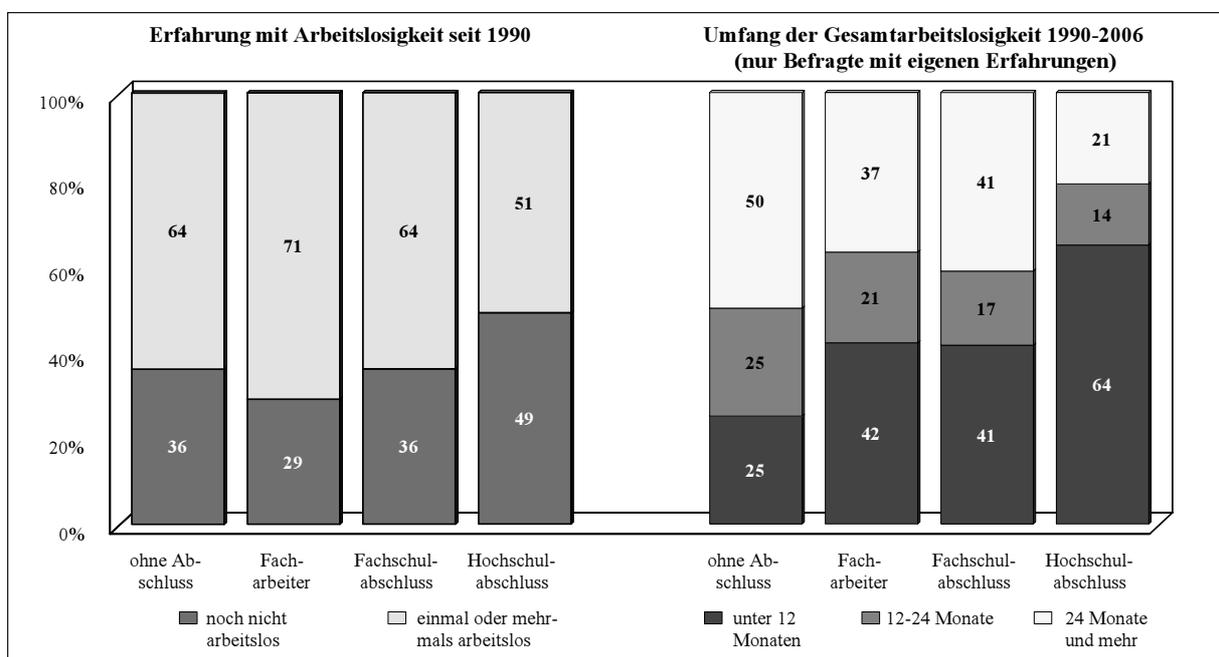
Dabei liegt ohne Zweifel eine Spezifik der Wirkung der wirtschaftsstrukturellen Wandlungen nach 1990 in der anteilig deutlich geringeren beruflichen/qualifikationsabhängigen Neuorientierung der Fach- und Hochschulabsolventen (mit hohen Anteilen der beruflichen Fortsetzung bisheriger Tätigkeiten (Pädagogen/Medizinisches Personal)). Im Jahr 2000 übten von den damals 25- bis 60-jährigen Bürgern der neuen Bundesländer nur noch 29 Prozent der Befragten eine gleiche bzw. 21 Prozent eine ähnliche Tätigkeit aus wie 1990, aber 50 Prozent eine völlig andere Tätigkeit.

Auch mit den wirtschaftsstrukturellen Veränderungen verbundene Dequalifizierung sowie berufliche und arbeitsmarktliche Ausgrenzungen konzentrierten sich bis in die Gegenwart überdurchschnittlich auf Bürger ohne bzw. mit Facharbeiterqualifikation. Von der enormen, einmaligen beruflichen Mobilität nach 1990 in den neuen Bundesländern waren Fach- und Hochschulabsolventen insgesamt weniger betroffen und damit

auch von deutlich geringeren Qualifikations- und Erfahrungsverlusten. Nur 25 Prozent der Befragten ohne beruflichen Abschluss (25 bis 60 Jahre) übten 2000 noch die gleiche bzw. eine ähnliche Tätigkeit aus wie 1990. Das betraf auch 50 Prozent der Facharbeiter, 58 Prozent der Fachschulabsolventen und 54 Prozent der Hochschulabsolventen. Insgesamt eine erzwungene berufliche Mobilität, deren Wirkungen weitgehend der Art und Weise der Gestaltung des Übergangsprozesses angelastet werden.

Die vorangegangenen Bemerkungen sollten nur auf die ganz spezifische Situation der „geringer“ Qualifizierten und ihre „Transformationserfahrungen“ verweisen, die auch Abbildung 26 verdeutlicht: geringere Gesamtarbeitslosigkeit bei höheren beruflichen Abschlüssen verbunden mit deutlich geringerer Gesamtarbeitslosigkeit (in Monaten) bei Arbeitslosigkeit. Während von den Hochschulabsolventen nur 49 Prozent überhaupt über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit seit 1990 verfügen und davon nur 21 Prozent insgesamt länger als 24 Monate arbeitslos waren, haben rd. zwei Drittel aller Befragten ohne beruflichen Abschluss Arbeitslosigkeit selbst erfahren, davon 50 Prozent mit einer Gesamtzeit von mehr als zwei Jahren.

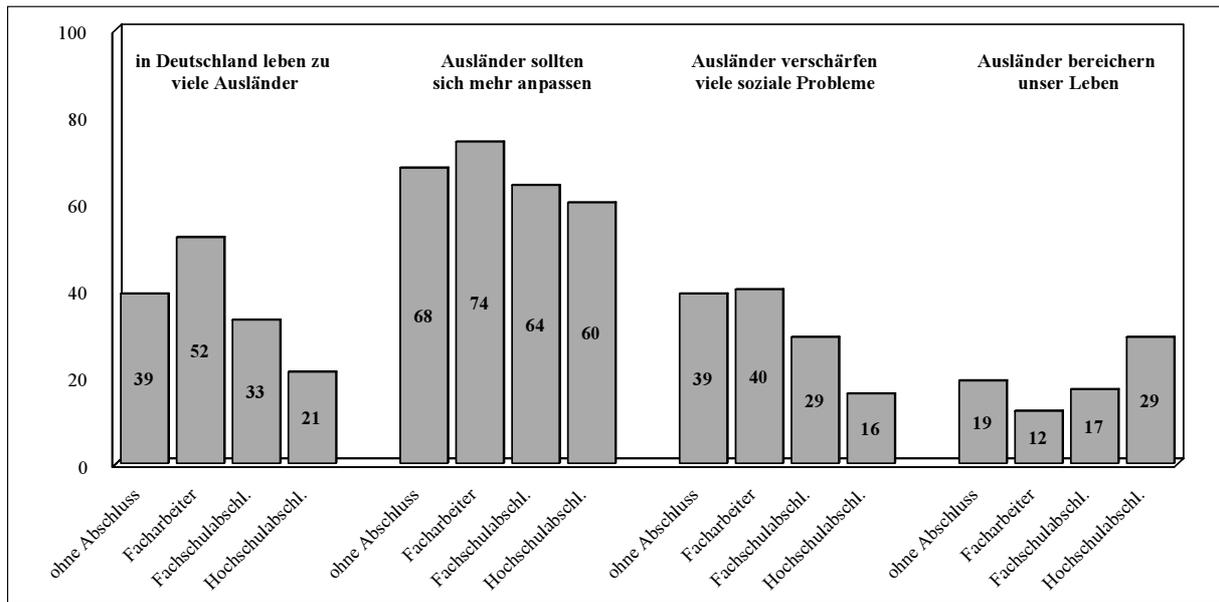
Abbildung 26: Gesamtarbeitslosigkeit nach Qualifikation – unter 65 Jahren – neue Bundesländer – 1990 bis 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Vor diesem Hintergrund mit seinen Wirkungen auf Einkommen, Wohlbefinden, Bewertung des Vereinigungsprozesses und der gesellschaftlichen Ursachen für individuelle Lebenslagen sind auch die Aussagen zu ausgewählten rechtsextremen Äußerungen sowie Ausländern – qualifikationsbezogen – einzuordnen (vgl. auch Abbildung 25, S. 70).

Abbildung 27: Positionen zu Ausländern nach beruflichem Abschluss – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)

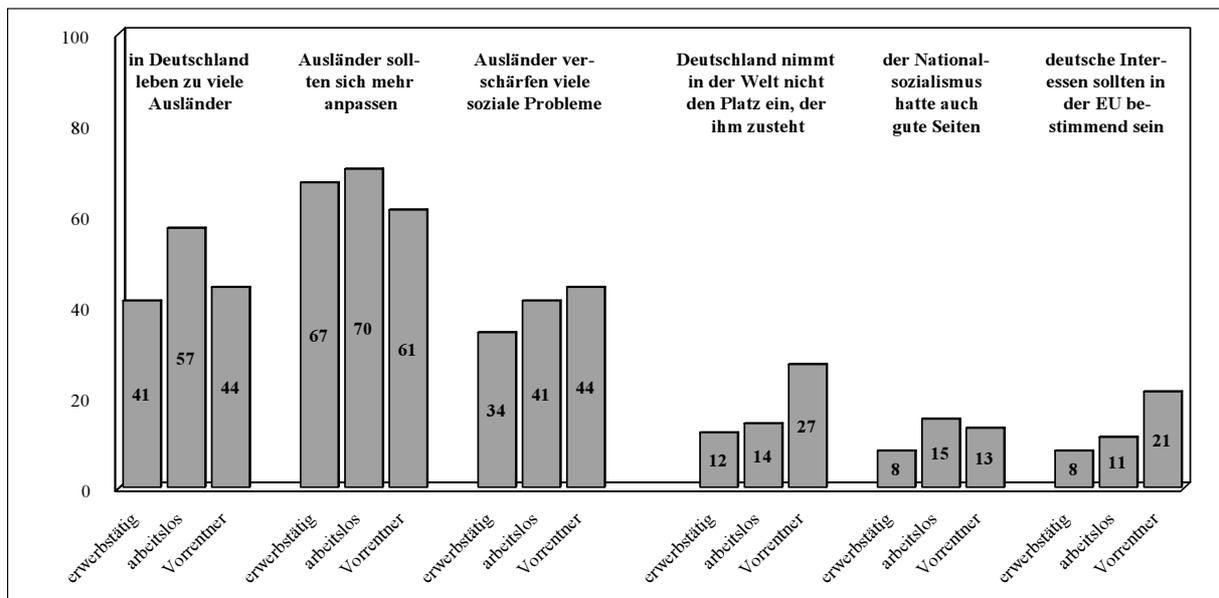


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

4.2.2 Erwerbsstrukturen

Es wurde im Vorfeld der Untersuchung davon ausgegangen, dass sich Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit oder eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft auf die Positionen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen.

Abbildung 28: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Erwerbsstatus (18 bis 64 Jahre) – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)

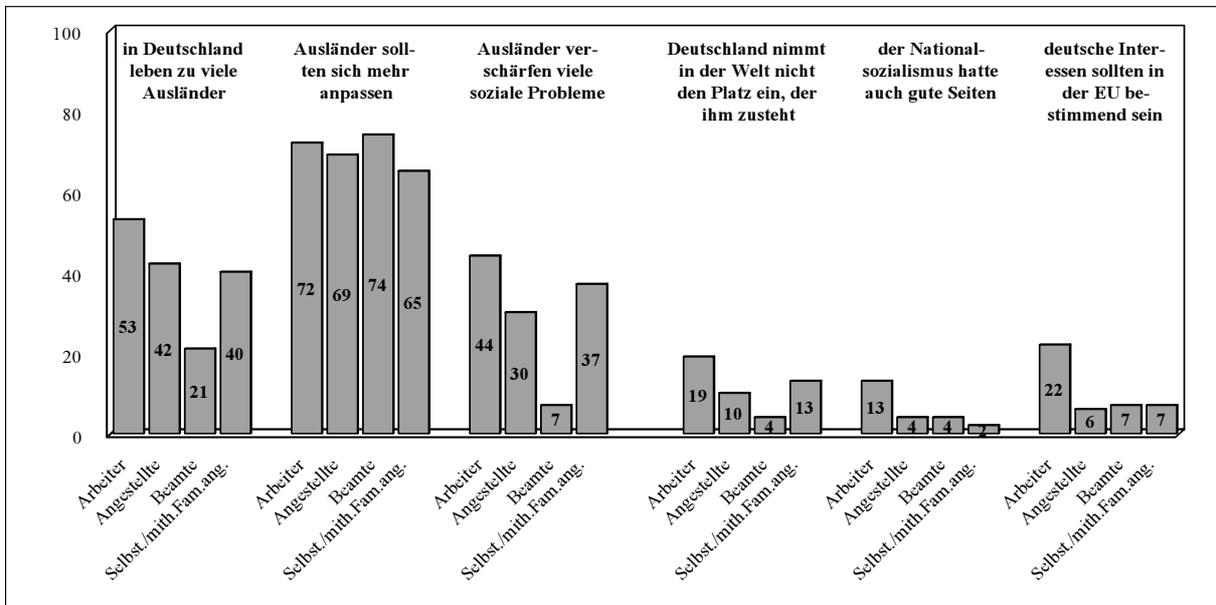


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die getroffenen Aussagen reflektieren einerseits bereits dargestellte Positionen, ermöglichen aber vertiefende Aussagen:

- Arbeitslosigkeit beeinflusst im besonderen Maße Haltungen zu Ausländern im negativen Sinne. Die Annahme eines besonderen Einflusses von erfahrener Langzeitarbeitslosigkeit bzw. hoher Gesamtarbeitslosigkeitsdauer ist nicht nachweisbar.
- Bei rechtsextremen Positionen ist der Zusammenhang zur Arbeitslosigkeit nicht unmittelbar ausgeprägt, auch nicht zur Dauer der Arbeitslosigkeit.
- Die Gruppe der freiwilligen oder gezwungenen „Vorrentner“ neigt stärker rechtsextremen Auffassungen zu. Der Status des „Ausgegrenztseins“ hat hier für den Einzelnen offenbar eine andere Dimension, da sie (im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit) endgültig ist. Auch Systemkritik liegt deutlicher vor. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich in dieser Gruppe vor allem 50- bis 64-Jährige befinden, die mehrheitlich nicht aus eigenem Wunsch heraus in den Status der Vorrentnerschaft gegangen sind.

Abbildung 29: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach sozialem Status – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Dabei ist der soziale Status des Einzelnen zu den genannten Positionen im Wesentlichen an der Kette Arbeiter-Angestellte-Beamte festzumachen. Selbstständige/mithelfende Familienangehörige ordnen sich in Bezug auf Ausländer eher den Arbeitern und Angestellten als den Beamten zu. Bei rechtsextremen Positionen im engeren Sinne heben sich die Auffassungen der Arbeiter deutlich und nachweisbar von den Auffassungen der anderen Statusgruppen negativ, d.h. zustimmend ab.

Partnerbeziehungen sind bei rechtsextremen Sympathisanten nicht nur durch einen hohen Anteil mit eigener Erfahrung an Arbeitslosigkeit geprägt, sondern zugleich durch einen relativ hohen Anteil an „partnerschaftlicher Arbeitslosigkeit“. Von den sich als „rechts“ Bekennenden sind in 46 Prozent der Partnerhaushalte (unter 65 Jahren) mindestens ein Teil bzw. beide (10 Prozent) arbeitslos. Nur in 43 Prozent der genannten Haushalte sind beide erwerbstätig. In rechte Parteien ablehnenden bzw. „neutrale“ Positionen beziehenden Haushalten sind zu 64 Prozent/62 Prozent beide erwerbstätig.

Tabelle 16: Paarhaushalte (unter 65 Jahren) nach Erwerbsstatus und Haltung zu rechten Parteien – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –

	Rechtssympathisanten	Positionslose	Ablehnende
beide erwerbstätig	43	64	62
1 erwerbstätig/1 arbeitslos	36	23	22
beide arbeitslos	10	7	7
1 erwerbstätig/1 nicht erwerbstätig	10	3	6
1 arbeitslos/1 nicht erwerbstätig	–	3	3

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Es ist offensichtlich, dass insbesondere in Haushalten mit zum Teil doppelter Aussperrung vom Arbeitsmarkt sich Rechtspotenziale konzentrieren.

Die in anderen Untersuchungen getroffenen Aussagen⁵², dass Arbeitslose („so genannte Modernisierungsverlierer“) relativ hohe rechtsextreme Zustimmungswerte aufweisen, bestätigen sich auch in der durchgeführten Untersuchung. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Auswirkungen der Arbeitsmarkt- und Sozialreform auch Schichten mit höherer Bildung und Mittelschichten erreichen werden (der Osten ist dabei Vorreiter) und damit den Kreis künftiger Potenziale erweitern.

Deckungsgleich mit anderen Untersuchungen ist, dass Fremdenfeindlichkeit (ebenso wie auch rechtsextreme Einstellungen) bei älteren Bürgern verbreiteter sind als bei Jüngeren und deutlich weniger bei den im Erwerbsleben bzw. in der Ausbildung Stehenden.

4.2.3 Wirtschaftliche Lage

Es ist kein neues Phänomen, dass die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern insgesamt ebenso wie die der Bürger, des Einzelnen und seiner Familie sich von der in den alten Bundesländern nach wie vor beträchtlich unterscheidet. Das betrifft die Produktivität ebenso wie Effizienz der Wirtschaftsstrukturen oder das tarifliche bzw. reale Einkommen der Erwerbstätigen bzw. die Alterseinkommen.

Es ist nicht Anliegen dieses Abschnittes, Ursachen und Ausmaß wirtschaftlicher Ungleichheiten zwischen Ost und West und die Ursachen für die nach wie vor nicht abnehmenden Differenzierungen vorzunehmen. In diesem Unterabschnitt soll nur auf den Zusammenhang zwischen Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage und den Erwartungen an die individuelle wirtschaftliche Situation eingegangen werden. Speziell wird – nicht zuletzt aus aktuellem Anlass der Diskussion um Unterschichtenmilieus – die subjektive Schichtzuordnung im Kontext ausländerbezogener sowie rechtsextremer Positionen dargestellt werden.

Zunächst sei darauf verwiesen – um entsprechende Bevölkerungsanteile bewerten zu können –, dass in der Untersuchung „Leben 2006“ 25 Prozent der Bürger ab 18. Lebensjahr ihre wirtschaftliche Situation als „gut“ bewerten, 46 Prozent mit „teils gut/teils schlecht“ und 28 Prozent mit „schlecht“ (1 Prozent „ohne Antwort“).

Bezogen auf die künftige Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Situation in fünf Jahren gehen 10 Prozent davon aus, dass es ihnen vermutlich besser gehen wird, 16 Prozent nehmen keine Veränderungen an, 52 Prozent sehen für sich vermutlich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage (12 Prozent „ich weiß nicht“/ 9 Prozent „ohne Antwort“).

Bei der Betrachtung des Zusammenhangs der gegenwärtigen und erwarteten künftigen wirtschaftlichen Situation ist auch hier hervorzuheben:

- Die wirtschaftliche Situation – sowohl die Bewertung der gegenwärtigen als auch der künftigen Situation – beeinflusst eine unterschiedliche Bewertung der Ausländerpositionen in bedeutend höherem Maße als zu rechtsextremen Positionen. Damit ist nicht nur der generell niedrige Anteil

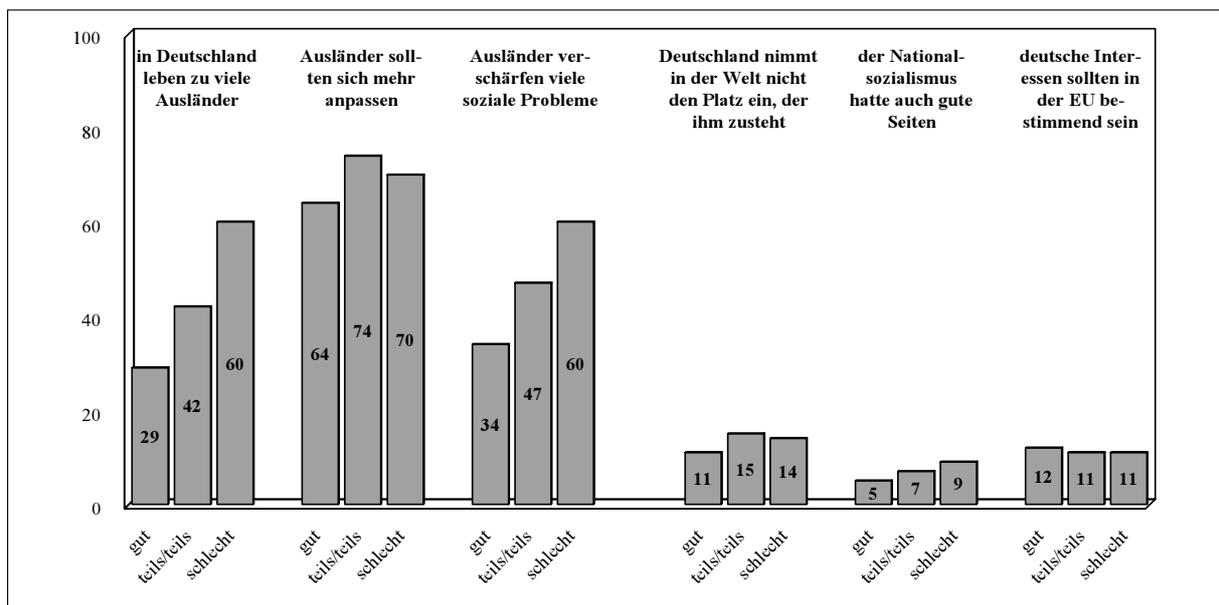
52 Oliver Decker/Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte, Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 160.

von Bürgern gemeint, die sich rechtsextremen Positionen anschließen, sondern auch die kaum feststellbare Abhängigkeit von einer unterschiedlichen Bewertung der aktuellen bzw. künftigen Situation. (Bei rechtsextremen Positionen ist allerdings zu berücksichtigen, dass rd. 20 Prozent zu den auf Deutschland bezogenen Aussagen nach dem Item „in überwiegendem Maße“ ihre Zustimmung erteilen, wie 10 Prozent auch „überwiegend“ zustimmen, das der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte.) Das ändert aber nichts daran, dass die gegenwärtige und künftige Lage keine nachweisbaren Zusammenhänge ausweisen.

Abbildung 30: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Befragte, die der genannten Position voll zustimmen)

Frage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen, sie ist ...

- sehr gut/gut (gut)
- teils gut/teils schlecht (teils/teils)
- schlecht/sehr schlecht (schlecht)

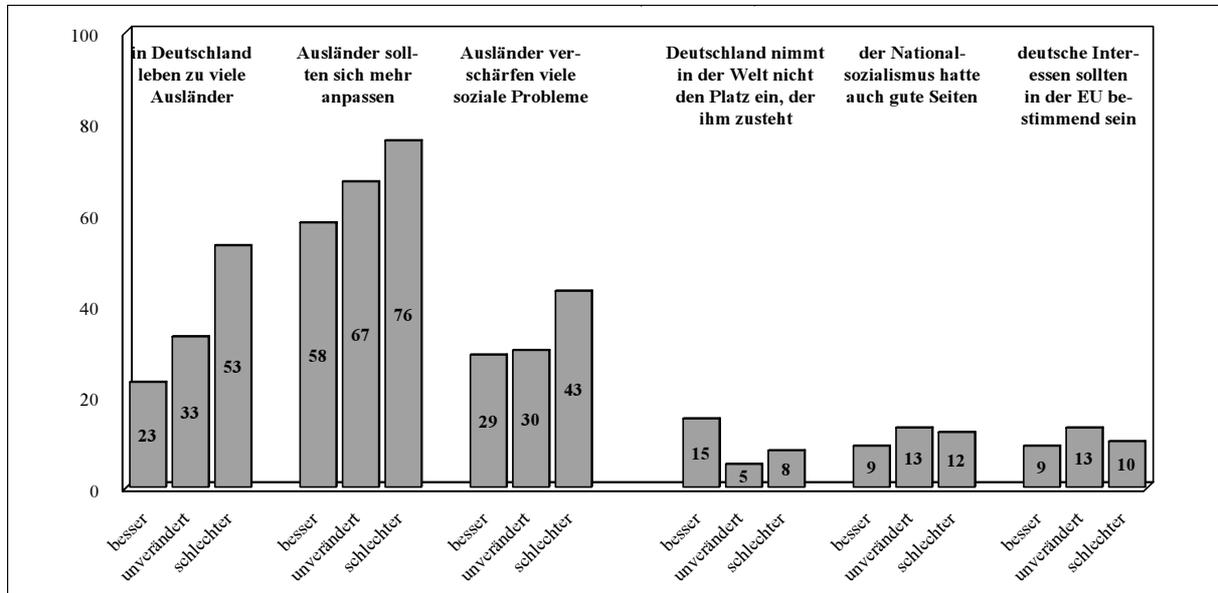


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Abbildung 31: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Bewertung der erwarteten künftigen wirtschaftlichen Lage – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)

Frage: Wie wird vermutlich Ihre wirtschaftliche Lage in fünf Jahren im Vergleich zu heute sein?

- vermutlich besser (besser)
- vermutlich wie heute (unverändert)
- vermutlich schlechter (schlechter)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

■ Die Bewertung der künftigen wirtschaftlichen Lage der Bürger führt – im Gegensatz zu vorangegangenen dargestellten Zusammenhängen – stärker zu einer Differenzierung in Bezug auf Anpassungsforderungen, während sie die anderen Positionen eher glättet. Das stützt u.a. die Auffassung, dass die Angst vor der Zukunft stärker auf die Zuneigung zu rechtsextremen Ideen führt als die bereits erlebte soziale Verunsicherung.⁵³

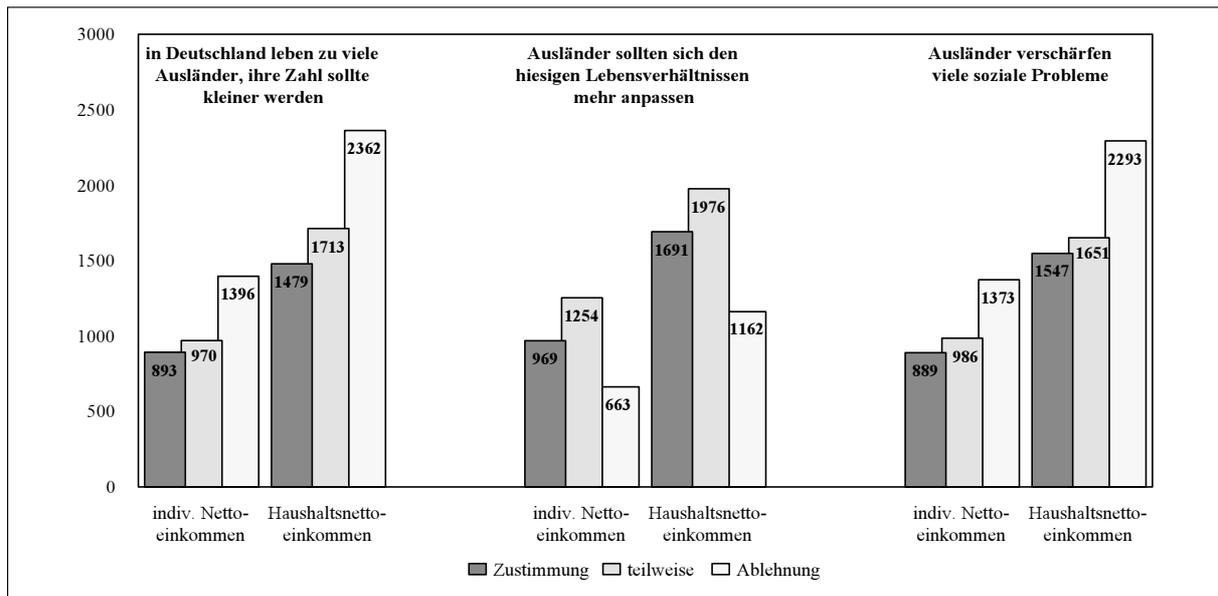
Bezogen auf künftige Entwicklungen ist auch hervorzuheben, dass insbesondere Bürger, die im Falle zu erwartender bzw. möglicher Arbeitslosigkeit ihre Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit „schlecht“ bewerten, analog anderer Aussagen sich vor allem in Bezug auf „zu viele Ausländer“ und „Ausnutzung sozialer Leistungen“ negativ von den anderen abheben.

Deutlich wird der Zusammenhang zwischen ausländerbezogenen und rechtsextremen Positionen auch anhand der durchschnittlichen individuellen und Haushaltseinkommen (vgl. Abbildungen 32 und 33).

Die mit der wirtschaftlichen Lage weitgehend verbundenen höheren individuellen und vor allem Haushaltsnettoeinkommen verdeutlichen, dass den Bewertungen zu ausländerbezogenen Positionen mit „voller“ bzw. „teilweiser“ Zustimmung eher vergleichbare Einkommensverhältnisse zugrunde liegen. Deutlich heben sich ablehnende Bewertungen durch hohe Einkommensgruppen ab. Das gilt analog für die Bewertung rechtsextremer Positionen im engeren Sinne.

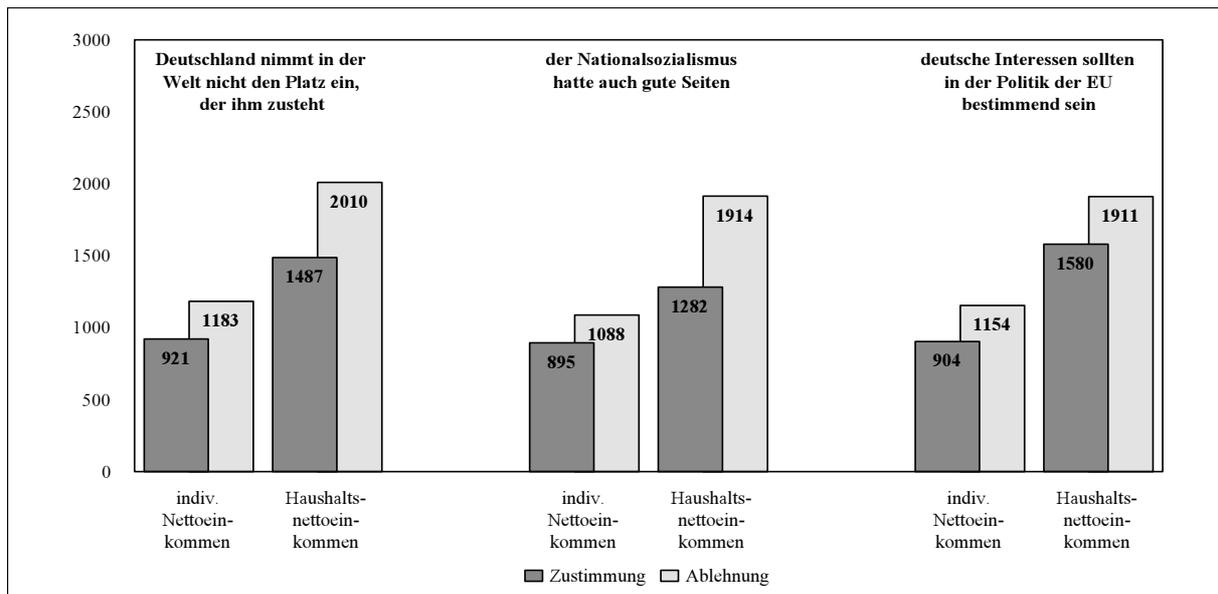
53 Hubertus Heil: Vortrag, veröffentlicht in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006.

Abbildung 32: Durchschnittseinkommen entsprechend den Positionen zu Ausländern – neue Bundesländer – 2006 – in Euro –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Abbildung 33: Durchschnittseinkommen entsprechend den Positionen zu rechtsextremen Auffassungen – neue Bundesländer – 2006 – in Euro –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Zukunftschancen sind immer – neben der Arbeitsmarktsituation – an die Bewertung der wirtschaftlichen Situation und ihre erfolgten und erwarteten Veränderungen gebunden.

Im Vergleich der Gruppen

- Rechtssympathisanten,
- Positionslosen-Potenzial
- Rechtsablehnende

ist festzustellen:

- Die individuelle wirtschaftliche Lage wird von den Sympathisanten am schlechtesten (17 Prozent „gut“/35 Prozent „schlecht“), von den Positionslosen etwas besser (18 Prozent „gut“/33 Prozent „schlecht“) und den die Rechten Ablehnenden deutlich am besten bewertet (29 Prozent „gut“/26 Prozent „schlecht“). Zumindest wird auch aus dieser Sicht bestätigt, dass die eigene wirtschaftliche Lage – wenn auch nicht der ideologische Hintergrund, so doch die Bereitschaft -, sich sozialen Positionen von Rechten zu öffnen, unterstützt

Die Verbindung: Wohlstand – Bildung – politische Positionierung ist unverkennbar. Das belegen auch die durchschnittlichen individuellen und Familieneinkommen, die sich insbesondere bei unter 60-Jährigen deutlich abheben.

Tabelle 17: Positionen des durchschnittlichen individuellen und Haushaltsnettoeinkommens nach Haltung zu rechtsextremen Parteien – neue Bundesländer – 2006 – in Euro –

	durchschnittliches individuelles Nettoeinkommen	Prozent Rechtssympathi- santen = 100	Haushalts- netto- einkommen	Prozent Rechtssympathi- santen = 100
Rechtssympathisanten	910	100	1.483	100
Positionslose	854	94	1.404	95
Rechtsablehnende	1.093	120	1.868	126
<i>dar. unter 60 Jahren</i>				
Rechtssympathisanten	843	100	1.347	100
Positionslose	880	104	1.442	107
Rechtsablehnende	1.121	134	1.975	145

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

- Im Einzelnen ergeben auch die Eigentumsstrukturen an Wohneigentum, dass Rechtssympathisanten zu 22 Prozent in Wohneigentum leben, Positionslose zu 27 Prozent und Ablehnende zu 29 Prozent. Auch hier eine deutliche Lebenslagedifferenzierung, die – das muss erneut betont werden – nicht den generalisierenden Schluss zulässt, dass Wohnungs-/Hauseigentümer weniger rechts sind, sondern nur, dass der Nährboden für rechts-soziale Argumente bei Nichteigentümern höher ist.
- Aus der Sicht der wirtschaftlichen Veränderungen ergibt sich ein analoges Bild: Von den Rechtssympathisanten ging es „vor 5 Jahren“ (2001) 38 Prozent besser, 35 Prozent „wie heute“, 21 Prozent „schlechter“ (Insgesamt: 57 Prozent „besser“, 28 Prozent „wie heute“, 12 % „schlechter“), was letztlich der individuell relativ „stabilen“ wirtschaftlichen Lage (hoher Anteil von Befragten mit ein- bzw. mehrmaliger Arbeitslosigkeit) geschuldet sein dürfte.

Verbesserungen in wirtschaftlicher Sicht erwarten 10 Prozent – charakteristisch für Sympathisanten ist die Aussage „vermutlich schlechter“ (57 Prozent), „wie heute“ (27 Prozent), „ich weiß nicht“ (6 Prozent).

Wenn in den anderen Gruppen davon ausgegangen wird, dass sich ihre Lage eher verschlechtert, so sind ohne Zweifel die unterschiedlichen Ausgangspositionen dafür bestimmend bzw. zumindest von hohem Einfluss (insgesamt: 10 Prozent „vermutlich besser“, 16 Prozent „wie heute“, 52 Prozent „schlechter“, 12 Prozent „ich weiß nicht“, 9 Prozent „ohne Antwort“).

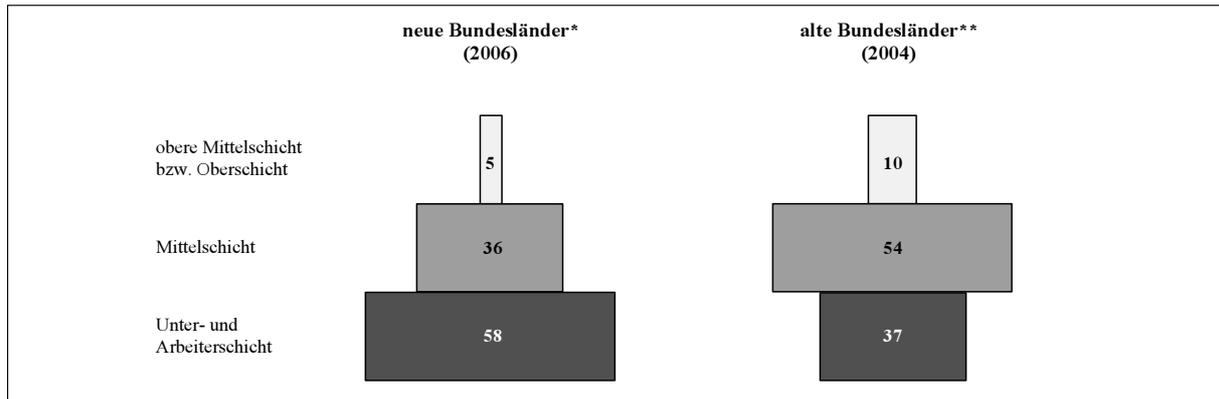
Insgesamt erweist sich, dass die sich als „Potenzial“ für rechte Auffassungen kennzeichnenden „Positionslosen“ in ihrer wirtschaftlichen Situation deutlich näher zu den Sympathisanten rechtsextremer Parteien liegen als der größte Teil der rechte Parteien „Ablehnenden“. Das betrifft de facto die wirtschaftliche Lage bezogen auf Einkommen und Vermögen (Wohneigentümer) im gleichen Maße wie individuell erfolgte bzw. erwartete positive Veränderungen der wirtschaftlichen Situation.

Nicht zuletzt auch im Umfeld der Diskussion um Armut und „Unterschichten“ sowie deren Ursachenanalysen (fehlende Bildung, fehlende Arbeit, fehlende Mobilitätsbereitschaft, niedriges Einkommen usw.) gewinnt der Zusammenhang zu Ausländern in Deutschland und Rechtsextremismus ein zusätzliches Gewicht.

In den nachfolgenden Ausführungen wird auf die auch 2006 im Rahmen der Untersuchung „Leben“ seit 1992 regelmäßig vorgenommene subjektive Schichteinstufung zurückgegriffen, die keinen „objektivierten“ Kriterien, sondern der Selbstbewertung unterliegt. Es soll auch hier nicht auf Wert und Stellenwert der unterschiedlichsten Klassen- und Schichtmodelle eingegangen werden.

Vermerkt werden muss allerdings, dass sich – im Vergleich zu den alten Bundesländern – die subjektive Selbstbewertung in den neuen Bundesländern deutlich von der der alten Bundesländer abhebt.

Abbildung 34: Subjektive Schichtzuordnung – in Prozent – (nur Befragte mit individuell vorgenommener Schichtzuordnung)



* Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

** Datenreport 2006, S. 595

Der Anteil derjenigen, die sich der „Unterschicht“ zuordnen, lag in den alten Bundesländern (2004) bei 2 Prozent⁵⁴, in den neuen Bundesländern (2006) bei 11 Prozent⁵⁵. (Die von der FES ermittelten Daten für Ostdeutschland gehen bei „objektivierten“ Daten sogar von rd. 20 Prozent der der Unterschicht Zuzurechnenden in den neuen Bundesländern aus.)

Anhand der aus der Untersuchung 2006 enthaltenen Aussagen lassen sich folgende Feststellungen treffen:

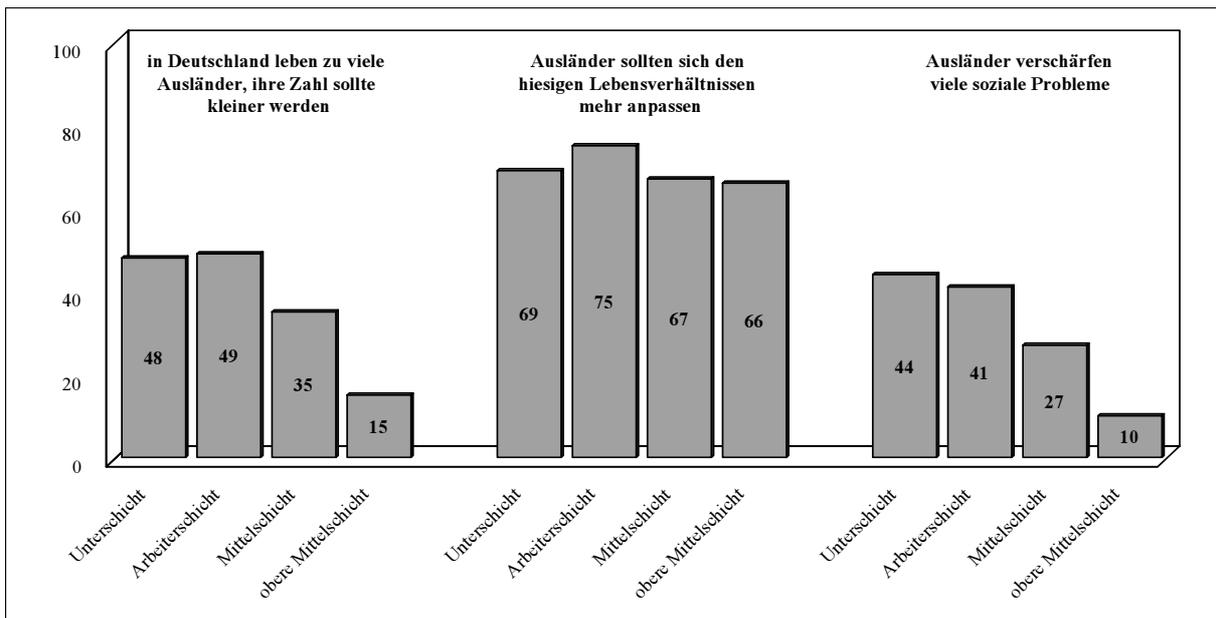
Erstens: In den neuen Bundesländern liegen unterschiedliche Positionen weniger zwischen Unter- und Arbeiterschicht, sondern sind zwischen Unter- und Arbeiterschicht einerseits sowie den Mittelschichten andererseits angesiedelt. Die sogenannte obere Mittelschicht bildet eine dritte „Gruppe“.

Die „Selbstzuordnung“ erweist sich in bestimmter Hinsicht als ein zusammenfassender Indikator, der Erwerbsstatus, Bildung sowie damit verbundene Einkommen (weniger Vermögen) erfasst.

54 Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 595.

55 Ergebnisse der Untersuchung des SFZ „Leben in den neuen Bundesländern“ 2006.

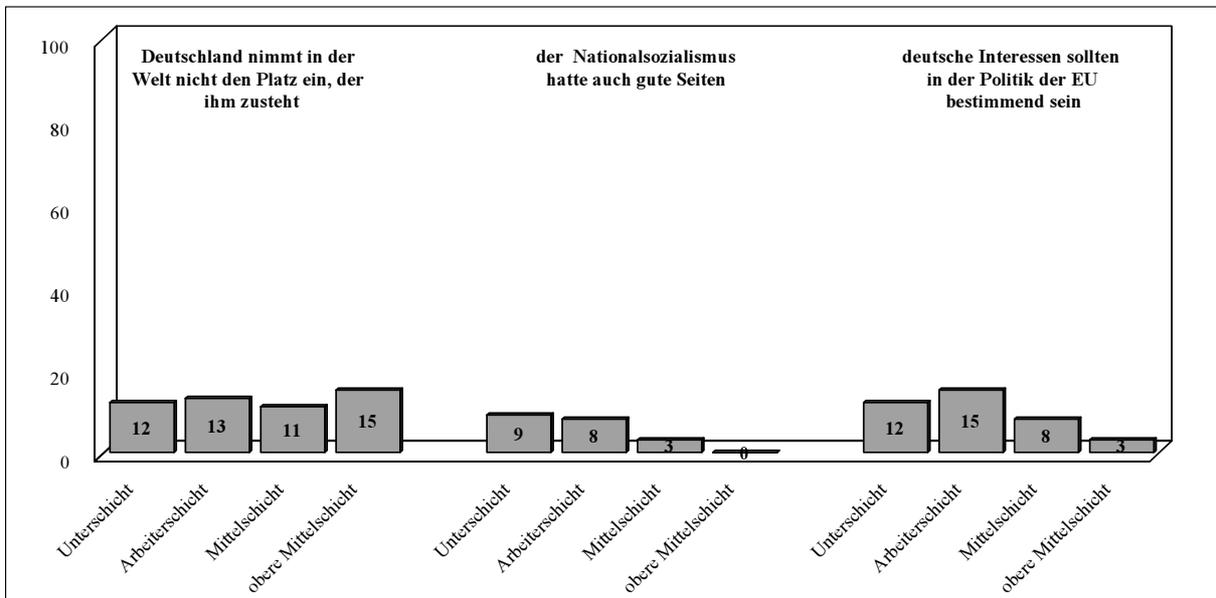
Abbildung 35: Positionen zu Ausländern nach subjektiver Schichtzuordnung – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Zweitens: Bezogen auf rechtsextreme Positionen im engeren Sinne ist hervorzuheben, dass sich die „obere Mittelschicht“ einerseits konsequent vom Nationalsozialismus distanziert (85 Prozent Ablehnung), aber andererseits mit 15 Prozent überdurchschnittlich dafür votiert, dass Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht (deutsche Interessen in Europa zu vertreten, ist dem eindeutig „nachgeordnet“).

Abbildung 36: Rechtsextreme Positionen nach subjektiver Schichtzuordnung – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Drittens: Die direkte Ablehnung „nationalsozialistischer“ Positionen („hatte auch seine guten Seiten“) liegt bei den Unterschichten (61 Prozent) bzw. der Arbeiterschicht deutlich niedriger als bei den sich der Mittelschicht (78 Prozent) bzw. der oberen Mittelschicht Zuordnenden (85 Prozent). Die Aussagen drücken – wie

bereits vermerkt – genau genommen eine bestimmte „Selbstbefindlichkeit“ in der sozialen „Hierarchie“ aus. Die damit verbundenen differenzierenden Bewertungen sind weitaus geringer als bei einzelnen Indikatoren (Bildung/Einkommen).

Für die Bewertung der „Unterschicht“problematik ist sicher auch das soziale Profil keineswegs außer Acht zu lassen.

Tabelle 18: Profile der subjektiven Schichtzuordnung – neue Bundesländer – 2006 –

	insgesamt	Unter-schicht	Arbeiter-schicht	Mittel-schicht	obere Mittel-schicht**
n = (in %)	100	11	47	36	5
Männer	Anteile in %	38	56	43	50
Frauen	Anteile in %	62	44	57	50
ohne berufl. Abschluss	Anteile in %	22	13	22	27
Fach-/Hochschulabschluss	Anteile in %	9	8	30	45
Arbeitslose (bis 60 Jahre)	Anteile in %	56	14	9	8
Wohneigentümer in %	Anteile in %	18	24	33	51
ohne Vermögen	Anteile in %	74	43	34	19
Geldvermögen über 20.000 Euro*	Anteile in %	0	27	33	26

* nur Befragte mit Angaben zum Vermögen

** Bei der Selbstzuordnung zur oberen Mittelschicht/Oberschicht haben sich in nicht wenigen Fällen u.a. Studenten zugeordnet, die über noch kein vergleichbares Einkommen und Vermögen verfügen. Ihr Anteil liegt bei rd. 30 Prozent.

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

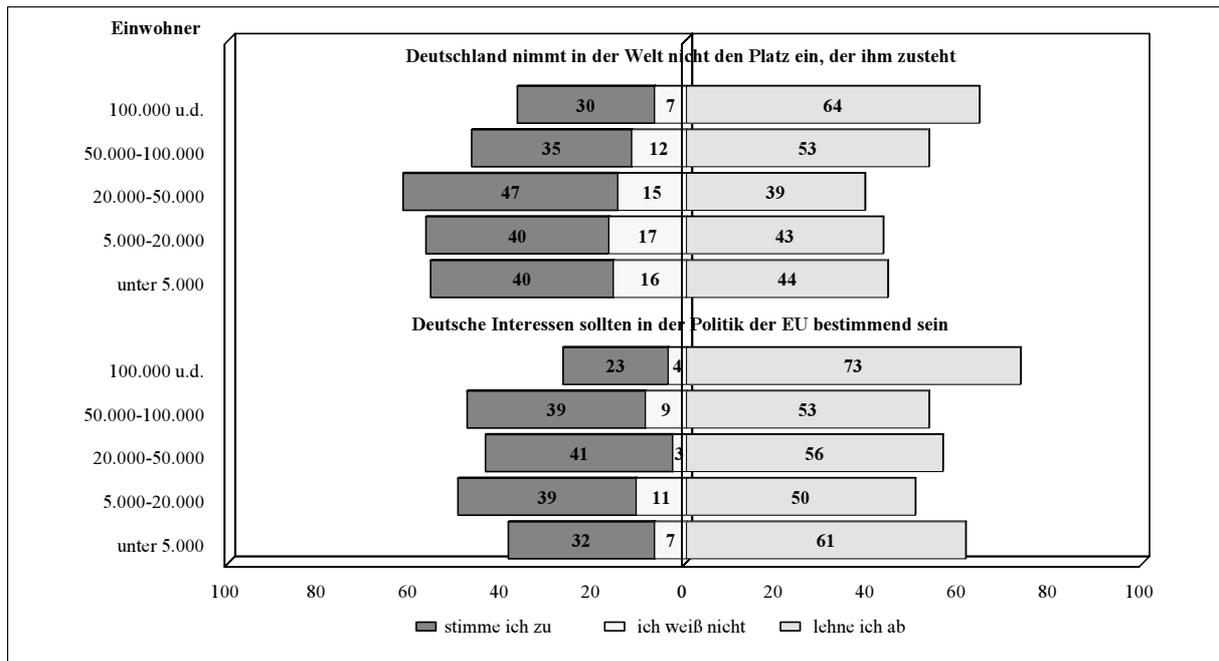
4.2.4 Regionale Differenzierungen

Regionale Differenzierungen – bezogen auf Gemeindegrößen und Bundesländer – lassen die bereits getroffenen Aussagen aus spezifischer Sicht hervortreten:

- Es gibt eine unterschiedliche Bewertung rechtsextremer Positionen, die eher den gegenwärtigen „Stellenwert“ Deutschlands betreffen (Deutschland nimmt nicht den Platz ein, der ihm zusteht/Deutsche Interessen sollten in der Politik der EU bestimmend sein) und nicht zuletzt auch Reflexion ständig verbreiteter Positionen sind wie: „Deutschland liegt hinten“, „Deutschland hat die schlechtesten Werte“, „Deutschland im letzten Drittel“ usw. usf. Das heißt, dass Deutschland nicht den Platz habe, der im zustehe, wird fast durchgängig als Argument auch für den Sozialabbau genutzt („zu hohe Lohnnebenkosten“, „zu hohe Sozialleistungen“, „aufwendiges Gesundheitssystem“ usw.).
- Rechtsextreme Positionen, die eher allgemeinere und grundsätzlichere Positionen zum Ausdruck bringen und an der historischen Entwicklung anknüpfen, werden einerseits wesentlich weniger auf- und angenommen („der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“), während allgemein an rassistisch/nationalistischem Gedankengut anknüpfende Positionen („es wird immer Nationen geben, die anderen überlegen sind“) durchaus eine relativ breite Resonanz finden.

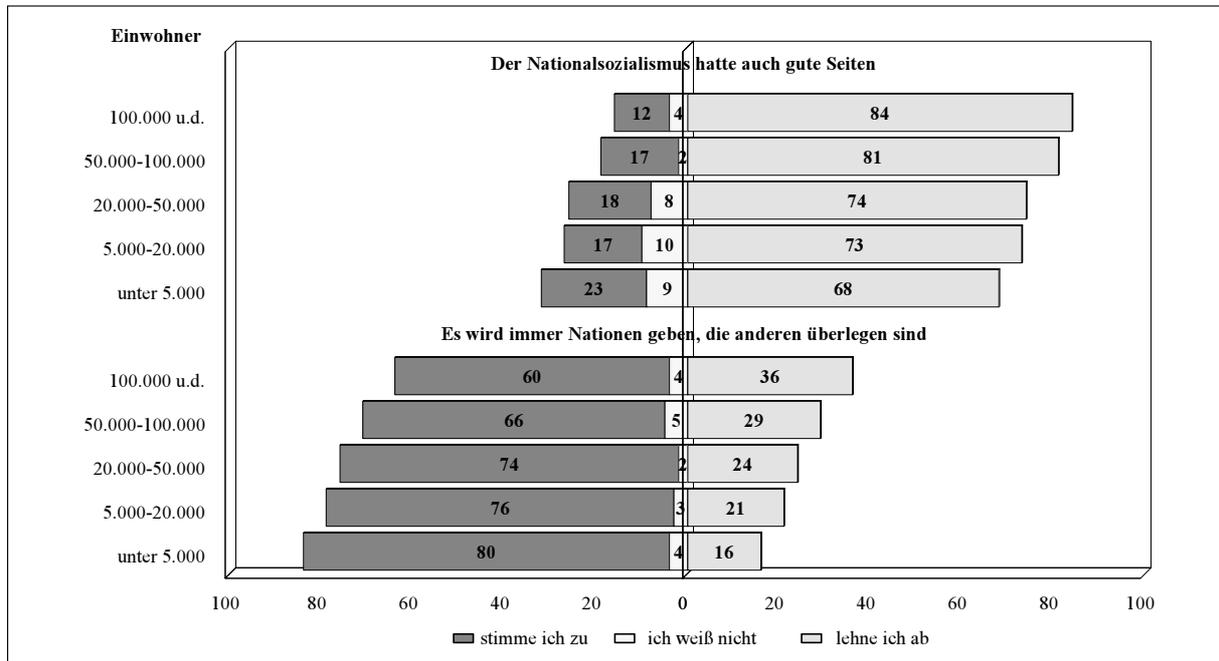
Bemerkenswert ist – bezogen auf regionale Differenzierungen – vor allem, dass die einzelnen Bundesländer – mit einer sich deutlich abhebenden Position von Berlin (Ost), weitgehend übereinstimmende bzw. weitgehend angenäherte Positionen ausweisen. Im Vergleich dazu verweist die Analyse nach Gemeindegrößengruppen auf eine mit der Größenordnung abnehmende Akzeptanz rechtsextremer Positionen.

Abbildung 37: Positionen zu rechtsextremen Auffassungen nach Orts-/Gemeindegröße – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



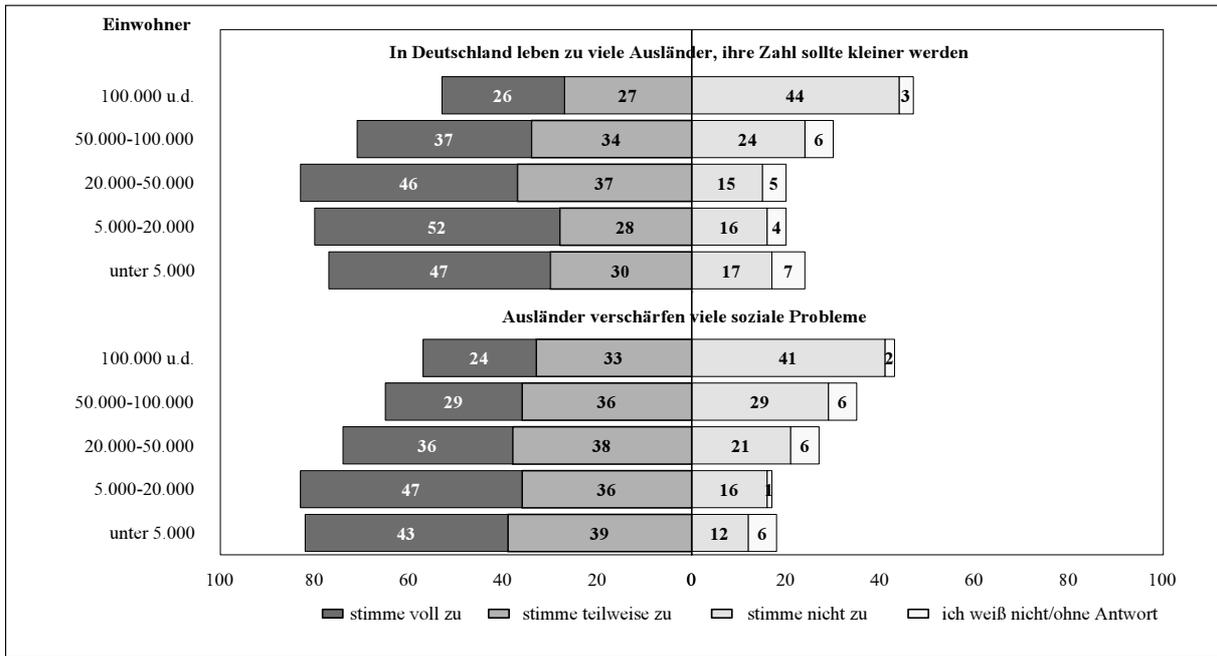
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Abbildung 38: Positionen zu rechtsextremen Auffassungen nach Orts-/Gemeindegröße – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



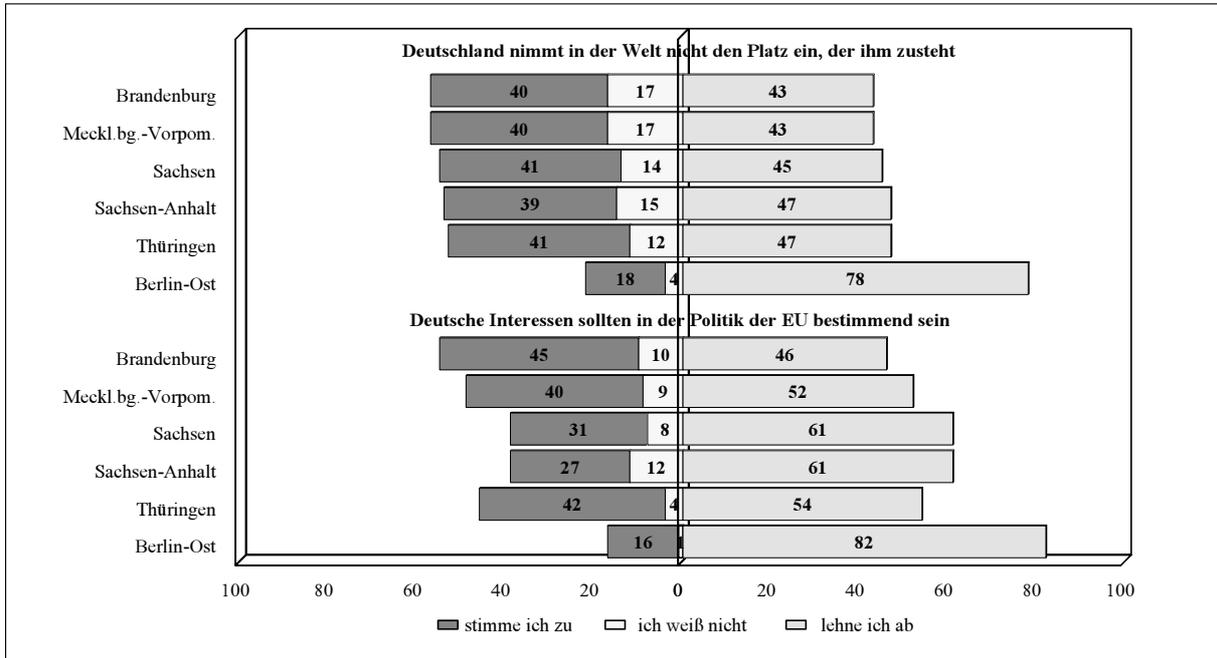
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Abbildung 39: Positionen zu ausländerbezogenen Auffassungen nach Orts/Gemeindegröße – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



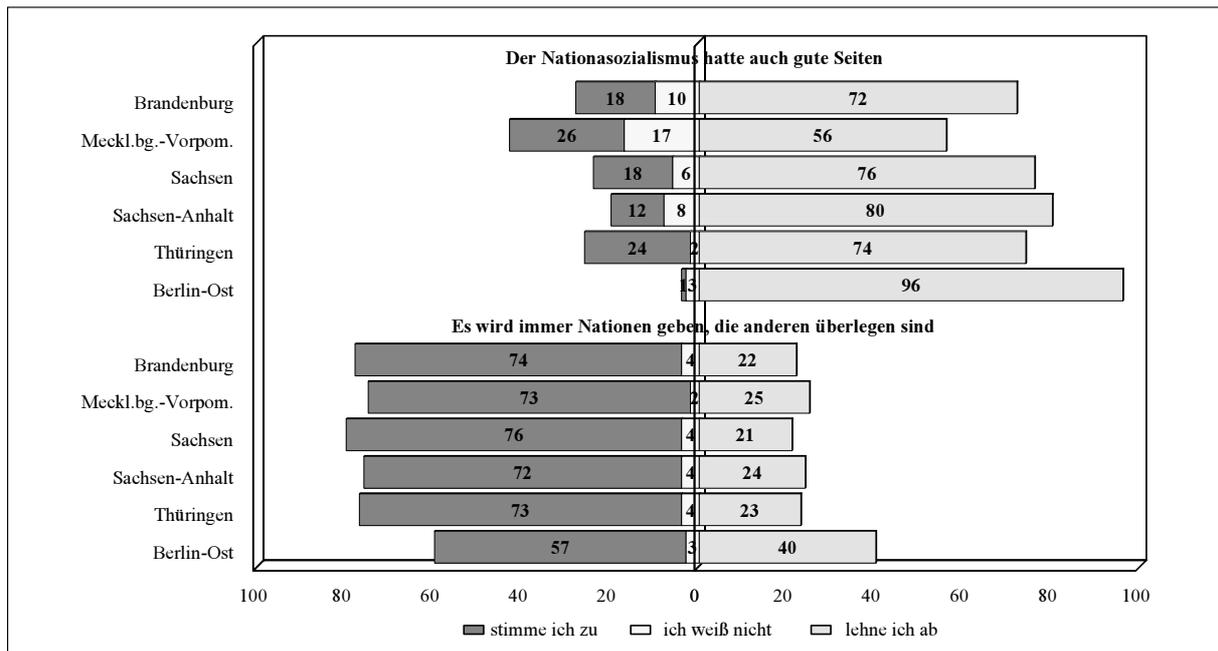
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Abbildung 40: Positionen zu rechtsextremen Auffassungen nach Bundesländern – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

**Abbildung 41: Positionen zu rechtsextremen Auffassungen nach Bundesländern
– neue Bundesländer – 2006 – in Prozent –**



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

4.2.5 Rechtsextreme Positionen nach Parteipräferenzen

Verbunden mit der von den Bürgern der neuen Bundesländer erwirkten Vereinigung Deutschlands und dem Aufbau eines demokratischen politischen Systems vollzog sich die Neustrukturierung der Parteienlandschaft.

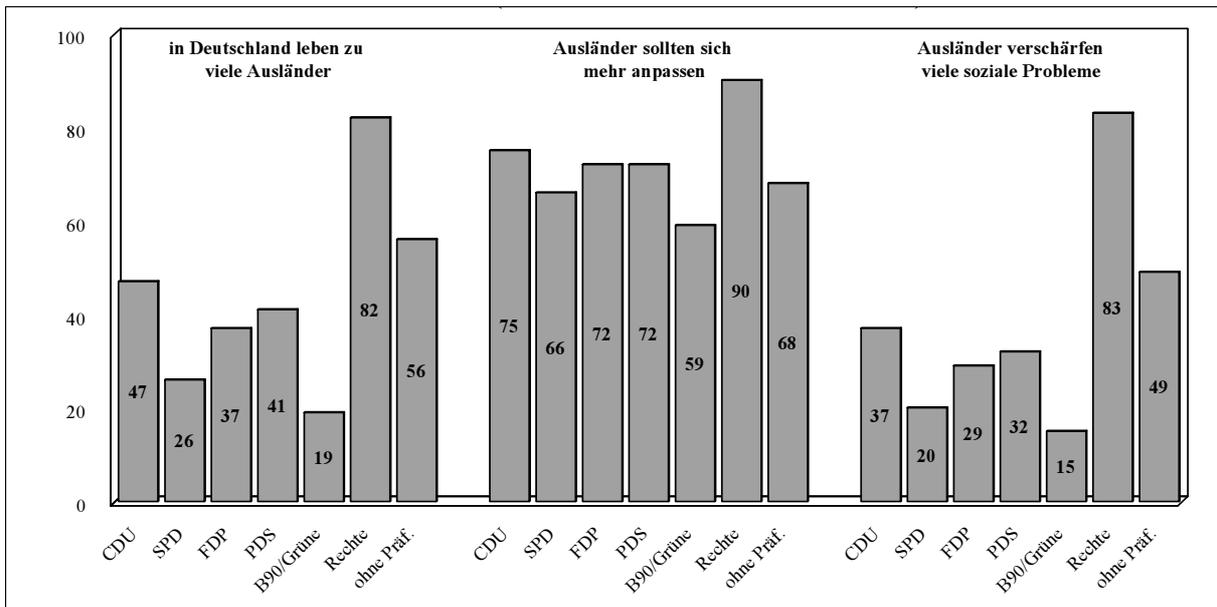
Dieser Prozess war insgesamt mit der Mobilisierung neuer politischer Potenziale verbunden. Es war eine Neustrukturierung des politischen Willens der Bevölkerung mit dem Ergebnis, dass einerseits ein großer Teil von Mitgliedern der politischen Parteien und Organisationen ausschied und andererseits ein relativ großer Teil der Bevölkerung keine eindeutige Parteienbindung und Parteienpräferenz mehr aufwies. Es bildeten sich bei einem nicht unbedeutenden Teil von Bürgern Positionen heraus – die oft als „entpolitisiert“ gekennzeichnet werden –, mehrheitlich jedoch vorrangig Zweifel an den Zielen der jeweiligen Partei sowie der Realität von möglichen Veränderungen reflektieren.

Seit 1990 lassen sich hinsichtlich der Parteipräferenzen in den neuen Ländern drei große Gruppen erkennen:

- Befragte, die jeweils nur für eine Partei Sympathien haben (Ein-Parteisympathisanten). Sie bilden zugleich in hohem Maße die „Stammwähler“ (2006 = 39 Prozent).
- Befragte, die sich nicht für eine einzelne Partei entscheiden können/wollen und ihre Sympathien auch mehreren zuordnen (Sympathisanten). Dabei gibt es trotzdem Grundorientierungen im Sinne einer Bündelung der Sympathien auf Parteiengruppen. Als solche heben sich hervor CDU und FDP einerseits sowie SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS andererseits. Die Mehrfachsympathisanten stellen im Wesentlichen den hohen Anteil an „Wechselwählern“ (33 Prozent).
- Befragte, die keiner der Parteien ihre Sympathien bekunden, die in hohem Maße „Nichtwähler“-Potential darstellen (ohne jegliche Präferenz) (28 Prozent).

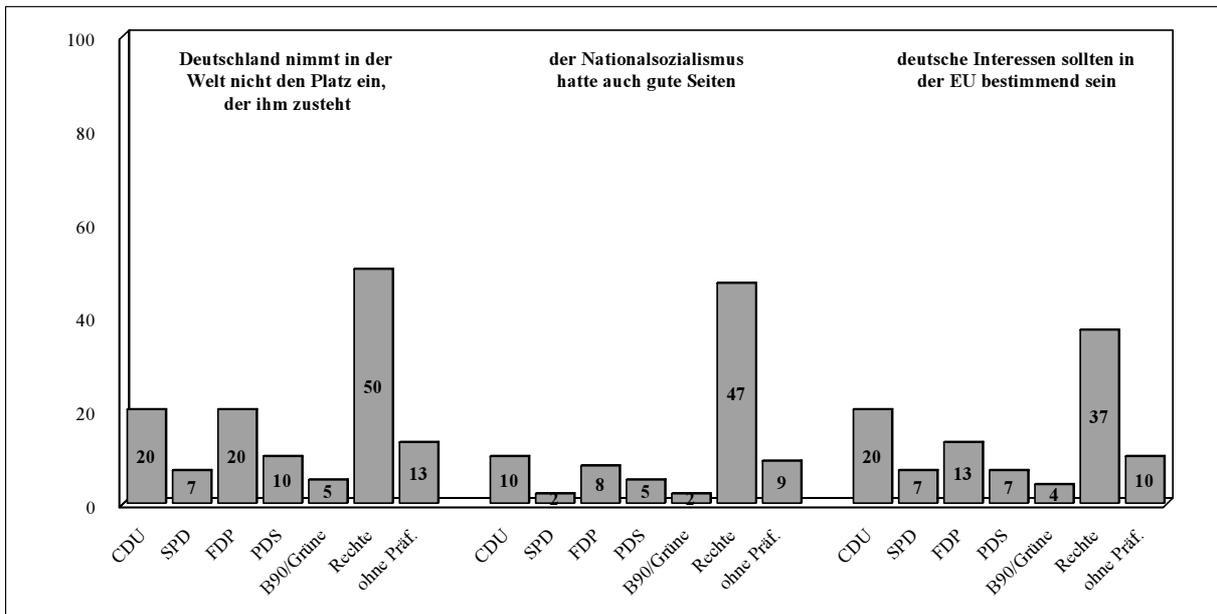
Im Nachfolgenden werden – im Sinne rechtsextremer Potenziale – die entsprechenden Aussagen – bezogen auf die jeweiligen „Parteipräferenzen“ (Stamm und Sympathisanten, die nicht Mitglied sind, evtl. aber auch für mehr Parteien „Sympathien“ haben) sowie Befragte „ohne Präferenz“ ausgewiesen (vgl. Abbildungen 42 und 43).

Abbildung 42: Ausländerbezogene Positionen nach Parteipräferenzen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Abbildung 43: Rechtsextreme Positionen nach Parteipräferenzen – neue Bundesländer – 2006 – in Prozent – (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Auch aus der Sicht des Vergleichs zwischen ausländerbezogenen Positionen und rechtsextremen Auffassungen im engeren Sinne wird die bereits mehrfach hervorgehobene Unterschiedlichkeit im Grad der Zustimmung deutlich. Mit einer Besonderheit, dass die Bürger, die für rechte Parteien votieren, in allen ihren Aussagen zu rechtsextremen Positionen sich deutlich „negativ“ abheben.

Im Wesentlichen werden bei rechtsextremen Positionen vier Gruppen sichtbar.

- Bündnis 90/Grüne-, Linke/PDS- und SPD-Sympathisanten mit den niedrigsten Zustimmungswerten;
- Befragte ohne Parteipräferenzen mit leicht höheren Werten;

- CDU- und FDP-Sympathisanten mit sich erkennbar abhebenden höheren Werten;
- Extremaussagen von Rechts-Sympathisanten.

Das wird insbesondere deutlich am Stellenwert, den Deutschland in der Welt haben sollte. Die Zustimmungswerte (volle Zustimmung) reichen von 5 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen), über 7 bis 13 Prozent bei SPD/Linke/Befragte ohne Präferenz bis zu 20 Prozent für CDU- und FDP-Sympathisanten. Rechtsextreme heben sich deutlich ab (Bezogen auf den „Stamm“ werden die Differenzierungen noch deutlicher: Grüne = 0 Prozent, SPD = 7 Prozent, PDS = 18 Prozent, CDU = 18 Prozent, FDP = 26 Prozent, Rechte = 53 Prozent.

Dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte, bejahen 65 Prozent des „Stammes“ der Rechtsextremen und 29 Prozent stimmen überwiegend zu, d.h. 94 Prozent!!

Ausländerbezogene Positionen verdeutlichen – neben den bereits bekannten Aussagen – insbesondere die stärkeren Differenzierungen zwischen Rechtsextremen, Bürgern „ohne Präferenzen“ (Nichtwählerpotenziale) und den sich an demokratischen Parteien Orientierenden.

Das Nichtwählerpotenzial hebt sich bei ausländerbezogenen Positionen deutlicher von den anderen Gruppen ab als das bei rechtsextremen Auffassungen der Fall ist.

Abschließend sei darauf verwiesen, dass vor allem jene Bürger sich gegen ausländerbezogene und rechtsextrem Auffassungen wenden, die sich – ihrer eigenen Einschätzung nach – stark für Politik interessieren.

Exemplarisch dafür sei hervorgehoben, dass z.B. Bürger, die sich „wenig“ für Politik interessieren, einerseits überdurchschnittlich (24 Prozent) der Auffassung zustimmen, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte, Befragte, die sich „gar nicht“ für Politik interessieren, stimmen dem sogar mit 31 Prozent (!!) zu. Andererseits sind in den letztgenannten Gruppen auch überdurchschnittlich jene vertreten, die mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. überhaupt keine Antwort geben (rd. 20 Prozent).

Damit bestätigen sich auch aus dieser Sicht die Gefahren, die mit sinkendem Politikinteresse verbunden sind. Fehlender Glaube an Gestaltungswillen von Parteien und Parlamentariern und stete Betonung von Medien, dass Aktionen (z.B. der Gewerkschaften oder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden) nichts bewirken würden, beeinflussen – ob gewollt oder nicht gewollt – auch rechtsextreme Verhaltens- und letztlich auch Handlungspotenziale.

Anhang

„In Deutschland leben auch Ausländer, und man kann dazu verschiedene Meinungen hören. Sagen Sie uns bitte, inwieweit Sie den folgenden Meinungen zustimmen!“

Tabelle 1:

	„In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	44	30	19	4	3
Geschlecht					
männlich	45	26	23	3	3
weiblich	44	33	15	4	3
Alter					
unter 25 Jahren	25	41	29	4	
25 bis 39 Jahre	40	29	27	3	1
40 bis 49 Jahre	49	24	22	2	3
50 bis 59 Jahre	48	26	17	5	4
60 Jahre u. dar.	49	33	7	5	6
Qualifikation					
ohne Abschluss	39	37	17	5	2
Facharbeiter/Meister	52	29	14	3	3
Fachschulabschluss	33	29	25	9	4
Hochschulabschluss	21	28	47	3	2
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	41	27	26	4	2
apM/arbeitslos	57	31	7	3	2

Tabelle 2:

	„Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	3	12	75	3	7
Geschlecht					
männlich	4	13	76	1	6
weiblich	1	10	74	5	9
Alter					
unter 25 Jahren	4	16	80		
25 bis 39 Jahre	2	11	84	2	1
40 bis 49 Jahre	3	11	80	2	4
50 bis 59 Jahre	4	9	71	4	12
60 Jahre u. dar.	2	13	63	7	15
Qualifikation					
ohne Abschluss	2	15	68	3	12
Facharbeiter/Meister	2	10	79	4	6
Fachschulabschluss	5	12	73	4	6
Hochschulabschluss	6	16	72	3	3
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	3	9	83	2	4
apM/arbeitslos	1	12	76	3	8

Tabelle 3:

	„Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	71	23	2	1	3
Geschlecht					
männlich	71	23	3	1	3
weiblich	70	23	2	1	4
Alter					
unter 25 Jahren	68	31	1		
25 bis 39 Jahre	63	35	2		0
40 bis 49 Jahre	75	17	3	2	3
50 bis 59 Jahre	69	20	4	1	6
60 Jahre u. dar.	76	15	1	1	7
Qualifikation					
ohne Abschluss	68	22	1		9
Facharbeiter/Meister	74	21	2	1	2
Fachschulabschluss	64	33	1	0	2
Hochschulabschluss	60	36	4	1	0
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	67	29	2	0	2
apM/arbeitslos	70	20	2	3	5

Tabelle 4:

	„Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	14	50	25	4	6
Geschlecht					
männlich	17	50	25	2	5
weiblich	12	49	25	6	7
Alter					
unter 25 Jahren	11	39	49	1	
25 bis 39 Jahre	16	53	26	5	0
40 bis 49 Jahre	15	49	28	5	4
50 bis 59 Jahre	20	45	23	1	11
60 Jahre u. dar.	11	53	16	6	14
Qualifikation					
ohne Abschluss	11	61	16	0	12
Facharbeiter/Meister	11	46	32	5	5
Fachschulabschluss	22	49	20	5	4
Hochschulabschluss	28	54	12	3	2
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	18	46	30	3	3
apM/arbeitslos	14	47	27	6	6

Tabelle 5:

	„Die Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	48	39	8	2	3
Geschlecht					
männlich	50	37	9	1	3
weiblich	46	41	7	2	4
Alter					
unter 25 Jahren	38	56	6		
25 bis 39 Jahre	48	40	10	3	0
40 bis 49 Jahre	46	41	10	1	2
50 bis 59 Jahre	53	32	7	2	6
60 Jahre u. dar.	50	35	5	3	7
Qualifikation					
ohne Abschluss	49	38	4	1	9
Facharbeiter/Meister	53	37	6	2	2
Fachschulabschluss	41	42	9	4	3
Hochschulabschluss	23	52	21	3	1
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	47	40	10	1	2
apM/arbeitslos	50	40	5	4	1

Tabelle 6:

	„Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	36	35	20	3	6
Geschlecht					
männlich	38	32	22	3	5
weiblich	35	38	17	3	6
Alter					
unter 25 Jahren	27	53	16	4	
25 bis 39 Jahre	31	34	30	2	3
40 bis 49 Jahre	35	40	17	3	4
50 bis 59 Jahre	41	26	21	2	9
60 Jahre u. dar.	44	30	13	3	10
Qualifikation					
ohne Abschluss	39	35	14	3	9
Facharbeiter/Meister	40	34	17	3	6
Fachschulabschluss	29	40	27	1	3
Hochschulabschluss	16	40	38	3	2
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	34	37	24	2	3
apM/arbeitslos	41	34	13	6	7

Tabelle 7:

	„Ausländer bereichern unser Leben.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	16	45	26	7	7
Geschlecht					
männlich	18	45	27	5	6
weiblich	14	44	24	10	8
Alter					
unter 25 Jahren	9	50	33	8	
25 bis 39 Jahre	21	52	22	5	1
40 bis 49 Jahre	17	48	27	4	4
50 bis 59 Jahre	14	45	26	4	11
60 Jahre u. dar.	12	33	25	15	16
Qualifikation					
ohne Abschluss	19	37	22	11	12
Facharbeiter/Meister	12	45	30	8	5
Fachschulabschluss	17	49	23	6	5
Hochschulabschluss	29	53	12	2	4
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	18	47	27	5	3
apM/arbeitslos	7	52	27	6	7

Tabelle 8:

	„Die meisten Kriminellen sind Ausländer.“				
	stimme voll zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	17	34	31	13	5
Geschlecht					
männlich	19	30	35	11	4
weiblich	15	37	27	15	6
Alter					
unter 25 Jahren	15	35	31	19	
25 bis 39 Jahre	12	32	43	12	1
40 bis 49 Jahre	14	40	34	10	2
50 bis 59 Jahre	20	29	26	16	8
60 Jahre u. dar.	23	33	20	13	11
Qualifikation					
ohne Abschluss	19	31	26	12	12
Facharbeiter/Meister	19	37	26	14	3
Fachschulabschluss	12	30	42	14	2
Hochschulabschluss	8	20	61	9	2
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	15	32	38	12	3
apM/arbeitslos	18	42	19	15	6

„Welchen Aussagen stimmen Sie zu oder lehnen Sie ab?“

Tabelle 9:

	„Deutschland nimmt in der Welt nicht den Platz ein, der ihm zusteht.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	14	22	30	14	13	8
Geschlecht						
männlich	19	21	34	15	7	4
weiblich	9	23	26	14	18	11
Alter						
unter 25 Jahren	15	32	35	9	9	0
25 bis 39 Jahre	12	18	31	21	17	2
40 bis 49 Jahre	15	22	31	13	11	7
50 bis 59 Jahre	12	17	29	19	13	9
60 Jahre u. dar.	15	24	26	8	11	16
Qualifikation						
ohne Abschluss	20	25	23	6	8	17
Facharbeiter/Meister	14	24	30	13	13	6
Fachschulabschluss	6	15	37	20	18	4
Hochschulabschluss	5	12	36	31	14	1
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	12	22	33	15	13	5
apM/arbeitslos	14	20	24	17	17	7

Tabelle 10:

	„Deutsche Interessen sollten in der Politik der EU bestimmend sein.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	11	20	34	19	7	8
Geschlecht						
männlich	14	18	40	20	3	5
weiblich	10	22	29	17	11	11
Alter						
unter 25 Jahren	13	30	39	13	5	
25 bis 39 Jahre	7	17	40	24	11	1
40 bis 49 Jahre	8	20	42	19	3	8
50 bis 59 Jahre	13	17	33	20	7	10
60 Jahre u. dar.	16	23	21	15	8	18
Qualifikation						
ohne Abschluss	20	25	30	4	6	14
Facharbeiter/Meister	11	22	33	18	8	8
Fachschulabschluss	6	16	36	30	8	4
Hochschulabschluss	4	8	46	37	4	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	8	17	43	21	6	5
apM/arbeitslos	11	24	30	18	11	7

Tabelle 11:

	„Der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	8	9	18	51	7	8
Geschlecht						
männlich	11	9	23	49	3	5
weiblich	5	9	13	53	10	10
Alter						
unter 25 Jahren	7	11	58	20	4	
25 bis 39 Jahre	11	11	14	58	5	1
40 bis 49 Jahre	6	10	17	56	4	7
50 bis 59 Jahre	6	10	11	54	9	10
60 Jahre u. dar.	6	4	12	51	10	17
Qualifikation						
ohne Abschluss	13	8	22	29	14	14
Facharbeiter/Meister	8	11	18	51	5	7
Fachschulabschluss	3	7	12	72	3	4
Hochschulabschluss	1	1	13	78	5	1
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	8	10	17	56	4	5
apM/arbeitslos	15	12	22	40	6	5

Tabelle 12:

	„Für Deutschland wäre eine einzige, die Interessen Deutschlands wahrnehmende Partei nötig.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	14	17	20	35	7	8
Geschlecht						
männlich	15	18	20	40	3	5
weiblich	13	15	20	30	11	11
Alter						
unter 25 Jahren	1	24	36	34	6	
25 bis 39 Jahre	13	16	20	41	8	1
40 bis 49 Jahre	17	18	23	33	4	5
50 bis 59 Jahre	24	12	16	34	6	8
60 Jahre u. dar.	11	16	12	33	9	19
Qualifikation						
ohne Abschluss	14	22	16	24	9	15
Facharbeiter/Meister	16	17	21	32	7	7
Fachschulabschluss	8	17	20	44	7	4
Hochschulabschluss	5	6	15	71	2	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	14	17	22	39	4	4
apM/arbeitslos	17	19	15	29	15	5

Tabelle 13:

	„Es wird immer Nationen geben, die anderen überlegen sind.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	33	36	10	13	3	6
Geschlecht						
männlich	35	29	13	15	3	4
weiblich	30	42	7	11	3	7
Alter						
unter 25 Jahren	46	39	7	5	4	
25 bis 39 Jahre	27	37	13	18	3	2
40 bis 49 Jahre	32	39	8	13	4	5
50 bis 59 Jahre	32	30	14	15	4	6
60 Jahre u. dar.	34	35	2	9	3	12
Qualifikation						
ohne Abschluss	44	30	8	8	1	9
Facharbeiter/Meister	34	38	10	10	3	5
Fachschulabschluss	20	39	12	20	6	3
Hochschulabschluss	14	33	13	32	6	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	29	36	13	15	4	3
apM/arbeitslos	30	43	9	8	4	5

„In den Medien wird immer wieder über Gewalt gegen Ausländer, Lehrer, Menschen mit Behinderungen, Kinder usw. berichtet. Was meinen Sie?“

Tabelle 14:

	„Gewaltbereite Menschen gibt es immer.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	53	34	5	2	1	5
Geschlecht						
männlich	53	35	6	3	0	5
weiblich	54	34	5	2	1	5
Alter						
unter 25 Jahren	73	26	1			
25 bis 39 Jahre	56	36	5	2	1	1
40 bis 49 Jahre	52	32	7	4		5
50 bis 59 Jahre	50	39	3	3	1	5
60 Jahre u. dar.	46	35	6	3	1	9
Qualifikation						
ohne Abschluss	63	28	3			6
Facharbeiter/Meister	53	35	4	3	0	4
Fachschulabschluss	43	39	7	5	2	4
Hochschulabschluss	41	42	10	3	1	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	55	34	6	1	0	3
apM/arbeitslos	67	25	1	3	0	3

Tabelle 15:

	„Wachsende Unterschiede zwischen arm und reich führen zu mehr Gewalt.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	59	34	4	0	1	3
Geschlecht						
männlich	58	36	4	0	0	2
weiblich	60	32	4	0	1	3
Alter						
unter 25 Jahren	52	43	3		2	
25 bis 39 Jahre	48	44	7	0		1
40 bis 49 Jahre	67	29	2	0	1	2
50 bis 59 Jahre	57	35	3		0	5
60 Jahre u. dar.	66	25	3	0	1	5
Qualifikation						
ohne Abschluss	74	20	3	0	1	2
Facharbeiter/Meister	57	36	3		1	3
Fachschulabschluss	54	39	4	0	0	2
Hochschulabschluss	47	46	6	0	0	1
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	54	41	3	0	0	2
apM/arbeitslos	65	34	0			1

Tabelle 16:

	„Immer mehr Fremde in Deutschland erhöhen die Gewaltbereitschaft.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	29	30	27	6	3	5
Geschlecht						
männlich	32	27	30	5	3	3
weiblich	26	33	24	7	3	6
Alter						
unter 25 Jahren	20	29	48	4		
25 bis 39 Jahre	23	31	34	8	3	1
40 bis 49 Jahre	27	30	32	6	3	2
50 bis 59 Jahre	37	23	17	8	6	9
60 Jahre u. dar.	36	34	12	3	3	11
Qualifikation						
ohne Abschluss	45	29	19	2		5
Facharbeiter/Meister	29	33	24	5	4	5
Fachschulabschluss	18	26	38	13	2	3
Hochschulabschluss	9	20	47	17	6	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	24	31	33	7	2	3
apM/arbeitslos	41	33	16	6	4	1

Tabelle 17:

	„Überall im Leben gilt, dass ‚der oder die Stärkere, Brutalere, Skrupelloosere gewinnt‘.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	15	23	26	24	4	7
Geschlecht						
männlich	20	22	29	22	2	6
weiblich	12	24	23	26	6	9
Alter						
unter 25 Jahren	10	10	41	35	1	4
25 bis 39 Jahre	9	28	32	27	3	1
40 bis 49 Jahre	18	23	28	23	4	4
50 bis 59 Jahre	16	29	21	19	4	11
60 Jahre u. dar.	22	20	15	21	7	16
Qualifikation						
ohne Abschluss	23	22	25	11	5	14
Facharbeiter/Meister	15	23	25	26	4	6
Fachschulabschluss	9	23	27	30	6	4
Hochschulabschluss	7	25	31	33	2	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	12	22	33	26	3	4
apM/arbeitslos	20	37	18	19	1	5

Tabelle 18:

	„Bei fehlender Bildung regiert die Faust.“					
	stimme voll zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne voll ab	ich weiß nicht	ohne Antwort
insgesamt	38	38	10	9	3	3
Geschlecht						
männlich	40	39	11	6	2	3
weiblich	35	38	8	12	3	3
Alter						
unter 25 Jahren	38	38	9	9	6	
25 bis 39 Jahre	30	40	16	9	5	0
40 bis 49 Jahre	38	38	9	11	2	3
50 bis 59 Jahre	45	37	2	10	1	4
60 Jahre u. dar.	40	38	8	7	1	5
Qualifikation						
ohne Abschluss	43	40	7	8	1	0
Facharbeiter/Meister	37	36	11	10	3	3
Fachschulabschluss	31	47	6	9	4	3
Hochschulabschluss	34	48	9	6	1	1
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	33	43	10	9	3	2
apM/arbeitslos	39	32	13	10	6	1

Literatur

- Bergmann, Werner: Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990 bis 2000, in: Wolfgang Benz(Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 2001
- Butterwegge, Christian: Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 135, 1/2002
- Butterwegge, Christian: Kapitel: Rechtsextremismus – Begrifflichkeiten und theoretische Grundlagen, in: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien, Verlag Herder 2002
- Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, APUZ 42/2005
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006
- Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, FES-Gesprächskreis Migration und Integration, Berlin 2005
- Die Nationale Front – Neonazis in der DDR, Dokumentarfilm von Tom Franke und Andreas K. Richter
- Förster, Peter: Warum viele junge Ostdeutsche den Kapitalismus wieder los werden wollen, Sächsische Längsschnittstudie 1987 – 2005, Leipzig 2006
- Friedrich, Walter: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?, APUZ 46/2001
- Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf: Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt, Leske + Budrich, Opladen 2003
- Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? VS-Verlag, Wiesbaden 2004
- Hafeneger, Benno: Die extreme Rechte – neuere Entwicklungen und Strategievarianten, in: Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Dezember 2005
- Hanf, Thomas: Zur Entwicklung von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen in ausgewählten Bundesländern unter den sich verändernden Bedingungen des innerdeutschen Transformationsprozesses durch die EU-Ost-Erweiterung, Studie, Berlin 2006
- Haupt, Hanna u.a.: 50 und älter in Friedrichshain-Kreuzberg 2003 – eine Sozialstudie – im Auftrag des Bezirksamtes von Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2003
- Haupt, Hanna u.a.: Marzahn und seine Bürger – eine Sozialstudie, Berlin 1999
- Haupt, Hanna u.a.: Soziale Integration – soziale Lage – subjektive Befindlichkeiten von Spätaussiedlern in Marzahn-Hellersdorf, Studie im Auftrag des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, in Vorbereitung
- Haupt, Hanna u.a.: Soziale Integration und Freizeitverhalten von jungen Aussiedlern in Marzahn 2000 (Fortsetzung einer Studie 1997/1998), Studie im Auftrag des Bezirksamtes Marzahn, Abteilung Jugend, Bildung und Kultur, Berlin 2000
- Häußermann, Hartmut: Desintegration durch Stadtpolitik, APUZ 40-41/2006
- Heil, Hubertus: Vortrag, veröffentlicht in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt a.M. 1994
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, 2. Aufl., Westdeutscher Verlag, Opladen 2001

- Lenk, Kurt: Ideengeschichtliche Dimensionen rechtsextremen Denkens, in APuZ 9-10/1998
- Liebscher, Reinhard/Schmidtke, Heidrun/Winkler, Gunnar: Einstellungen und Handlungsorientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Sachsen-Anhalt, Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, 1998
- Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2001
- Pfahl-Traughber, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, APuZ 39/2000
- Pfahl-Traughber, Armin: Vortrag vom 9.12.2005, veröffentlicht in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Beck, München 1999
- Ramelsberger, Anette: Erkundungen in Ostdeutschland, APuZ 42/2005
- Rommelspacher, Birgit: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der BRD – Eine Bilanz, Berlin 2000
- Sachse, Ekkehard: Internationale Solidarität, in: G. Manz/E. Sachse/G. Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit, trafo verlag, Berlin 2001
- Schirmacher, Frank: Nackte Äste – Debatte um NPD-Erfolg, SPIEGEL ONLINE – 20. September 2006
- Schröder, Burkhard: Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Rowohlt, Reinbek 1997 (rororo aktuell 22125)
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000
- Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2003/2005, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005
- Sturzbecher, Dietmar/Landua, Detlef, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter ostdeutschen Jugendlichen, APuZ 46/2001
- Thierse, Wolfgang: Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus und die Antworten der Politik, in: Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006
- Verfassungsschutzbericht 2005, BMI, Vorabfassung, Berlin 2006
- Wagner, Bernd: Im Osten nichts Neues, in: Bulletin, Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur, Nr. 2, Berlin 1998
- Wagner, Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, in: Bulletin, Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur, Sonderausgabe, Berlin 1998
- Winkler, Gunnar: Die Region der „neuen“ Alten – Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern, trafo verlag, Berlin 2006
- Winkler, Gunnar: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreporte 1992 – 2006: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1992-2006
- Winkler, Gunnar: Überlegungen zur Europäisierung der nationalen und subnationalen Identität in den neuen Bundesländern, in: J. Nase/J. Roesler/G. Winkler: Die Europäische Union im Alltag, VSA-Verlag 2003

Biographie

WINKLER, Gunnar, Prof. Dr. sc. oec., Mitglied der Leibniz-Sozietät

geb. 1931 in Hamburg

Erlerner Beruf: Hauer. Von 1947 bis 1951 als Hauer und Steiger unter Tage im Erzbergbau tätig. 1952 bis 1956 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1967 Promotion (Dr. rer. oec.); 1973 Promotion B (Dr. sc. oec.); 1956 bis 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin; 1977 bis 1991 Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1992 bis 2002 Geschäftsführer und ab 2002 freier Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Seit 2000 Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.

Veröffentlichungen u.a.:

Hrsg.: Theorie und Praxis der Sozialpolitik, 1988; Geschichte der Sozialpolitik der DDR, 1989; Lexikon der Sozialpolitik, 1987.

Nach 1990 Herausgeber und Mitautor der Sozialreporte zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern 1990 bis 2006, der Seniorenreporte 1992 bis 2005, der Arbeitslosenreporte 1996 bis 1999, der Behindertenreporte 1994 und 2002; Mitautor: „Sichere Renten für die Zukunft“ – Leitlinien der Volkssolidarität, 1997 und 2000; „Die Region der 'neuen' Alten – Fakten und Positionen zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005, 2006; Herausgeber (zusammen mit I. Kurz Scherf): „Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern“; div. Publikationen zu Problemen der sozialen Lage in den neuen Bundesländern.

1990 gewählt zum Vizepräsidenten des 350.000 Mitglieder erfassenden Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität – Bundesverband e.V., von 2002 bis 2004 zugleich Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg der Volkssolidarität, seit 2002 Präsident der Volkssolidarität, 2006 für vier weitere Jahre wiedergewählt.

Adressen:

privat: Franz-Mehring-Straße 8, 16321 Bernau
Tel.: 03338 769117
E-Mail: gunnarwinkler2@compuserve.de

dienstlich: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
Köpenicker Straße 125, 10179 Berlin
Tel.: 030 28305560
E-Mail: gunnar.winkler@sfz.-ev.de

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 02 11/77 78-225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

